

2 Das Manifest

2.1 DER POLITISCHE KONTEXT

Um die politische Brisanz der Göttinger Erklärung einschätzen und ihren historischen Hintergrund verstehen zu können, bedarf es einer kurzen Darstellung ihrer Kontextbedingungen, in die sie im April 1957 hineinfiel. Die Bundesrepublik war damals seit knapp zwei Jahren aus der Besatzungsherrschaft der Alliierten in Richtung nationaler Souveränität entlassen und in das westliche Verteidigungsbündnis der NATO aufgenommen worden. Im Zuge dieses bedeutsamen Einschnitts hatte seit dem Sommer 1955 der Prozess der militärischen Wiederbewaffnung Westdeutschlands begonnen.¹ Im Oktober 1956 war der aufwärtsstrebende Nachwuchspolitiker aus den Reihen der CSU, Franz Josef Strauß, von Adenauer zum Verteidigungsminister berufen worden. Er sollte den politisch heiklen und administrativ komplizierten Vorgang des Aufbaus der Bundeswehr leiten, nachdem sich sein Vorgänger Theodor Blank darin relativ erfolglos versucht und zum Leidwesen des Bundeskanzlers das öffentliche Ansehen der Regierung gemindert hatte. Die meisten der Wissenschaftler, die das Göttinger Manifest unterzeichneten, hatte Strauß im Rahmen von Beratungstätigkeiten allerdings schon im Oktober 1955 als Bundesminister für Atomfragen kennengelernt. Obzwar das Manifest relativ anonym von „den zuständigen Bundesministern“² sprach, denen man die Bedenken bereits „vor mehreren Monaten“ mitgeteilt habe, und eine vage politische Empfehlung für „die Bundesrepublik“ abgab, auf den Besitz von Atomwaffen zu verzichten, waren damit konkret der Regierungschef, Bundeskanzler Konrad Adenauer, und der Bundesminister der Verteidi-

1 Vgl. dazu Rese 1999, S. 17-25.

2 Anscheinend waren mit dieser Formulierung der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) und der Bundesminister für Atomfragen Siegfried Balke (CSU) gemeint.

gung, Franz Josef Strauß, gemeint. Denn deren politischen Pläne und Handlungen waren der zentrale Gegenstand der Kritik der Göttinger Achtzehn. Daher seien diese kurz geschildert.

2.1.1 Als Atom- und Verteidigungsminister auf dem Weg zu Atomwaffen

Wäre es allein nach Franz Josef Strauß gegangen, so wäre die Bundesrepublik schon 1955 in den Besitz von Nuklearwaffen gelangt. Strauß wollte auf außenpolitischem Parkett, in internationalen Verhandlungen, die Augenhöhe mit anderen Staaten erreichen, doch Atomkraftwerke genügten für diese von ihm erstrebte Gleichrangigkeit mit größeren Mächten des Globus nicht.³ Ohne Atomwaffen – dies war Strauß’ entschiedene Auffassung – würde die Bundesrepublik nach dem Vollzug der Aufstellung der Bundeswehr auf halbem Wege stehen bleiben und in den zwischenstaatlichen Machthierarchien in die Zweit- bis Drittklassigkeit abgleiten. Auch wollte Strauß militärische Unabhängigkeit, wollte sein Land nicht den Gefahren einer sowjetischen Invasion aus dem Osten aussetzen und es in permanenter Schutzbedürftigkeit sehen. Sein Vorbild war Großbritannien, das seinerzeit versuchte, sich durch eigene Atomwaffen gegen das Abrutschen in eine niedere Rangstufe zu stemmen. Es imponierte ihm, dass die Briten „weder von der Hilfsbereitschaft des einen noch von der Gnade des anderen leben“⁴ wollten. In Washington und Moskau sollten die politischen und militärischen Entscheidungsträger auch der Bundesrepublik Respekt zollen und keine weittragenden Entschlüsse treffen können, ohne deren Interessen zu berücksichtigen. Strauß trachtete folglich danach, zu verhindern, dass man ein atomwaffenfreies Deutschland als nachrangige Macht einstufte. Der Besitz von bzw. die Verfügung über Atomwaffen waren in seinem Verständnis von Außenpolitik und

-
- 3 Vgl. hierzu und folgend Fischer, Peter: Atomenergie und staatliches Interesse: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Baden-Baden 1994, S. 262 f. u. S. 281 f.; Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung in der BRD, Köln 1980, Fußnote 143/S. 39 f.; Sagenschneider, Marie (Interview mit Hans-Peter Dürr): Kernphysiker: Atomkraft ist nicht beherrschbar, in: Kulturinterview (Deutschlandradio Kultur), 12.04.2007; Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 231 f. u. S. 328.
- 4 Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 16 vom 20.09.1956, abgedruckt in: Buchstab, Günter (Bearb.): Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, Düsseldorf 1990, S. 1081.

Diplomatie – im Grunde nicht anders als der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad zu Beginn des 21. Jahrhunderts⁵ – höchst bedeutsam für den Status einer mit anderen Ländern ebenbürtigen Nation.

Nach seiner Kür zum ersten bundesdeutschen Atomminister agierte Strauß daher nicht überraschend als engagierter Förderer der zivilen Kernforschung und drängte auf eine erhöhte Geldzuweisung für kernphysikalische Arbeiten sowie den Aufbau eines produktiven Kooperationsnetzes zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Denn der Aufbau einer zivilen Kernenergieinfrastruktur bot die komfortable Option, jederzeit auch auf die militärische Schiene einzubiegen. Diesen Nebenweg hielt sich Strauß bewusst offen. Zu seinem Amtsantritt bestätigte er zwar die fortbestehende Gültigkeit des von Adenauer erklärten ABC-Waffenverzichts der Bundesrepublik,⁶ nicht allerdings ohne zu betonen, dass davon die Bereitstellung von Atomwaffen durch ausländische Bündnispartner prinzipiell unberührt bliebe.⁷ Noch in seinen Memoiren tat er seine Ablehnung des westdeutschen Beitritts zum Atomwaffensperrvertrag Ende 1969, den er als „Super-Versailles“⁸ dämonisierte, kund. Damit befand er sich übrigens in bester Gesellschaft mit dem zweiten Fürsprecher einer bundesrepublikanischen Atombewaffnung – Konrad Adenauer –, der dieses Vertragswerk der damaligen Atommächte USA, UK, UdSSR, Frankreich und VR China abschätzig mit der Häme vom „Morgenthau-Plan im Quadrat“⁹ kommentierte. Mit Strauß saß demnach ein Mann an der Spitze erst des Atom-, dann des Verteidigungsministeriums, der bei erster Gelegenheit im Zuge einer sich verändernden außenpolitischen Lage augenblicklich auf bundesdeutsche Atomwaffenarsenale hinarbeiten

-
- 5 Siehe Dueck, Colin/Takeyh, Ray: Iran's Nuclear Challenge, in: *Political Science Quarterly*, Jg. 122 (2007) H. 2, S. 189-205, hier S. 195; Richter, Nicolas/Avenarius, Tomas/Zekri, Sonja: Das Geheimnis der Kuppel, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15./16.11.2008.
- 6 1954 hatte Adenauer die Produktion von atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln – kurz: ABC-Waffen – auf dem Territorium der Bundesrepublik für ausgeschlossen erklärt.
- 7 Vgl. Fischer 1994, S. 285 f.; Görlich, Ina: Zum ethischen Problem der Atomdiskussion. Verlauf der Atomdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland und Versuch einer Darstellung der durch sie aufbrechenden ethischen Probleme, Freiburg 1965, S. 28; Strauß 1989, S. 238.
- 8 Strauß 1989, S. 266.
- 9 Zitiert nach Zank, Wolfgang: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: *Die Zeit*, 26.07.1996.

würde – und der daran mehrfach in Aussagen und Stellungnahmen auch gar keine Zweifel ließ.

Zu Strauß' Beweggründen zählten aber noch andere Aspekte als jene, die sich auch als chauvinistische Großmachtgebärden verstehen ließen. Strauß, der eigentlich erster bundesdeutscher Verteidigungsminister hatte werden wollen, machte sich ernsthafte Sorgen um die Zuverlässigkeit des US-amerikanischen Schutzes im Falle einer Invasion durch Streitkräfte des Ostblocks.¹⁰ Im „Kalten Krieg“ versprach man sich in Bonn von den US-amerikanischen und britischen Besatzungstruppen im Ernstfall eines „heißen“ Konflikts militärischen Beistand, wenn nicht gar vollständige Deckung. Die Eisenhower-Regierung begann jedoch Mitte der 1950er Jahre ihre militärstrategischen Verteidigungspläne umzustellen.¹¹ Das Geld war zu knapp geworden, um dauerhaft große Kontingente von Truppen und Kriegsmaterial auf dem europäischen Kontinent unterhalten zu können. Atomwaffen aber boten nach der Devise „Qualität ersetzt Quantität“ eine geeignete Möglichkeit, massiv Kosten einzusparen. Der Ex-Militär Dwight D. Eisenhower hatte erkannt, dass man mit einem opulenten Atomwaffenarsenal kein gewaltiges stehendes Heer mehr benötigte. Gleichzeitig war der Eisenhower-Administration auch bewusst, dass sich ein zukünftiger Konflikt zwischen zwei Atommächten durch die neue Dimension von Vernichtungskraft fatal für die Weltbevölkerung auswirken konnte.¹² Mit dem Aufkommen von (wirklichen) Langstreckenflugzeugen und Fernraketen, die eine vormals ungeahnte Zahl von Kilometern zurücklegen konnten, ließen sich die Waffen aus größter Entfernung zielgenau einsetzen. Die Raketen- und Düsenantriebstechnologie ermöglichten neuerdings eine Überwindung enormer geografischer Distanz; niemand war mehr sicher. Da man gleichzeitig im Zuge von Ausgabenkürzungen im Rüstungsbereich aber einen Rangplatzverlust gegenüber der Sowjetunion tunlichst vermeiden wollte, plante man, die verbündeten Staaten – insbesondere jene in Europa – systematisch in ein Defensivsystem der nuklearen Abschreckung einzubinden.

10 Vgl. Fischer 1994, S. 260 u. S. 287; Görlich 1965, S. 29; Lindner, Konrad: Carl Friedrich von Weizsäckers Wanderung ins Atomzeitalter. Ein dialogisches Selbstporträt, Paderborn 2002, S. 118; Rupp 1980, Fußnote 139/S. 39.

11 Vgl. Borch, Herbert v.: Radford und der Schrecken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.11.1953; Gnad, Oliver: Konfrontation und Kooperation im Kalten Krieg. Amerikanische Sicherheitspolitik 1950 bis 1956, Wiesbaden 1997, S. 335.

12 Vgl. folgend ebd., S. 69 f.

Schnell wurde die Strategie der USA auch die der von ihr dominierten NATO.¹³ Diese grundlegend veränderte Militärstrategie blieb der deutschen Regierung nicht verborgen. Im Sommer 1956 wurde durch Indiskretion der „Radford-Plan“ bekannt, in dem der gleichnamige US-Admiral eine massive Reduzierung US-amerikanischer Truppen vorschlug. „Manpower“ sollte durch „firepower“ ersetzt werden.¹⁴ Dieses Konzept eines „New Look“ und der massiven Vergeltung,¹⁵ das den zuverlässigen Schutz Westdeutschlands durch die USA schlagartig in Frage stellte, barg für die Bundesrepublik freilich einige unangenehme Risiken: Im Falle eines Angriffs der Roten Armee, mit dem man zu damaligen Zeiten in der Tat rechnen musste, boten die zahlenmäßig geringen US-Truppen mit ihren rein konventionellen Panzern, Soldaten und Sprengbomben bei Weitem keinen ausreichenden Schutz mehr. Zudem war ein tatsächlicher Einsatz von US-Atomwaffen höchst fraglich, da er einen Vergeltungsschlag sowjetischer Interkontinentalraketen auf das Territorium der Vereinigten Staaten herausgefordert hätte. Mit dem neuen Verteidigungsentwurf der US-Strategen konnte man in Bonn folglich nicht zufrieden sein. Mehr noch, musste er als eine mittlere Katastrophe betrachtet werden. Die Bundesregierung sah sich durch die veränderte NATO-Verteidigungskonzeption zu einer politischen Reaktion genötigt. Strauß erblickte die Lösung all dieser Probleme in eigenen Kernwaffen. Mit ihnen wollte er die hoffnungslose Unterlegenheit der NATO-Truppen in Europa gegenüber der an konventionellen Streitkräften hochgerüsteten Roten Armee kompensieren und vermittels eigener Verfügungsmacht über den Einsatz derartiger Waffen sich der genannten Unwägbarkeiten entledigen. Ihm schwebte daher in einer langfristigen Perspektive ein autonomes westeuropäisches Verteidigungsbündnis, vor allem mit Frankreich, vor. In diesem wollte er für die Bundesrepublik aber keine Mittel-, sondern eine Führungsposition beanspruchen können. Eine solchermaßen privilegierte Stellung war seiner Meinung nach allerdings wiederum nicht ohne Atomwaffen möglich.

2.1.2 Der Atombewaffnungskanzler

Auch der Bundeskanzler dachte nicht erst im April 1957 an den Besitz von Kernwaffen. Zwar war sein bayerischer Atom- und anschließender Verteidigungsminister ein deutlich eifrigerer Atomwaffenapologet, doch kündigte Ade-

13 Vgl. Bald, Detlef: Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994, S. 13-22.

14 Vgl. Gnad 1997, S. 332 f.

15 Vgl. dazu Rese 1999, S. 32 f.

nauer seinem Kabinett im Oktober 1956 an, den gerade in ein neues Stadium tretenden Europäisierungsprozess ausnutzen zu wollen, um über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)¹⁶ auf schnellstem Wege in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen.¹⁷ Denn Adenauer wusste um das große Sicherheitsbedürfnis seiner Wähler. Und dieses hatte sich im Zeichen außenpolitischer Ereignisse – wie dem Ungarn-Aufstand und der Suez-Krise sowie der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes – seinerzeit nochmals gesteigert. Diesem nachzukommen, der westdeutschen Bevölkerung zuverlässigen Schutz zu bieten, war daher aus der Sicht des Kanzlers eine vordringliche Aufgabe seiner Politik. Dazu musste er aber im Bündnissystem des Westens für die Bundesrepublik eine hinsichtlich militärischer Sicherheit möglichst günstige Position herauschlagen. Der Bundeskanzler sah sich unversehens unter Zugzwang gesetzt, mit seiner Sicherheitspolitik dem Sekuritätsverlangen seiner potenziellen Wähler gerecht zu werden. Denn gerade im Krisenjahr 1956 hatte sich die beklagenswerte Unzulänglichkeit der westdeutschen Selbstverteidigungsfähigkeit offenbart.¹⁸ Kaum etwas bot einen vergleichbar schnellen Ausweg aus dieser Verlegenheit wie Atomwaffen. Dass nukleare Sprengköpfe das Risiko einer sich selbst vernichtenden Menschheit steigerten, war dabei zweitrangig.

16 Die EURATOM war ein 1957 von Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern und der Bundesrepublik im Rahmen der „Römischen Verträge“ eingegangener Zusammenschluss mit der Zielsetzung einer gemeinschaftlichen Förderung der Kernenergieverwertung und wurde später neben Montanunion sowie Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft eine Säule der Europäischen Gemeinschaft.

17 Vgl. zu diesem Abs. Adenauer 1967, S. 296-300; Fischer 1994, S. 287 f.; Görlich 1965, S. 25-30; Radkau, Joachim: Der atomare Ursprung der Forschungspolitik des Bundes, in: Weingart, Peter/Taubert, Niels C. (Hg.): Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006, S. 33-63, hier S. 34 u. S. 50; Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer 1949-1957, Stuttgart 1981, S. 356 ff.; ders.: Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 4, S. 567-593, hier S. 577 f. u. S. 584 ff.; ders. 1991, S. 330-335; Zank, Wolfgang: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: Die Zeit, 26.07.1996.

18 Vgl. Thoß, Bruno: Die Doppelkrise von Suez und Budapest in ihren Auswirkungen auf Adenauers Sicherheits- und Europapolitik 1956/57, in: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 574-588, hier S. 583 ff.

Im Herbst 1956 – die Manifest-Aktion war geistig bereits in Vorbereitung¹⁹ – ließ Adenauer mit Frankreich und Italien Geheimverhandlungen über eine mögliche nukleare Rüstungszusammenarbeit führen. Ob Werner Heisenberg, der dank zahlreicher Kontakte und Gremienzugehörigkeiten vielerorts über hellhörige Ohren verfügte, von diesen Gesprächen wusste, ist nicht bekannt. Doch bezeugen sie immerhin, dass sich das spätere Manifest nicht gegen eine bloß virtuell existierende, künstlich von übermäßig Besorgten erzeugte Gefahr richtete. Im Gegenteil: Die Göttinger Erklärung berührte eine höchst empfindliche Stelle der politischen Tätigkeit der Bundesregierung. Der Kanzler hatte im Kabinett bereits im Dezember 1956 die unmissverständliche Devise ausgegeben, dass die Bundesrepublik dringend selbst taktische Atomwaffen benötige.²⁰ Wann immer Adenauer also im Zusammenhang mit der Göttinger Erklärung beteuerte, die Regierung plane keine eigenen Atomwaffen für die Bundesrepublik anzuschaffen, war dies schlichtweg eine Lüge.

Für das Ziel einer atomaren Bewaffnung westdeutscher Streitkräfte hatte Adenauer drei Gründe. Wie Strauß war auch er von der erodierenden Beschützerrolle der Vereinigten Staaten alarmiert worden – nur eben etwas später als sein Minister. Hatte sich der Kanzler noch lange Zeit gegen die Abkehr von einer rein konventionellen, nicht atomaren Rüstung der Bundeswehr gestellt, hielt im Sommer 1956 nach Bekanntwerden des Radford-Plans nun auch er eine Revision des bisherigen Wiederbewaffnungsschemas für unumgänglich. Wie Strauß war sich nun auch Adenauer der Unzuverlässigkeit des US-amerikanischen Schutzschirms und der Notwendigkeit einer stärkeren militärischen Autonomie gewahr geworden. Eine waffentechnisch bloß konventionell gerüstete Bundeswehr würde, so befürchtete Adenauer, einen leichten Gegner – „Schlachtvieh“²¹, wie der Kanzler zu sagen pflegte – abgeben. Denn in der Bundeswehr rechnete man damit, dass es im Ernstfall anstelle des „großen“ Atomwaffenkriegs einen „kleinen“ geben würde, in dem sich die Kontrahenten mit „taktischen“ Atomwaffen bekämpfen würden.²² Dieser Vorstellung zufolge war ein Krieg unter Einsatz von Atomwaffen durchaus wahrscheinlich; dieser aber würde nicht auf der Stelle zur Vernichtung der Welt, sondern lediglich zu begrenzten Kampfeinsätzen und regional begrenzter Zerstörung führen. Adenauer misstraute

19 Siehe Kap. 3.2 dieser Arbeit.

20 Vgl. Protokoll der 164. Kabinettsitzung am 19. Dezember 1956, in: Hüllbüsch, Ursula (Bearbeiterin): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9. 1956, in: „Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online“.

21 Schwarz 1991, S. 331.

22 Vgl. Bald 1994, S. 40.

– dies also war sein erster Grund – der Zuverlässigkeit des militärischen Schutzes durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Er wollte die Bundesrepublik mittels einer eigenen Verfügungsgewalt über atomare Waffen von dieser Unwägbarkeit emanzipieren. Und gerade die Krise bot die Chance, sich an Großbritannien und Frankreich anzunähern, die ebenfalls aus der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten auszubrechen suchten.²³ Beide, Strauß und Adenauer, legten ihrem Atomwaffenanspruch übrigens dieselben Motive zugrunde, die später auch andere Staaten in die Liga der Kernwaffenmächte streben ließ: die Unwägbarkeit einer in der Vergangenheit ausgesprochenen Sicherheitsgarantie durch einen Protektor, die erfahrungsgemäße Vergänglichkeit von Schutzversprechen und Allianzen.²⁴

Die Option des Kernwaffenbesitzes eignete sich nach Adenauers Ansicht jedoch nicht bloß für eine sicherheitspolitische Kurskorrektur, sondern wurde darüber hinaus – und hier findet sich der zweite Grund – als ein hervorragendes Verhandlungsobjekt für diplomatische Gespräche mit der Sowjetunion in den Fragen allgemeine Abrüstung und deutsch-deutsche Teilung gesehen. Erst mit ihr konnte man Adenauers Kalkül zufolge aus der westdeutschen Position der militärischen Unterlegenheit den Sowjets am Konferenztisch Zugeständnisse abtrotzen. In gewisser Weise handelte es sich dabei um ein Paradoxon: Der Bundeskanzler wollte durch atomare Aufrüstung atomare Abrüstung erzwingen. Wenn neben den USA, so die Logik, noch weitere Weststaaten in den Aufrüstungsprozess einstiegen, würde die UdSSR durch fortwährende Rüstungsanstrengungen überfordert werden und irgendwann Verhandlungen zustimmen müssen. In seinen Memoiren drückte Adenauer dieses Kalkül freilich etwas drastischer aus: Er habe verhindern wollen, dass „wir uns freiwillig und ohne Gegenleistung des Ostens selbst amputierten“.²⁵ Auch würde man auf der Basis einer Rüstungsabsprache dann unter Umständen endlich in der stagnierenden Frage der Wiedervereinigung verhandeln können – so überlegte es sich jedenfalls Adenauer.

Als dritter Grund für einen Anspruch auf Atomwaffen zählte für Adenauer die Ranggleichheit mit Frankreich und Großbritannien – auch darin stimmte er also mit Strauß überein. Die Bundesrepublik drohte gegenüber diesen Ländern in

23 Vgl. Thoß 1999, S. 581.

24 Vgl. Müller, Harald: Zwischen Macht und Gerechtigkeit. Zustand und Perspektiven des nuklearen Nichtverbreitungsregimes, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 425-437, hier S. 426 f. Denn: „Kernwaffen werden in erster Linie aus Sicherheitsgründen beschafft.“ In: ebd., S. 426.

25 Adenauer 1967, S. 300.

Sachen politischen Einflusses noch weiter zurückzufallen. Von den Briten war bekannt, dass sie bereits an der Wasserstoffbombe werkten, und im Februar 1957 erfuhr Adenauer vom französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet, dass man in Frankreich binnen der nächsten fünf Jahre ebenfalls über nukleare Bomben verfügen würde.²⁶ Die bislang vorherrschende Exklusivität von militärischer Nukleartechnologie, die überschaubar in den Händen zweier Regierungschefs in Washington und Moskau lag, drohte damit in rascher Abfolge verloren zu gehen, die Bundesrepublik aber von diesem Prozess abgekoppelt zu werden. An die Stelle des US-amerikanisch-sowjetischen Oligopols begann eine neue Rüstungsdynamik zu treten. Doch kernwaffenfreie Zone umgeben von kernwaffenbesitzenden Staaten zu sein, lehnte Adenauer kategorisch ab, betrachtete einen solchen Zustand gar als größte Gefahr für die Bundesrepublik. Adenauer wollte überdies gar nicht einsehen, warum ausschließlich zwei Mächte über das Weltgeschick befinden dürften.²⁷ Ihm ging es stets um die Gleichstellung mit anderen Ländern. Dies war so bei der Wiederbewaffnung gewesen und nun galt es eben für den Besitz eigener Atomraketen. Für ihn waren Atomwaffen ein Statussymbol, das die Zugehörigkeit zur Liga der mächtigsten Nationen ausdrückte: „Wir dürfen nicht den Zustand erreichen, dass man sagt, die Kolonialvölker sind die Infanteristen, die konventionelle Konflikte ausfechten müssen“.²⁸ Eine atomare Bewaffnung passte jedenfalls in Adenauers Vorhaben, die Bundesrepublik schrittweise in den Kreis der europäischen Mächte von Rang einzugliedern.²⁹ Dazu musste er aber mit den Modernisierungsmaßnahmen der Armeen anderer Länder Schritt halten; für die Bundeswehr bedeutete dieser Maßstab jedoch spätestens ab 1956 eine Ausstattung mit nuklearen Waffensystemen.

Im Hinblick auf diese drei Beweggründe der Regierungspolitik muss man den Überlegungen Adenauers einen gewissen gedanklichen Tiefgang zuerkennen. Seine Absicht, Atomwaffen anzuschaffen, in der Öffentlichkeit zumindest mit dieser Eventualität zu spielen, war keinesfalls von Leichtsinnigkeit und Naivität getrieben. Sie entsprang auch nicht einer spontanen Laune, sondern war Teil einer sicherheitspolitischen Konzeption. Adenauer hatte sich überdies für einen Regierungschef reichliche Informationen über den Entwicklungsstand mi-

26 Vgl. Karisch, Karl-Heinz: Die Rebellion der Physiker, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2007; o.V.: A-Bomben muß man haben, in: Der Spiegel, 02.01.1957; Schwarz 1991, S. 332.

27 Vgl. Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 20.09.1956, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1029.

28 Zitiert nach Schwarz 1991, S. 330.

29 Vgl. Bald 1994, S. 72 f.; Schwarz 1981, S. 356; Strauß 1989, S. 224.

litärischer Kernenergieverwendung eingeholt. Wie Strauß wäre wohl auch er ab dem Herbst 1956 willens gewesen, die Bundeswehr mit atomaren Sprengköpfen auszustatten, wenn sich entsprechende Möglichkeiten geboten hätten.³⁰

Im Übrigen betrachtete Adenauer eine Entscheidung in der Frage nach der Kernwaffenausrüstung deutscher Truppen im Frühjahr 1957, zum Zeitpunkt des Göttinger Manifests, überhaupt nicht als eine augenblicklich anstehende; vielmehr hielt er sie in Ermangelung konkreter Beschlüsse und Termine im April 1957 sogar eher für hypothetisch. Rückblickend äußerte Adenauer, dass die Erklärung in seiner Pressekonferenz „nur die Haltung zu einer in der Zukunft an uns herantretenden Frage [betraf], und mit großer Wahrscheinlichkeit würde diese Frage für uns gar nicht akut werden“³¹. Die heftige Reaktion der Göttinger Achtzehn verblüffte ihn daher umso mehr. Dem situativ³² denkenden Politiker Adenauer, der sich immer wieder neu auf gewandelte Lagen einstellte und sich äußerst sensibel gegenüber Reaktionen und Veränderungen seines Umfelds zeigte, leuchtete nicht ein, warum sich Wissenschaftler öffentlich über eine Frage erregten, deren Entscheidung vermutlich erst in zwei, drei, vielleicht vier Jahren anstand. Dass aber außerhalb der Tagespolitik stehende Personen, die via persönliche Prominenz und wissenschaftlicher Expertenstatus über Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Medien verfügten, in der Presse die von Adenauer lediglich anlässlich einer Routineveranstaltung angesprochene Thematik als brennend aktuell darstellten, war ihm unbegreiflich. Überhaupt die Wissenschaftler: In den Augen des professionellen Politikers Adenauer pochten sie penetrant auf ihren Sachverstand in kernphysikalischen Fragen und wiesen obendrein in ihrem Manifest eine politische Kompetenz weit von sich. Doch für genau einer solchen – eben einer politischen Handlungsanweisung – folgend hielt Adenauer die Göttinger Erklärung. Und die Frage nach einer Atomwaffenausrüstung war für ihn erst recht ein Politikum und keine Angelegenheit wissenschaftlicher Erkenntnis oder Beweisführung. „Es war eine Frage, für die die politische Führung des deutschen Volkes und die politischen Parteien verantwortlich waren“³³, rügte er auch noch viele Jahre später. Dass zivilgesellschaftlicher Protest derart erfolgreich in seinem Revier der Regierungspolitik wilderte, missfiel dem Kanzler außerordentlich. Schaut man allein aufs Kanzleramt, so ist der Hader mit der Aktion der Göttinger Achtzehn demzufolge leicht zu erklären. Adenauer sprach den

30 Zu diesem Aspekt vgl. Bald 1994, S. 66-78.

31 Adenauer 1967, S. 297.

32 Buchheim, Hans: Konrad Adenauer oder was Politik ist und wie sie gemacht wird, in: Kohl, Helmut (Hg.): Konrad Adenauer 1876/1976, Stuttgart/Zürich 1976, S. 68-75.

33 Adenauer 1967, S. 298.

Wissenschaftlern schlichtweg eine Zuständigkeit in dieser Angelegenheit ab, da sie hochpolitische Sachverhalte berührten, ohne dabei über politische Kenntnis noch demokratische Legitimation zu verfügen. Noch mehr ärgerte ihn die Ignoranz gegenüber dem außenpolitischen Schachspiel, der diplomatischen Ranküne, die er seinerseits so gerne betrieb. Noch 1967 schrieb Adenauer in seinen „Erinnerungen“ verächtlich über das politische Dilettantentum der Manifestanten, die scheinbar nicht erkannt hätten, dass man „die Bereitschaft der Russen abzurüsten nicht dadurch stärkte, dass man uns einfach von Kampfmitteln entblöbte“³⁴. Er überschlug sich darüber hinaus in aufgeregten Prognosen über die Konsequenzen eines Akts, wie ihn die Atomwissenschaftler forderten. Ein Verzicht bedeutete in den Augen des Kanzlers nicht nur eine Diskriminierung deutscher gegenüber verbündeten Soldaten, sondern musste geradezu die Auflösung der gesamten NATO zur Folge haben. Diese Reaktion Adenauers war keine speziell auf die Göttinger Achtzehn gemünzte. Sie gründete stattdessen auf einem typischen Einstellungsmuster des Kanzlers. Schon 1955 hatte er die moralischen Bedenken vor einem durch die Wiederbewaffnung erstarkenden Deutschland höflich, aber bestimmt beiseite gekehrt. Auf das Terrain der Außenpolitik solle man sich nicht wagen, „wenn man nur ein lauterer Herz hat“, denn „lautere Herzen werden dort nicht sehr hoch diskontiert“. In der Außenpolitik „hilft nur eine sehr realistische Betrachtungsweise und sonst gar nichts“³⁵ – so jedenfalls hatte es Adenauer für sich beschlossen.

Des Weiteren fand sich der Kanzler düpiert, weil ihn kein einziger der Atomforscher, trotz einzelner persönlicher Bekanntschaften,³⁶ im Vorhinein des Ganges an die Öffentlichkeit konsultiert oder zumindest vorgewarnt hatte. Dass Strauß ihm ein unzutreffendes Bild der von den Atomphysikern ausgehenden Gefahr vermittelt und Heisenberg mit seinem Intimus v. Weizsäcker einen Schlag gegen die Regierung geplant hatte, konnte er am Tag der Manifest-Veröffentlichung in den Zeitungen natürlich nicht ahnen.³⁷

Eine Sache erscheint in diesem Zusammenhang noch erwähnenswert: Nur ein Jahr nach der Göttinger Erklärung war es ausgerechnet deren führender

34 Ebd.

35 Adenauer sprach diese Sätze in einer CDU-Vorstandssitzung im Februar 1955. Zitiert nach Bald 1994, S. 86.

36 Bspw. mit Hahn und Heisenberg.

37 Strauß war über die Beunruhigung der Atomwissenschaftler und die Gefahr eines öffentlichen Schritts schon Monate zuvor informiert worden, vgl. dazu Kap. 2.3 dieser Arbeit. Zu Heisenbergs und v. Weizsäckers bereits längst geplanter Aktion vgl. Kap. 3.2 dieser Arbeit.

Kopf, der Adenauers Standpunkt nachträglich akzeptierte und sich dessen Positionen weitgehend selbst zu eigen machte. Es war Carl Friedrich v. Weizsäcker, der im Rahmen einer Reise in die USA neue Ansichten gewonnen hatte; während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten hatte er sich nämlich ausgiebig über die Logik der US-amerikanischen Atomwaffenstrategie informiert. Dabei kam er zu dem Schluss, dass die gegenseitige Abschreckung mit Atomwaffen jenseits des utopischen Ideals einer völlig von Krieg und Atomwaffen erlösten Welt im Grunde den einzig probaten Modus vivendi darstellt.³⁸ Damit übernahm er ziemlich genau den Standpunkt Adenauers, gegen den sich die Göttinger Erklärung noch kurz zuvor so energisch und überzeugt gestellt hatte. Auf denselben Informationsstand wie der Regierungschef gelangt, hatte der Wissenschaftler nunmehr dessen Position als die realpolitisch am wenigsten nachteilhafte übernommen, damit aber zumindest indirekt einen teilweisen Irrtum eingenommen.

2.2 VON DER MAINAU NACH GÖTTINGEN: DAS VORGÄNGERMANIFEST

Die Göttinger Erklärung wird gemeinhin als ein außergewöhnliches Einschreiten von Wissenschaftlern in den politischen Entscheidungsprozess, schlechterdings als das Parade- und Pioniermanifest naturwissenschaftlicher Forscher geachtet. Man verbindet mit ihr den Beginn einer neuen Gewissenhaftigkeit, in deren Folge Forscher einer Verantwortung für die – politisch reglementierbare – technische Anwendung ihrer Erkenntnisse nachkommen. Doch muss man dies relativieren, denn die Aktion der Göttinger Achtzehn besaß in der Erklärung von der Mainau ein Vorgängermanifest, sie war also ein Epigone. Bereits am 15. Juli 1955 hatten achtzehn Nobelpreisträger in einer „Kundgebung“ von der malerischen Blumeninsel im Bodensee an die Strategen der Weltpolitik appelliert, sich doch endlich der besonderen Gefahr von atomarem Kriegsgerät bewusst zu werden.³⁹ Die Mainauer Kundgebung getaufte Eingabe an die Politik folgte übrigens den gleichen Prinzipien, die später dem Göttinger Manifest zugrunde lagen: Eine stattliche Anzahl honoriger Persönlichkeiten richtet im öffentlich zugänglichen

38 Vgl. Daniel, Jens: Philosophus Manssises, in: Der Spiegel, 16.07.1958; o.V.: Ich zweifle, ich glaube, in: Der Spiegel, 16.07.1958.

39 Die Mainauer Kundgebung ist als Faksimile abgedruckt in: Kraus 2001, S. 162. Am Ende kamen in der Unterschriftenliste über fünfzig Nobelpreisträger zusammen.

Raum eine konkrete Aufforderung an die Politik, der qua Expertenstatus eine besondere Legitimation und Ernsthaftigkeit verliehen wird.

Vor allem aber war das Mainauer Manifest von wesentlichen Akteuren der Göttinger Erklärung erdacht, organisiert und getragen worden.⁴⁰ Die Idee für eine Nobelpreisträgerkundgebung stammte allem Anschein nach von Max Born, der sie Otto Hahn vorschlug.⁴¹ Die beiden Grandseigneurs der deutschen Wissenschaftsprominenz wollten die Politik vermittels einer politischen Manifestation mithilfe der Öffentlichkeit unter Druck setzen. Ihnen schwebte ein „Massenangriff“ einer großen Zahl führender Physiker, Chemiker, Physiologen etc.“⁴² vor. Born und Hahn traten dabei zusammen mit Werner Heisenberg als die drei prominentesten deutschen Physiker, die zugleich einen Nobelpreistitel trugen, gegenüber ihren in- und ausländischen Kollegen als die Initiatoren des Aufrufs auf. Carl Friedrich v. Weizsäcker agierte damals noch zurückgezogen im Hintergrund und war wohl insgeheim der Autor der finalen Textversion.⁴³

Im Unterschied zur zwei Jahre später erfolgten Göttinger Erklärung war „Mainau“ ein internationales, über den westdeutschen Kontext hinausgehendes Unterfangen. Die unterzeichnenden Manifestanten waren unterschiedlicher Nationalität, der Appell war an keine bestimmte Regierung adressiert und erschien polyglott in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache. Inhaltlich unterschied er sich obendrein nur geringfügig von dem 1957er Manifest. Er warnte vor den Gefahren eines Atomkriegs, die anscheinend nicht ausreichend bekannt wären und zudem alle Nationen betreffen, da der atomare Verseuchungstod unterschiedslos Neutrale wie Kriegführende treffe. Er schloss mit der leicht pathetischen Forderung, alle Nationen müssten im Zeitalter der Atom- und Wasserstoffbombe „zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten“, ansonsten würden sie „aufhören zu existieren“.

Doch über „Mainau“ verliert im historischen Rückblick meist niemand ein Wort, wohingegen die Göttinger Erklärung häufig Erwähnung und Lobpreisungen erfährt, sich insofern als *das* Manifest der Anti-Atomwaffenfraktion im kollektiven Gedächtnis eingebrannt hat. Auch v. Weizsäcker und Hahn stuften die

40 Vgl. hierzu ebd., S. 159-165.

41 Vgl. zu diesem Abs. ebd., S. 167 f.

42 Zitiert nach Kant, Horst: Otto Hahn and the Declarations of Mainau and Göttingen, als enthaltenes Werk in: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Preprint 203, Berlin 2002, S. 21-40, hier S. 27.

43 Vgl. ebd., S. 27 f.

Wirkung der Mainauer Kundgebung erkennbar enttäuscht als gering ein.⁴⁴ Die Manifestanten erreichten 1955 zwar postalisch einige Sympathiebekundungen, aber politische Konsequenzen zeitigte ihre Aktion bemerkenswerter Weise überhaupt keine. Es stellt sich also die Frage, warum ein inhaltlich beinahe identischer Text, noch dazu von einer weitaus spektakuläreren Ansammlung von Personen unterzeichnet, in einer gleichwertig riskanten Situation auf eine ganz und gar andere Resonanz stieß. Da sich beide Manifeste thematisch stark ähnelten, muss es also noch andere Faktoren gegeben haben, welche die sich eklatant voneinander unterscheidenden Wirkungen erklären können. Diese aufzuspüren, ist die Absicht der folgenden Darstellung.

2.3 DER WEG ZUM MANIFEST

2.3.1 Vom Informellen ins Öffentliche: die Entstehung der Göttinger Erklärung

Das Manifest der Göttinger Achtzehn nahm seinen Verlauf nicht erst im Jahr 1957, schon gar nicht in der Woche nach Adenauers folgenschwerer Pressekonferenz Mitte April.⁴⁵ Bereits im Sommer 1956 wollten Heisenberg und v. Weizsäcker einen verbindlichen Atomwaffenverzicht seitens der Bundesregierung erwirken – aufgrund der Unwägbarkeit, dass aus einem im Bundeskanzleramt geplanten ersten deutschen Kernforschungszentrum in Karlsruhe eventuell eine heimliche Militärforschungsstätte werden könnte.⁴⁶ Der Enttäuschung über die wirkungslose Mainauer Erklärung sollte sich in einem zweiten Versuch mithilfe einer leicht modifizierten Aufrufvariante diesmal ein durchschlagender Erfolg anschließen. Als sich diese Idee zwischen Heisenberg und v. Weizsäcker entspann, stand ihrer Umsetzung allerdings noch eine Wegstrecke von mehreren Monaten bevor. Was sich in diesem Zeitraum tat und welche Etappen dem politischen Manifest vorangingen, soll Gegenstand der folgenden Passagen sein.

44 Vgl. Kraus 2001, S. 164; o.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981, München 1984, S. 34.

45 Zum Hergang der letzten Monate vor der Göttinger Erklärung aus der Sicht v. Weizsäckers vgl. Lindner 2002, S. 116-119.

46 Vgl. Heisenberg, Werner: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1976, S. 260 sowie Kap. 3.2 dieser Arbeit.

Die Haltung der Atomphysiker zu Atomminister Strauß war ambivalent. Schon früh nach der Gründung des Atomministeriums gewann Strauß durch seine effektive Arbeit und den schnellen Erwerb stattlichen Fachwissens die Bewunderung seiner wissenschaftlichen Berater und trug sich unter diesen das Etikett eines hochintellektuellen Mannes ein.⁴⁷ Ebenso schnell offenbarte sich allerdings eine andere Seite des jungen Ministers, die den Wissenschaftlern Unbehagen bereitete. Mit von zahlreichen Weinen gelockerter Zunge begann Strauß abends in geselliger Runde von Atomwaffen zu schwadronieren, die er gerne für die Bundeswehr bekommen würde. Dies erschien den Atomwissenschaftlern einigermmaßen unheimlich; und so kannten sie den späteren CSU-Chef schon früh als dezidierten Atomwaffenfreund. Da zum Zeitpunkt der Ministeriumsgründung angesichts des kaum zehn Jahre zurückliegenden Weltkriegs ein Atomwaffenarsenal der Bundesrepublik noch hinreichend unreal, wenn nicht sogar undenkbar erschien, Strauß zudem innerhalb der Bundesregierung noch als Nachwuchspolitiker anzusehen und bloß ein Nebenressortleiter war, sahen die Physiker jedoch mangels akuter Gefahr trotz der besorgniserregenden Ansichten des für sie zuständigen Politikers erst einmal keinen Grund, weitere Schritte zu veranlassen.

Mit der Ernennung Strauß' zum Bundesverteidigungsminister im Jahr 1956 und einer sicherheitspolitischen Lage innerhalb des NATO-Bündnisses, die eine westdeutsche Atombewaffnung keinesfalls mehr illusionär anmuten ließ, stellte sich jedoch eine völlig neue Situation ein. Der Wechsel des Bayern in die Ermeikalkaserne alarmierte die Atomwissenschaftler. Strauß hatte nun innerhalb des Kabinetts an politischem Gewicht deutlich zugelegt. Sein Ministerium organisierte damals die Wiederbewaffnung, welche die öffentliche Wahrnehmung der Bundesregierung maßgeblich beeinflusste. Zudem gestattete die veränderte Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses und der NATO der Bundesregierung neue Spielräume in Sachen Atomrüstung – es eröffneten sich gewissermaßen nuklear-militärische Optionen. Kurzum: Strauß war dem zügelnden Einfluss des ministeriellen Beraterkreises „Kernphysik“, in dem führende deutsche Atomforscher Platz genommen hatten, unversehens entglitten und befand sich nunmehr in einer für die Kernwaffenbeschaffung aussichtsreichen Exekutivfunktion. Die Mitglieder des Arbeitskreises „Kernphysik“, der im Hinblick auf die spätere Göttinger Erklärung gleichsam die Keimzelle der Manifestantenschaft bildete, versammelten sich sogleich, um die neue Lage zu sondieren.⁴⁸ Die Atomphysi-

47 Vgl. hier und im Folgenden Lindner 2002, S. 116 u. S. 123; Strauß 1989, S. 236; v. Weizsäcker 1984, S. 192 f.

48 Zu Treffen und Brief vgl. Besser, Joachim: Die Rebellion des Gewissens, in: Die Welt, 17.04.1957; Heisenberg 1976, S. 262 f.; Herbig, Jost: Kettenreaktion. Das Dra-

ker vermuteten hinter den westdeutschen Bewaffnungsbestrebungen unzweifelhaft den neuen Verteidigungsminister. Adenauer unterstellten sie hingegen allenfalls senile Indifferenz oder naive Unwissenheit. Sie unterschätzten dessen Machtstellung und Triebkraft in Sachen Atombewaffnung immens.⁴⁹ Einig in der Meinung, schrieben sie daher Strauß einen Brief (der neue Atomminister Siegfried Balke erhielt lediglich eine Durchschrift), der wesentliche Passagen des späteren Manifests enthielt und in dem sie die politische Berücksichtigung ihrer gegenüber für das Bundesheer zu beschaffenden Atomwaffen vorgebrachten Bedenken einforderten. Falls die Regierung die Atomrüstungspläne verwirklichen wollte, so lautete ihre Drohung, würden sie den Gang in die Öffentlichkeit wagen. Unterzeichnet war der Brief von den Atomwissenschaftlern Bopp, Bothe, Gentner, Hahn, Haxel, Heisenberg, Jenschke, Kopfermann, Maier-Leibnitz, Mattauch, Riezler, Walcher und v. Weizsäcker – also von ganzen zehn der späteren Achtzehn.

Erst nach einigem Zögern, das nicht gerade zur Beruhigung der Absender beitrug, lud Strauß Ende Januar 1957 eine Delegation der Forscher in sein Ministerium ein. Dem temperamentvollen Minister missriet jedoch das Krisenmanagement völlig. Strauß versuchte den vorangegangenen Brief zu entkräften, indem er – mit einer Lautstärke, die v. Weizsäcker noch über vierzig Jahre später in den Ohren schallte – klar stellte, dass nicht deutsche, sondern „europäische“ – im multinationalen Militärbund gefertigte – Atomwaffen das Ziel seiner Politik seien. Dies rechtfertigte er mit externen Entwicklungen. Hintergrund sei der von der US-Regierung geplante Abzug von (konventionellen) Truppen aus Europa, wodurch man in der Zukunft gegenüber den atombewaffneten Sowjets schutzlos wäre. Strauß gab also als Motiv das Konzept einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft vor. Indem er glaubwürdig klarstellte, dass die Bundesregierung Atomwaffen unter nationaler Souveränität, über die der Kanzler also vom Palais Schaumburg aus quasi frei würde verfügen können, gar nicht anstrebe, gelang ihm bloß eine geringfügige Beschwichtigung der aufgeschreckten Wissenschaftler. Denn im gleichen Zug löste Strauß durch sein unumwundenes Ein-

ma der Atomphysiker, München/Wien 1976, S. 463; Kant 2002, S. 31; Lindner 2002, S. 117 f.; Rese 1999, S. 50 ff.; Rupp 1980, S. 77 und die dortige Fußnote 374; Sonntag, Philipp: Der Streit um die atomare Bewaffnung. Argumente der Ära Adenauer, Schriftenreihe Militärpolitik-Dokumentation, Jg. 6 (1982) H. 25, Frankfurt am Main 1982, S. 43 u. S. 45 f.; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München/Wien 1977, S. 573; ders. 1984, S. 192 f.

49 Vgl. Schwarz 1991, S. 335.

verständnis mit einer groß angelegten NATO-Atomrüstung in Europa abermals Beunruhigung aus.⁵⁰ Zwar verzichteten die Wissenschaftler nach dem Treffen mit Strauß auf den angedrohten und eigentlich auch bereits beabsichtigten Gang in die Öffentlichkeit, doch führte das Gespräch auch zu keiner Einigung; die Spannung zwischen den beiden Kontrahenten konnte zwar für kurze Zeit gemindert, aber keineswegs aufgelöst werden. Oder wie v. Weizsäcker es später beschrieb: „Wir verließen den Minister, zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt.“⁵¹ Darüber hinaus führte Strauß das Gespräch wohl „in sehr unangenehmen Formen“⁵² und belehrendem Tonfall. Jedenfalls scheiterte der Minister in seinem Unterfangen, die Krise mit seinem ehemaligen Beraterkreis zu bewältigen; stattdessen beraubte er diesen lediglich eines aktuellen Anlasses für öffentliche Widerworte, entschärfte also bloß den akuten Moment. Denn mit seinen ausweichenden Stellungnahmen gab Strauß den zu einem öffentlichen Protest längst bereiten Forschern keinen konkreten Ansatzpunkt mehr, um in Aktion zu treten. Man kann sagen, dass ab dem Januar-Treffen der Gang der Wissenschaftler in die Öffentlichkeit nur noch eine Frage der Zeit war. Die Verzögerung bis Mitte April 1957 erklärt sich folglich allein aus der fehlenden Gelegenheit.

Diese freilich ließ nicht lange auf sich warten. Zwischenzeitlich hielten diverse Aussagen des Verteidigungsministers die Aktualität und Berechtigung der Besorgnisse aufrecht. Nichts schien für eine Revision seines politischen Kurses zu sprechen. Im Februar 1957 ließ Strauß bei Hahn durchblicken, dass die Beschaffung von Kernwaffen für die Bundeswehr Druck auf die Sowjetunion ausüben sollte. Außerdem könne man der Roten Armee im Ernstfall ja nicht bloß mit „Pfeil und Bogen“⁵³ bewaffnet entgegentreten. Für die Forscher war dadurch spätestens zu diesem Zeitpunkt klar: Die Kernwaffen, die sie einerseits als größte Gefahr für die Existenz der Menschheit begriffen, andererseits als größte Gefahr für ihre Forschung, waren Gegenstand einer banalen politischen Schachpartie geworden. Einigen von ihnen war es unbegreiflich, dass die Bundesregierung zum Zwecke politischer Strategie mit einem derartigen Risiko zu spielen schien.⁵⁴

Den konkreten Ausschlag für die Veröffentlichung des bereits weitgehend fertig in den Schubladen liegenden Manifests gab eine folgenschwere Sentenz

50 Vgl. Rupp 1980, S. 77.

51 Von Weizsäcker 1984, S. 36.

52 Ebd., S. 193.

53 Zitiert nach Herbig 1976, S. 464.

54 Vgl. Müller, Wolfgang D.: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart 1990, S. 553.

Adenauers. In einer am 5. April 1957 abgehaltenen Pressekonferenz im Bundeshaus verharmloste das Regierungsoberhaupt das grausame Massenvernichtungsmittel Atomwaffe als bloße „Weiterentwicklung der Artillerie“.⁵⁵ Überdies glaube er nicht, so Adenauer, dass „der Besitz solcher Waffen uns der Gefahr einer atomaren Vergeltung aussetzen würde“.⁵⁶ Offenbar schockierten diese Sätze des Bundeskanzlers innerhalb der späteren Manifestantenschaft auch die letzten Zweifler an dem Protestvorhaben, sodass diese ihre – wohl primär politischen – Bedenken zurückstellten und dem gewagten Schritt zustimmten.⁵⁷ Adenauer hatte mit seinen unvorsichtigen Worten im Lager der noch zaudernden Forscher mit einem Mal Geschlossenheit bewirkt. Als v. Weizsäcker und Gerlach, die gerade zusammen einer Tagung beiwohnten, beim gemeinsamen Frühstück in der Zeitung von Adenauers prekärem Ausspruch lasen, erkannten sie sofort die sich ihnen einmalig bietende Gelegenheit⁵⁸ und fassten spontan den Beschluss zum sofortigen Handeln. Dieses erfolgte in Form einer öffentlichen Erklärung, die Zeugnis von der kompromisslosen Ablehnung einer persönlichen Beteiligung an der Kernwaffenentwicklung ablegen sowie Aufklärung über die dreiste Verharmlosung von Atombomben betreiben sollte.⁵⁹ Umgehend begannen sie, ihre Kollegen für eine schlagkräftige Kollektivaktion zu mobilisieren. Gerlach und v. Weizsäcker telefonierte, schrieben hastig Briefe und reisten weiter nach Bad Nauheim, wo gerade die Deutsche Physikalische Gesellschaft mit einem Großteil ihrer Kommissionsfreunde tagte. Dort besprach man sich am 11. April 1957 mit weiteren Kollegen und einigte sich auf den Text, den sie schließlich telefonisch an Otto Hahns Büro in Göttingen übermittelten, von dem aus es anschließend an die Presse erging. In Südhessen entschieden sich also die

55 Zu der Pressekonferenz vgl. Adenauer 1967, S. 296 f.; Schwarz 1991, S. 333; Görlich 1965, S. 31 f.; ein stenografischer Auszug aus der Erklärung Adenauers findet sich in: Der Spiegel, 17.04.1957, S. 8.

56 Zitiert nach Adenauer 1967, S. 296 f.

57 Vgl. Kraus 2001, S. 200-212; Lindner 2002, S. 122; Rupp 1980, S. 77; Sonntag 1982, S. 46.

58 Vgl. auch v. Weizsäcker, der davon sprach, dass ihm erst „eine leichtfertige Äußerung Adenauers“ die „Gelegenheit“ zur Manifest-Aktion verschaffte, in: ders. 1984, S. 193; auch ders. 1977, S. 573; und Görlich, die das Presseinterview als einen der „Angelpunkte der Atomdiskussion“ bezeichnete, in: dies. 1965, S. 31.

59 Vgl. hier und folgend Heinrich, Rudolf/Bachmann, Hans-Reinhard: Walther Gerlach. Physiker – Lehrer – Organisator. Dokumente aus seinem Nachlaß, München 1989, S. 141 sowie ebd. Brief Gerlach an Brill vom 24.10.1977, Dokument Nr. 237, S. 147; Herbig 1976, S. 465; Lindner 2002, S. 114-119; Rupp 1980 S. 77 f.

letzten Schritte, insofern hätte man eigentlich von der „Bad Nauheimer Erklärung“ sprechen müssen.

Noch einmal: Heisenberg und v. Weizsäcker planten spätestens seit dem Sommer 1956, kurze Zeit nach „Mainau“, ein weiteres Vorhaben, das die Bundesregierung zu einer öffentlich proklamierten, verbindlichen Verzichtserklärung hinsichtlich der Herstellung und des Besitzes atomarer Waffen nötigen sollte.⁶⁰ Im Winter 1956/57 hatte der Gang der Atomwissenschaftler in die Öffentlichkeit schon einmal kurz bevor gestanden, doch fehlte damals noch der Anlass. Erst Adenauers Pressekonferenz öffnete das Fenster der Gelegenheit, bot einen Bezugspunkt für eine öffentliche Stellungnahme.

2.3.2 Konsens durch Provokation: die Manifestantenschaft

Wie aber brachte man nun ausgerechnet achtzehn Personen dazu, sich per Unterschrift mit dem Inhalt des Manifest-Textes zu identifizieren? In ihren politischen Ansichten strebten die Göttinger Achtzehn nämlich auseinander, befanden sich jedenfalls nicht kollektiv auf derselben Position. „Lange, lange“⁶¹ habe man über die Folgen eines derartigen Schritts diskutiert und es ist wohl anzunehmen, dass eine derart geschlossene Aktion ohne die Provokation durch Adenauer nicht zustande gekommen wäre. Dass ein Konsens nicht leicht zu erzielen war, gestand, allerdings nicht ohne pathetische Ummantelung, v. Weizsäcker später ein: In der Erklärung sei es für einen kurzen Augenblick gelungen, „heterogene, je in ihrem Horizont konsequente Motive zu einer widerspruchsfreien Einheit zu bringen“⁶². Sogar Adenauer wunderte sich bei dem späteren Treffen im Kanzleramt mit den Delegierten der Manifestantenschaft, wie heillos verschieden deren Meinungen waren.⁶³ Offenbar handelte es sich bei der einhelligen Ablehnung einer nationalen Atomrüstung der Bundesrepublik um den kleinsten gemeinsamen Nenner der Manifestantenschaft.⁶⁴ Aber selbst in diesem Punkt war man zwar zur gleichen

60 Vgl. hierzu auch Kraus 2001, S. 230 f.

61 Von Weizsäcker 1984, S. 35.

62 Ebd., S. 194.

63 Von „den Herren hatte jeder seine eigene Meinung“; Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1232; siehe auch Kap. 2.5.1 dieser Arbeit.

64 Vgl. hier und im Folgenden Fleischmann, Rudolf: Erinnerungen eines Zeitzeugen, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 47-50, hier S. 48 f.; Hattrup, Dieter: Carl Friedrich von Weizsäcker. Physiker und Philosoph, Darmstadt

Auffassung gelangt, nicht aber als Folge übereinstimmender Motive.⁶⁵ Denn die Motivlage der Göttinger Achtzehn war stark fragmentiert, jedenfalls alles andere als einmütig.

2.4 EIN RHETORIK-FAUXPAS ALS AUSLÖSER: ADENAUER UND DIE „ERWEITERTE ARTILLERIE“

Mit nur wenigen Worten hatte der Bundeskanzler die Göttinger Manifestation – man kann es wohl so sagen – ermöglicht. Denn diese gaben den Ausschlag, stellten den entscheidenden Impuls dar, der dem Manifest-Organisator v. Weizsäcker das Einwerben der Unterschriften spielend einfach machte. Vor der Presse verharmloste Adenauer die beabsichtigte Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Geschossen offenkundig als eine völlig normale, unspektakuläre, zu keinerlei Bedenken Anlass gebende Maßnahme. Atomwaffen, so der Kanzler, ließen sich in „taktische“ und „strategische“ Typen unterscheiden, wovon erstere „nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie“ seien. Und im Übrigen sei es „selbstverständlich, dass bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik“ nicht darauf verzichtet werden könne, auch die Bundeswehr mit den „neuesten Typen“ auszustatten.⁶⁶ Von einem Verzicht, der allein von der Bundesrepublik geübt würde, erwartete Adenauer hingegen keinen Beitrag für eine „Entspannung“ des Wettrüstens, davon sei er „felsenfest überzeugt“. Die Göttinger Achtzehn gaben später vor, sich von Adenauers Euphemismen provoziert gefühlt zu haben, gegen diese in ihren Augen zynische Bagatellisierung vorgehen zu müssen.⁶⁷ Adenauers Biograf Hans-Peter Schwarz kreidet diese Wortwahl dem ansonsten in politischer Führung sehr bewanderten Bundeskanzler deshalb auch als einen „bemerkenswerte[n] Missgriff“ an, der „die erste große Atomdiskussion in der Geschichte der Bundesrepublik“⁶⁸ eröffnet habe.

2004, S. 173; Brief Gerlach an Jungk vom 22.01.1958, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument 236, S. 147; Lindner 2002, S. 117; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung, München/Wien 1976, S. 206.

65 Vgl. dazu Kap. 3 „Die Motive“ bzw. die Ausführungen im Schlussteil.

66 Die betreffende Passage der Presseerklärung ist abgedruckt in: Der Spiegel, 17.04.1957, S. 8.

67 Vgl. Fleischmann 1996, S. 48 f.

68 Beide Zitate aus Schwarz 1991, S. 333.

Adenauer hatte diese Äußerung in internen Gesprächen schon viel früher und häufiger kundgetan. Dennoch beschwor sie, nunmehr öffentlich ausgesprochen, auch eine Debatte über die politische Zurechnungsfähigkeit des amtierenden Bundeskanzlers, des damals bereits 81-jährigen „Alten“ aus Rhöndorf, herauf.⁶⁹ Doch wenngleich sich das Statement glänzend zur Erregung in öffentlichen Foren eignete und den sicherheitspolitischen Kritikern der Bundesregierung reichlich Gelegenheit zur verbalen Attacke bot, so bedarf das Ausmaß von Adenauers politischem Fauxpas fairerweise doch einer gewissen Abschwächung. Denn die von ihm gebrauchte Differenzierung von Atombomben in „taktische“ und „strategische“ entsprach einer durchaus gängigen Militärterminologie,⁷⁰ war darum sogar äußerst fachmännisch gewählt. In militärischen und politischen Kreisen redete man ganz selbstverständlich von einer „Atom-Artillerie“. Auch US-Präsident Eisenhower sprach bei Atomwaffen von „another kind of ammunition“⁷¹ und meinte, sie könnten wie Gewehrkgeln eingesetzt werden. Und der US-Außenminister John Foster Dulles wertete die vermeintliche Fähigkeit des Militärs, Atomwaffen als konventionelle Waffen zu verwenden, zu einer grundlegenden Voraussetzung zur Verteidigung des Westens auf.⁷² Adenauer stimmte somit lediglich in einen Tenor US-amerikanischer Politiker und Militärs ein, die erreichen wollten, dass die Bevölkerung atomare Waffen als völlig normales Kriegsgerät sieht. Adenauers Aussagen in diversen Sitzungen des CDU-Bundesvorstands Jahre vor der Göttinger Erklärung zeigen überdies, dass sich der Bundeskanzler über die unmittelbare Zerstörungskraft von „taktischen“ Kernwaffen wie auch ihrer radioaktiven Nachwirkungen keine Illusionen machte, sich ihnen sogar sehr wohl bewusst war. Naiv bei Adenauers Äußerung war folglich keineswegs sein genereller Umgang mit der Atomwaffenproblematik, sondern allenfalls seine Erwartung, damit die Öffentlichkeit beruhigen und in Sicherheit wiegen zu können.

Und selbst einer der Göttinger Achtzehn, kein geringerer als der Nobelpreisträger Werner Heisenberg, war seinerseits nicht vor Verharmlosungen in Sachen Atomtechnologie gefeit. Sobald er für sein Hauptanliegen, die zivile Atomenergieentwicklung, warb, griff er aus Eigeninteresse gleichfalls zu einem nicht minder bagatellisierenden Vergleich: Die Atomindustrie sei seiner Meinung nach „nicht gefährlicher ... als irgendeine andere industrielle Entwicklung“⁷³. Ja, er

69 Vgl. ebd., S. 332 f.

70 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 123/S. 36.

71 Zitiert nach Gnad 1997, S. 340.

72 Vgl. hier und im Folgenden Bald 1994, S. 23 f. u. S. 76 f.

73 Zitiert nach Kraus 2001, S. 182.

bezeichnete sie sogar als „einfach eine Weiterentwicklung der chemischen Industrie“⁷⁴ – womit er sich rhetorisch im Niveau beschönigender Untertreibung nicht unweit von Adenauers „Weiterentwicklung der Artillerie“ aufhielt. Gefahrenpotenziale nuklearer Technologien, mit deren Kenntnis Heisenberg ja später seine Empörung über die Atomwaffen rechtfertigte, blendete also auch er aus, sobald dies im Sinne seiner eigenen Zielverfolgung lag. Die Authentizität von Heisenbergs Kritik an der euphemistischen Wortwahl des Kanzlers gehört folglich relativiert, erscheint gekünstelt und somit auch ein Stückweit kalkuliert. Auch ihm ließ sich unterstellen, die Öffentlichkeit aus persönlichen Interessen in die Irre zu führen.

Den Atomwissenschaftlern boten Adenauers Worte nichtsdestotrotz eine Steilvorlage für das Einleiten ihrer Aktion, der bis dahin lediglich ein günstiger Anlass gefehlt hatte. Sie nutzten die wenigen Sätze des Bundeskanzlers gezielt und effizient zur medienwirksamen Skandalisierung. Heisenberg bot sich, nachdem er schon 1955 in der Öffentlichkeit über Adenauers angeblich fehlgeleitete Atompolitik gewütet hatte,⁷⁵ eine neuerliche Gelegenheit, über die Regierung mit empörenden Kommentaren herzufallen. „Eine solche Darstellung schien uns das Maß des Erträglichen weit zu überschreiten“⁷⁶, gab er bspw. bekannt. In Wirklichkeit fiel Heisenberg und dem Organisator des Manifests, v. Weizsäcker, nun unversehens ein glücklicher Ansatzpunkt für eine Aktion in die Hände, die schon seit längerer Zeit auf ihrer Handlungsagenda gestanden hatte. Von Weizsäcker gab Jahrzehnte danach sogar unumwunden zu: „Es ging [...] ein kleines Schmunzeln über mein Gesicht, indem ich mir sagte: ‚Jetzt kriege ich meine öffentliche Erklärung!‘“⁷⁷ Die Pressekonferenz Adenauers – sie war wohl für nicht wenige der Göttinger Achtzehn ein Glücksfall.

74 Zitiert nach ebd., S. 132.

75 Vgl. dazu Kap. 3.6.1 dieser Arbeit.

76 Heisenberg 1976, S. 265.

77 Lindner 2002, S. 118 f.

2.5 ADENAUERS KONFLIKTMANAGEMENT

2.5.1 Hühnchenessen im Kanzleramt: die Konferenz mit den Manifestanten⁷⁸

Die Bundesregierung, die Gegenstand der Kritik des Manifests war, namentlich Strauß und Adenauer, reagierte anfänglich nicht sonderlich geschickt. Da ihr rechtsstaatliches Handlungsinstrumentarium im Gegensatz etwa zu Monarchien und Diktaturen keine Repression im Sinne von Pressezensur oder Personenverhaftungen gestattete, beantwortete sie die Göttinger Erklärung zunächst mit einer aggressiven Diskreditierung der Manifestantenschaft. Sie versuchte, den Göttinger Achtzehn ein öffentliches Image der politischen Einfältigkeit und Inkompetenz anzuhängen. So sprach Strauß von einem „leichtfertigen Experiment“ und zieht die Professoren der politisch unverantwortlichen „Dienstleistung für den Kommunismus“⁷⁹. Die achtzehn gegen die Regierungspolitik Stellung beziehenden Forscher hätten schlechterdings die weltpolitische Lage verkannt und sich stattdessen Rat bei Adenauer einholen sollen, der als „verantwortlicher politischer Leiter“ schließlich über neueste Erkenntnisse der Strahlenschutzentwicklung verfüge.⁸⁰ Strauß und Adenauer bezichtigten die Atomwissenschaftler einhellig der politischen Naivität, sprachen ihnen in dieser genuin politischen Frage die Verantwortung ab und stilisierten sie zu unfreiwilligen Handlangern der Sowjetregierung.⁸¹

Doch was sollten ausgebuffte Profipolitiker vom Schlage Adenauers und Strauß' auch schon anderes von dem Schritt der Professoren halten? Schließlich handelte es sich um einen Text, der die Aufrechterhaltung des Friedens anvisierte, ja an die rationale Einsicht der Politik appellierte – der Politik! Diese – das

78 Zu diesem Gespräch vgl. allgemein Herbig 1976, S. 466 f.; o.V.: Kanzler und Atomforscher dringen auf Abrüstung, in: *Die Welt*, 18.04.1957; Rupp 1980, S. 79 f.; Sonntag 1982, S. 42-47; v. Weizsäcker 1977, S. 574.

79 Die beiden Zitate finden sich bei Rupp 1980 auf den Seiten 78 und 79.

80 Vgl. o.V.: Scharfe Spannung nach der Göttinger Erklärung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.04.1957; o.V.: Die Superbombe, in: *Der Spiegel*, 24.04.1957.

81 Vgl. Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Lehren der „Göttinger Erklärung“, in: *Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft*, Jg. 34 (1987) H. 11, S. 1012-1016, hier S. 1013; Görlich 1965, S. 33; Heisenberg 1976, S. 266 ff.; o.V.: Adenauer: „Atomare Aufrüstung bedrückt mich“, in: *dpa*, 13.04.1957; o.V.: Bitte um Vertrauen, in: *dpa*, 13.04.1957; Rese 1999, S. 60 ff.; Rupp 1980, S. 78; Schwarz 1991, S. 335 f.

wussten Adenauer und Strauß natürlich – würde sich doch nicht ohne Weiteres von einem Papier westdeutscher Wissenschaftler beeindrucken lassen; jedenfalls nicht die Herren im Kreml und Weißen Haus. Verhält sich die Politik doch aus der Sicht außerpolitischer Akteure wie den Atomforschern häufig genug irrational, zählen in ihr Machtkalküle mindestens so viel wie eine sachgerechte Lösung und gilt es darüber hinaus, Gesichter zu wahren. Es war klar, dass ein ohnehin impulsiver Charakter wie Strauß bei so etwas keine Contenance bewahren würde. Ferner ärgerte sich Adenauer über den Schritt der Achtzehn, weil Strauß ihm zuvor den Eindruck vermittelt hatte, die Wissenschaftler würden ohne Vorankündigung keinen Gang in die Öffentlichkeit wagen, von ihnen würde im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf folglich auch keine Gefahr ausgehen.⁸² Strauß aber hatte die Lage falsch eingeschätzt. Doch der darüber aufgebrachte Kanzler, offenbar auch von seinen Beratern gemahnt,⁸³ musste seinen Zorn zurücknehmen. Denn wie sich schnell zeigte, lagen die Protestler allem Anschein nach konform zur Bevölkerungsstimmung und öffentlichen Meinung, brachen doch selbst die Kommentatoren notorisch regierungsfreundlicher Zeitungen den Achtzehn eine Lanze.

Mehr noch: Die bürgerlich-konservative Presse verbeugte sich mit pathetischen Worten „vor dem Mute dieser 18 Professoren, die es wagten, gegen eine Welt, in der sich die Staatsmänner und Strategen in der Logik des Schreckens bewegen und die Massen den Kopf in den Sand stecken, vom Gewissen her Stellung zu nehmen“.⁸⁴ Mit respektvollen Elogen wurde das Manifest als ein „ergreifendes Dokument“ gewürdigt und man sei „von Dankbarkeit erfüllt, dass die auf diesem Gebiet erfahrensten Fachleute sich zutiefst der Verantwortung bewusst“⁸⁵ seien. Derlei Kommentare konnte man in den Tagen nach der Göttinger Erklärung in der westdeutschen Medienlandschaft allerorten antreffen. Die achtzehn Professoren selbst wurden in der Presse als die „unsichtbaren Helden des Tages“⁸⁶ gefeiert und fanden in zahlreichen Medienbeiträgen lobende Erwähnung.⁸⁷

82 Vgl. Brief Adenauer an Heuss vom 17.04.1957, in: Morsey/Schwarz (Hg.) 1998, S. 319.

83 Von Eckardt reagierte gemäßigt indem er der Stellungnahme der Achtzehn Respekt entgegen brachte und ihnen keine unlauteren Motive unterstellte. Vgl. Rupp 1980, S. 79; o.V.: Bundeskanzler wurde informiert, in: dpa, 15.04.1957.

84 Zehrer, Hans: Atomwaffen – ja oder nein?, in: Die Welt, 15.04.1957.

85 Beide Zitate aus o.V.: Die Bombe, in: Die Welt, 13.04.1957.

86 Friedmann, Werner: Das Risiko des Irrtums, in: Süddeutsche Zeitung, 11.05.1957.

87 Vgl. Beinhauer, E./Blank, W. (Hg.): Presse- und Funkbericht, 11.05.1957.

Während die Öffentlichkeit den Protestakt demzufolge als moralisch mutig würdigte, zollte der Bundeskanzler der Tat der Achtzehn keinerlei Respekt und verwehrte ihr jedwede Anerkennung. Hier erwies sich, dass die anfängliche Empörung der verantwortlichen Politiker über die Aktion vermeintlicher Politiklaien ungeeignet war, die medialen Wogen zu glätten. Ein klassisches Reaktionsmuster der Politik hatte augenscheinlich versagt und Adenauer musste diesem Faktum nunmehr in seiner taktischen Vorgehensweise Rechnung tragen. Dies zeigt aber auch die enorme Abhängigkeit des Manifests von der Resonanz der Medien, der öffentlichen Meinung. Ohne die Unterstützung der Manifestanten durch Pressekommentatoren und Nachrichtenagenturen, ohne die Wirksamkeit von Schlagzeilenlettern, hätte Adenauer der Aktion der Professoren nach anfänglicher Verärgerung höchstwahrscheinlich keine Bedeutung mehr beigemessen, den Ansichten der Manifestanten keine weitere Beachtung geschenkt.

Die öffentliche Reaktion ließ den Kanzler, der mit einem wachen Auge für demoskopische Messungen stets äußerst sensibel auf die öffentliche Meinung blickte, aufhorchen. Er kam zu dem Schluss, dass sich ein Diskussionsstreffen mit den Achtzehn nun nicht mehr vermeiden ließ, den einzigen Ausweg aus einer verfahrenen Situation bot. Adenauer witterte die Gefahr eines anhaltenden, für die Regierung nachteiligen Meinungsumschwungs in der Bevölkerung, da Experten für gewöhnlich in der Sachfrage höhere Glaubwürdigkeit und Autorität genießen als Politiker. Außerdem schien die anfangs hysterische Reaktion der verantwortlichen Politiker das öffentliche Interesse an dem Thema nur noch zu steigern. Aus diesen Gründen entschloss sich Adenauer, als Regierungschef mit einigen Repräsentanten der Protestgruppe in direkte Kommunikation zu treten, mit dem Ziel, sie vor den weit geöffneten Augen der Öffentlichkeit wieder auf die Regierungsseite zu ziehen.⁸⁸ Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Manifests ging Adenauer nun also doch auf die nicht mehr zu leugnende Problemlage ein, kündigte an, Bundestag und Regierung zu einem weltweiten Abrüstungsappell bewegen zu wollen.⁸⁹ Eine solche Wechselwirkung zwischen Medienberichterstattung und Personenhandeln, wie man sie im Falle Adenauers beobachten konnte, bezeichnet die Kommunikationswissenschaft als „reziproken Effekt“.⁹⁰

88 Vgl. Kitzinger, Uwe W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960, S. 54; Schwarz 1991, S. 336.

89 Vgl. o.V.: Die Regierung plant Appell zur atomaren Abrüstung, in: Die Welt, 17.04.1957.

90 Vgl. dazu Kepplinger, Hans Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg im Breisgau/München 1998, S. 146.

In der zweiten Runde schlug sich die Regierung allerdings deutlich besser als zum Auftakt des Konflikts. Indem sie sich zu einer Korrektur ihrer Verhaltensweise bereitgefunden hatte, gewann sie die Initiative zurück. Was Adenauer und sein Regierungssprecher wie auch enger Berater Felix v. Eckardt, der in Krisensituationen schon oft die Nerven behalten hatte,⁹¹ nun ergriffen, war eine „Taktik der Beruhigung“⁹², die der Sondersituation des Wahljahres geschuldet und aus der Sicht politischer Führung angemessen war. Denn wenige Monate vor der Eröffnung der Wahllokale ließ sich ein derartiges Ereignis nicht einfach aussitzen. Als vermeintliche Sprachrohre der Bevölkerungsmeinung – das hatte Adenauer eingesehen – waren die Achtzehn nicht zurückzuweisen. Der Kanzler lud deshalb eine Delegation der Manifestanten zwecks gemeinsamer Aussprache direkt ins Kanzleramt. Dies waren Gerlach, Hahn, Riezler, v. Laue und v. Weizsäcker; Heisenberg hingegen verweigerte sich einem Treffen mit Adenauer, da er ob des Regierungshandelns⁹³ in der jüngsten Vergangenheit noch verstimmt war. Für Gerlachs Einladung hatte Hahn gesorgt.⁹⁴ Kein Wunder, schließlich hatte Gerlach als Beauftragter des „Reichsmarschalls“ für Kernphysik vor 1945 schon mit Göring, Himmler und anderen Funktionsträgern des „Dritten Reichs“ Konversation gehalten und Korrespondenz gepflegt, war mit hochrangigen Politikern bereits unter ganz anderen Umständen zusammengetroffen. Mit seiner Erfahrung war er insoweit von allen Achtzehn mit einer solchen Situation am ehesten vertraut. Ein Mann, der noch am 22. März 1945 im schwer umkämpften Berlin, lange vor seinem Besuch im Palais Schaumburg 1957, den Führerbunker zur Unterredung mit Hitlers Adlatus Martin Bormann aufgesucht hatte,⁹⁵ würde sich aller Voraussicht nach von einem Adenauer nicht schrecken lassen.

Doch auch Adenauer und v. Eckardt überließen nichts dem Zufall. Schon die Sitzordnung am ovalen Konferenztisch war von Seiten des Kanzleramts genau kalkuliert worden und ließ an dem Konfrontationscharakter des Treffens keinen Zweifel. Die fünf Manifestanten saßen Strauß, Adenauer sowie den Staatssekretären Walter Hallstein und Hans Globke direkt gegenüber, zu ihren Flanken waren drei weitere Staatsvertreter drapiert worden, die sie einrahmten. Alles war

91 Vgl. Müller, Kay/Walter, Franz: Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2004, S. 30.

92 Rupp 1980, S. 80.

93 Vgl. dazu die Kap. 3.3.2 u. 3.6.1 dieser Arbeit.

94 Vgl. Hoffmann, Klaus: Forschung und Verantwortung. Otto Hahn. Konflikte eines Wissenschaftlers, Frankfurt am Main 2005, S. 212.

95 Vgl. Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, München 2005, S. 242 f.

minutiös geplant. Eine Pause nutzte man für einen paarweisen Spaziergang durch den Garten, bei dem jedem der Atomphysiker ein Regierungsvertreter an die Seite gestellt wurde. Es folgte ein gemeinsames Hühnchenessen, bei dem Hahn und Gerlach jeweils Adenauer zur Seite saßen.

Nach einer Dreiviertelstunde eigenen Vortrags, in welchem der Kanzler in beherrschter und wohlüberlegter Form seine Sicht der Dinge darlegte, konfrontierte Adenauer die Atomphysik- mit Militärexperten. Die Generäle Speidel und Heusinger schilderten in fachmännischer Haltung anhand einer Weltkarte militärische Kräfteverhältnisse und Truppenführungsprobleme, die sich aus einem Atomwaffenverzicht ergäben.⁹⁶ Adenauer selbst versuchte den Atomwissenschaftlern sein diplomatisches Kalkül offen zu legen – glaubte der Kanzler doch, in Sachen Außenpolitik naive Schuljungen vor sich zu haben. Schließlich sah er ihre Aktion noch immer als ein „Geschenk an Sowjetrußland“⁹⁷ und eine „Schwächung der Bundesrepublik“⁹⁸ an.

Offenbar konnte Adenauer glaubwürdig darlegen, wie ernst ihm doch sein persönliches Streben nach Abrüstung, wie groß seine Sorgen um die negative Seite der Atomrüstung in Wahrheit seien. Von Weizsäcker berichtete jedenfalls später, in dem Gespräch einen „tiefen Eindruck“ von Adenauers Besorgnis und seiner „Aufrichtigkeit“ in Sachen Abrüstung erhalten zu haben.⁹⁹ Wohl konnte er passant Adenauers Unmut über die Plötzlichkeit der Aktion ausgeräumt und seine persönliche Meinung über die Manifestanten geändert werden, da v. Weizsäcker ihm energisch und glaubhaft darlegte, dass Strauß hier falsche Aussagen getroffen hatte.¹⁰⁰ Denn der Verteidigungsminister hatte Adenauer nach seinem Treffen mit den Wissenschaftlern Ende Januar 1957 wissen lassen, dass von diesen keine Gefahr ausging, da sie versprochen hätten, die Bundesregierung im Vorfeld weiterer Schritte rechtzeitig zu informieren – was nicht zu stimmen schien. Nach dieser Richtigstellung war anscheinend auch eine versöhnliche Gesprächsatmosphäre möglich geworden.

Doch Strauß' Anwesenheit kam dem Kanzler zugute. Denn Adenauer konnte sich mit seiner höflichen und ruhigen Art, wie auch mit dem Charme seines

96 Vgl. Adenauer 1967, S. 299.

97 Ebd.

98 Herbig 1976, S. 466.

99 Vgl. v. Weizsäcker 1984, S. 39.

100 Vgl. Schwarz 1991, S. 335; Rupp 1980, Fußnote 382/S. 78.

rheinischen Dialekts positiv von dem heißblütigen Bajuwaren abgrenzen.¹⁰¹ Dieser begann bei seiner Stellungnahme sofort impulsiv zu wüten, bezichtigte die Atomforscher in aggressiver Weise der Missachtung eines angeblichen Gentlemen's Agreement. Das gegenseitig gewonnene Verständnis reichte so weit, dass sich die Meinungsdivergenz zwischen Kanzler und Atomwissenschaftlern am Ende gar nur noch auf die Ansicht der Regierung, mit Atomwaffen politischen Handel treiben zu dürfen, reduzierte.¹⁰²

Mit dem Anschein von Spontaneität und gewissermaßen aus der vorangegangenen Diskussion folgend, bat Adenauer die Professoren unvermittelt um eine gemeinsame Erklärung als Ergebnis ihrer Zusammenkunft. Von Eckardt konnte sogleich – zur Erleichterung der Arbeit, wie er spitzfindig hinzufügte – mit einem „vorbereiteten Entwurf“¹⁰³ aufwarten, der natürlich keinesfalls als verbindlich anzusehen sei. Obwohl die Atomforscher auf einige Veränderungen hinwirken konnten – Strauß erregte sich über diese so sehr, dass er „bleich wurde und am ganzen Körper zitterte“¹⁰⁴, im Übrigen auch als erster umgehend die Sitzung nach deren Ende verließ –, blieb die Endfassung der gemeinsamen Erklärung doch ganz im Sinne des Bundeskanzlers.¹⁰⁵ Wichtige Sätze, wie die Überzeugung, einen Schutz am besten durch einen eigenen Verzicht auf Kernwaffen zu gewährleisten, fehlten darin. Vorbehalte und Kritiken wichen gegenseitiger Anerkennung. Gleich, ob zum Vorteil der Manifestanten oder der Regierung, der Text suggerierte an vielen Stellen Übereinstimmung. Und das war für Adenauer schließlich das Ziel gewesen: Die Unterschriften der wichtigsten Manifestanten unter eine Konsens bekundende Erklärung zu bekommen. Das frische Schriftstück dokumentierte das Ende des Konflikts zwischen den protestierenden Professoren und der Bundesregierung. Hahn und seine Begleiter waren in die Falle des listigen Troubleshooters v. Eckardt getappt.

Nach der Unterzeichnung des Kommuniqués konnte Adenauer süffisant dem Bundespräsidenten vermelden, dass die Angelegenheit nunmehr „in einer für

101 Siehe Zeitz, Katharina: Max von Laue (1879-1960). Seine Bedeutung für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2006, S. 197.

102 Vgl. Herbig 1976, S. 466; v. Weizsäcker 1984, S. 40.

103 Zitiert nach Sonntag 1982, S. 45.

104 Zitiert nach ebd.

105 Vgl. o.V.: Adenauers taktisches Meisterstück, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.04.1957; Uexküll, Gösta v.: Nach dem Göttinger Appell, in: Die Zeit, 25.04.1957.

beide Teile zufrieden stellenden Weise erledigt zu sein“¹⁰⁶ schien. Denn der Text, den Regierungssprecher und Kanzler nach dem Treffen in Händen hielten, nahm der Göttinger Erklärung einiges von deren anfänglichen Wucht und konnte für die Regierung kaum günstiger lauten. Er malte ein versöhnliches Bild von Einigkeit, Verbundenheit und Kooperation. In ihm wurde ein Konsens in der Beurteilung der Atomwaffengefahr und der Notwendigkeit allgemeiner Abrüstung bekundet und festgehalten, dass sich die Protestinitiative nicht allein auf die Bundesrepublik, sondern auf alle Staaten der Welt bezogen habe.¹⁰⁷ Explizit sollte der Eindruck, die Erklärung richte sich politisch spezifisch gegen die Adenauer-Regierung, revidiert werden: Die Atomforscher wären lediglich ihrer Meinung gefolgt, mit einem Protest „in dem Staat beginnen zu müssen, dessen Bürger sie sind“ – und dieser war nun einmal – gewissermaßen zufällig – die Bundesrepublik. Nach diesem Prinzip hatte die Bundesregierung also zwangsläufig zum Gegenstand der Gelehrtenkritik werden müssen, obwohl doch eigentlich im Grunde alle Regierungen der Welt gemeint waren. Die Regierung, so war nun zu lesen, teile überdies die Besorgnisse der Wissenschaftler, stimme mit deren Motiven und Zielen überein und empfinde vollstes Verständnis für deren Verantwortungsgefühl. Eine spezielle Kritik an der Bundesregierung war daraus nicht mehr ersichtlich. Stattdessen ließ sich nun allem Anschein nach die gesamte Manifestation ursächlich auf ein Missverständnis zurückführen. Nach dem Bonner Kommuniké jedenfalls konnte kaum mehr jemand ernstlich von einer politischen Meinungsverschiedenheit zwischen den achtzehn Nuklearwissenschaftlern und dem Bundeskanzler sprechen.

Und auch die politischen Spielräume Adenauers engte das Schriftstück nur unwesentlich ein. Noch bei der offiziellen Verkündung erklärte v. Eckardt, dass lediglich für die nächsten achtzehn bis 24 Monate keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen in Frage komme. Im Falle einer Ausrüstung der Armeen anderer Staaten gelte es hingegen mit einer solchen Maßnahme auch in Deutschland zu rechnen.¹⁰⁸ Die Festlegung, welche die Manifestanten der Regie-

106 Vgl. Brief Adenauer an Theodor Heuss vom 17.04.1957, in: Morsey/Schwarz (Hg.) 1998, S. 319.

107 Vgl. o.V.: Ohne Entscheidung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.04.1957; Rupp 1980, S. 80. Ein Abdruck des Wortlauts findet sich in: Rese 1999, S. 66 f. sowie o.V.: Das Kommuniké der Atomkonferenz, in: Die Welt, 18.04.1957. Abdruck des Kommunikés in: Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler: 30 Jahre Göttinger Erklärung. Nachdenken über die Rolle des Wissenschaftlers in der Gesellschaft, Marburg 1987, S. 54; vgl. dort zu diesem Abs. insgesamt S. 51-55.

108 Vgl. Kitzinger 1960, S. 55; Rupp 1980, S. 80.

rung als Preis für die Konfliktbeilegung abgerungen hatten, besaß folglich nur eine begrenzte Gültigkeit. Die gewieften Taktiker – und eben Politiker – hatten also das Manifest binnen weniger Stunden in einer lockeren Unterredung bei Kaffee und Gebäck im Kanzleramt in seiner Substanz völlig zusammengestutzt. Zeitgenössische Beobachter waren Zeugen eines regelrechten Schaustücks symbolischer Politik. Denn unter Symbolpolitik fasst man begrifflich Maßnahmen politischer Akteure, die weniger auf eine sachgerechte Problemlösung als denn auf die Beruhigung der öffentlichen Meinung, der Medien und ihres Publikums zielen.¹⁰⁹ In ihrem Zentrum steht eine politische Geste, die einen bestimmten Eindruck bei der Bevölkerung hinterlassen soll. Reale Konsequenzen zeitigt diese allerdings kaum. Es war daher schon zutreffend, wenn der *SPD-Pressedienst* in seiner Stellungnahme zu Adenauers Treffen mit den Wissenschaftlern ernüchtert konstatierte, dass „sich die Haltung des Bundeskanzlers und seiner Regierung trotz der geradezu leidenschaftlichen Proteste der Atomgelehrten und der Öffentlichkeit praktisch um keinen Deut geändert hat“¹¹⁰.

2.5.2 Im Dienst der Regierung: Pascual Jordan als Gegenautorität

Gespräch und Kommuniké mit den Manifestanten dienten gleichwohl nur der Entschärfung einer akuten Bedrohung für den Bundestagswahlkampf der Union, waren gewissermaßen die erste Stufe der Adenauer'schen Krisenbewältigung. Damit erschöpfte sich das Repertoire des gewieften Rheinländers allerdings noch nicht. Der Kanzler und Parteichef ergriff ferner eine zweite Gegenmaßnahme. Die Union engagierte einen eigenen Atomwissenschaftler, mit dem sie die Legitimation und Glaubwürdigkeit der Göttinger Achtzehn zu untergraben suchte.¹¹¹ Dabei handelte es sich um Pascual Jordan, der – mehr noch als mancher der Manifestanten – den Status eines bedeutenden Physikers besaß und für seine wissenschaftlichen Leistungen weithin Anerkennung genoss. Als ein den achtzehn Professoren ebenbürtiger Wissenschaftler sollte er eine Art von Anti-Göttingen-Agitation inszenieren. Im Gegenzug platzierte ihn die CDU für die Bundestags-

109 Vgl. dazu Kepplinger 1998, S. 158 ff.

110 Abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, Jg. 27 (1957) H. 16, S. 6393 (19.04.1957).

111 Vgl. Rese 1999, S. 87 ff. Es heißt, Jordan sei „von verantwortlichster Seite“ gebeten worden; zitiert nach Schirmacher, Arne: Physik und Politik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Max Born, Werner Heisenberg und Pascual Jordan als politische Grenzgänger, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, Jg. 30 (2007) H. 1, S. 13-31, hier S. 20.

wahlen im September 1957 auf einem äußerst aussichtsreichen Listenplatz ihres niedersächsischen Landesverbands.¹¹² Jordan blieb daraufhin vier Jahre als Hinterbänkler im Bundestag, in denen er keinen einzigen Redebeitrag leistete.¹¹³

Dafür allerdings stellte er sich einmalig in den Dienst der Regierung. Jordan warnte in einer 100.000-fach gedruckten Schrift eindringlich vor den Schlussfolgerungen der Göttinger Erklärung.¹¹⁴ Aus der Rolle eines formal gleichrangigen Experten versuchte er nichts weniger, als seine achtzehn Kollegen für politisch unzurechnungsfähig zu erklären und ihnen die fachliche Zuständigkeit und Eignung für eine Äußerung zum Thema Sicherheitspolitik abzusprechen. Als Physiker seien sie sogar „im Durchschnitt zweifellos weniger zuständig und befähigt“¹¹⁵ als der durchschnittliche Staatsbürger, der sich durch tägliche Zeitungslektüre politisch informiert. Das Göttinger Manifest sei schlechterdings „eine an die Bevölkerung der Bundesrepublik gerichtete Aufforderung zum kollektiven Selbstmord“. Außerdem verdächtigte er es als eine „extrem einseitige Beurteilung des Problems in sensationeller Form“¹¹⁶ der bewussten Wahlkampfintervention zugunsten der SPD. Mit diesem diffamierenden Angriff ging Jordan sogar noch weiter als Strauß und Adenauer.

Es nimmt daher kaum Wunder, dass sich zwischen einigen der Göttinger Manifestanten und Jordan ein bitterer Kleinkrieg entspann, der die ehemals freundschaftlichen und kollegialen Beziehungen zerrüttete.¹¹⁷ Born und Heisenberg zeigten sich von ihrem Kollegen enttäuscht, hatten sie doch früher, in den 1920er Jahren, in gemeinsamer Geistesanstrengung bahnbrechende Forschungsleistungen wie die famose „Dreimännerarbeit“ zur Quantenmechanik vollbracht.

112 Jordan kandidierte auf der Landesliste an sechster Stelle.

113 Vgl. Schirmmacher 2007, S. 20 u. S. 24 f.; Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, Bd. 1 A-M, München 2002, S. 393; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.-13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis, Materialien Nr. 127, Bonn 1998, S. 99; zum politischen Engagements Jordan vgl. auch Seelig, Carl: Eskapaden eines deutschen Atomphysikers, in: Vorwärts, 11.10.1957.

114 Vgl. Schirmmacher 2007, S. 19 f.

115 Dieses und das folgende Zitat aus ebd., S. 19.

116 Jordan, Pascual: Die Verantwortung des Wissenschaftlers, in: Der Mittag, 25.04.1957.

117 Vgl. Schirmmacher 2007, S. 21 ff.

Zwischen Gerlach und Jordan kam es nach duellartigen Presseerklärungen sogar zu einem gerichtlich ausgefochtenen Beleidigungsprozess.¹¹⁸

Interessant ist, dass Jordan nicht die erste Wahl der Union gewesen war. Viel lieber hätte Adenauer den strategischen Kopf der Göttinger Erklärung, Carl Friedrich v. Weizsäcker, auf seine Seite gezogen. Auf ihn hatte er Eugen Gersztenmaier angesetzt, doch v. Weizsäcker wagte den parteipolitischen Sprung in die Politik mit Rücksicht auf seine politische Glaubwürdigkeit und seine Mit-Manifestanten nicht.¹¹⁹

2.6 DIE MANIFESTANTEN

2.6.1 Die Göttinger Achtzehn: Kollegen, Weggefährten und Freunde

Etliche der Göttinger Achtzehn galten nicht nur als hochqualifizierte Forscher, sondern waren weit darüber hinaus historisch bedeutende Pioniere der Atom-, Quanten- und Kernphysik – gleichsam Champions ihrer Disziplinen. Mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten in den 1920er, 1930er und 1940er Jahren hatten sich die meisten von ihnen Weltruhm und mancher sogar den Nobelpreis erworben. Sie waren zum Teil Begründer eigener Denkschulen, ihre einstigen Studenten forschten in den 1950er Jahren über die ganze Welt verteilt. Innerhalb der west-deutschen Wissenschaftswelt besetzten sie als Direktoren und Abteilungsleiter von Universitäts- und Max-Planck-Instituten Führungspositionen.

Jedoch: „Echte“ Göttinger im April 1957 waren eigentlich nur Hahn, Heisenberg, v. Weizsäcker und Wirtz. Alle anderen lebten und arbeiteten über die Bundesrepublik verstreut. Doch die meisten der Achtzehn hatten im Verlauf ihrer akademischen Vita einmal in Göttingen Halt gemacht und dort Stellen bekleidet und Lehrstühle besetzt. So Max Born, der 1933 infolge des NS-Regimes seine Göttinger Professur aufgab und emigrierte; Hans Kopfermann, der Anfang der 1920er Jahre in Göttingen studierte und promovierte, dort von 1942 bis 1953 eine Professur besaß; Wilhelm Walcher und Wolfgang Paul, die für Kopfermann in Göttingen arbeiteten; Fritz Bopp, der dort seinen Doktor machte, ebenso wie Maier-Leibnitz. Zum Zeitpunkt der Göttinger Erklärung befanden sich die Wir-

118 Vgl. Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 227, S. 144; Schirmacher 2007, S. 22.

119 Vgl. Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

kungsstätten der allermeisten Manifestanten aber außerhalb der niedersächsischen Universitätsstadt.

Dennoch gab es eine ganze Reihe von Wegen, auf denen man sich in der Vergangenheit mal mehr, mal weniger intensiv begegnet war. In Göttingen, das zu einem der weltweit führenden Zentren kernphysikalischer Wissenschaften zählte und über Jahre hinweg wissenschaftliche Exzellenzen dieses aufstrebenden Fachs beheimatete, ohne dabei eine weitläufige Metropole zu sein, kreuzten sich vor dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs die Wege der meisten der Achtzehn. Man traf sich des Öfteren zu einem Plausch auf der Straße, unternahm gemeinsame Spaziergänge, musizierte, diskutierte und forschte. Einige erlebten im Juni 1922 die legendären „Bohr-Festspiele“ in Göttingen und lauschten dort begeistert dem „Bohrischen“, wie sie es beeindruckt nannten, den kernphysikalischen Ausführungen des brillanten Nestors der Atomphysik aus Dänemark, Niels Bohr.¹²⁰ Born bspw. kannte Heisenberg seit dessen Studienzeit und hatte ihn „sehr lieb gewonnen“¹²¹. Untereinander waren die einen vielfach die Prüfer und Gutachter der anderen gewesen. Man kannte sich also, schätzte einander.

Bis auf zwei Personen arbeiteten zudem alle der Göttinger Achtzehn während des Kriegs gemeinsam im sogenannten „Uranverein“, den in den letzten beiden Kriegsjahren Walther Gerlach leitete, an einem Energie erzeugenden Uranreaktor.¹²² Der Uranverein bezeichnet einen Forschungsverbund verschiedener nuklearwissenschaftlicher Institute, ansässig u.a. in Berlin, Heidelberg und Hamburg, der unter wechselnder Ägide des Reichswissenschaftsministeriums und Heereswaffenamtes als kriegswichtig eingestufte Arbeiten zur praktischen Kernenergieverwendung anstellte. Die Beteiligten dieses Zusammenschlusses, über einige Jahre in einem gemeinsamen Projekt involviert, erwiesen sich während der strapaziösen und turbulenten NS-Zeit untereinander auch gelegentlich wichtige Gefälligkeiten und Hilfen. So bekam bspw. Gerlach einen Gestapo-Verweis anlässlich „defätistischer Äußerungen“ Heisenbergs auf den Tisch, den er mit seiner Amtsmacht zum Wohle seines Kollegen folgenlos entschärfte.¹²³ Nach dem Krieg befanden sich dann zentrale Figuren der Göttinger Erklärung –

120 Vgl. Schlüpmann, Klaus: Vergangenheit im Blickfeld eines Physikers. Hans Kopfermann (1895-1963), in: <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a5.htm> [eingesehen am 02.11.2007].

121 Zitiert nach Hermann, Armin: Werner Heisenberg mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 2007, S. 22.

122 Vgl. Müller 1990, S. 553.

123 Vgl. Heisenberg, Elisabeth: Das politische Leben eines Unpolitischen. Erinnerungen an Werner Heisenberg, München/Zürich 1980, S. 121 f.

namentlich Gerlach, Hahn, Heisenberg, Wirtz und v. Weizsäcker, aber auch v. Laue – für acht Monate in alliierterem Gewahrsam, annehmlich untergebracht in einem ostenglischen Landsitz bei Cambridge namens „Farm Hall“. Dort wurde eine „Schicksals- und Solidargemeinschaft“¹²⁴ geschmiedet, welche die bestehenden Kontakte intensivierte und die sich in der Nachkriegszeit fortsetzte. Einquartiert in einer Villa, bot man sich das persönliche „Du“ an, vertiefte die Kenntnis über den jeweils anderen, besprach Pläne für die Zukunft und stellte gemeinsame Deutungen der vergangenen Geschehnisse an.¹²⁵ Fast ein Jahr lang betrieb man in einem gleichbleibenden Personenkreis intensive Konversation: Gespräche, Diskussionen und Kontroversen, in denen man sich ausgiebig kennen und mögen lernte.

Des Weiteren gab es innerhalb der Manifestantenschaft Zirkel, interne Gruppen, die sich etliche Jahre vor der Veröffentlichung der Göttinger Erklärung gebildet hatten. Die einflussreichste und für das Manifest wohl ausschlaggebende Formation war die um Werner Heisenberg, der Karl Wirtz und Carl Friedrich v. Weizsäcker angehörten.¹²⁶ Dies verwundert kaum, denn die drei kannten sich seit Jahrzehnten, verfolgten bis 1957 einen gemeinsamen Berufsweg und kamen ausgesprochen gut miteinander zurecht. Wirtz und v. Weizsäcker waren universitäre Ziehsöhne Heisenbergs, hatten in dessen Institut gearbeitet und dort nach 1945 eigene Abteilungen bekommen. Gemeinsam erlebten sie 1945 das Kriegsende. In Farm Hall waren sie Heisenbergs bevorzugte Gesprächspartner und teilten sich während des immerhin fast einjährigen Aufenthalts sogar ein Doppel-

124 Hoffmann, Dieter: Operation Epsilon, in: ders. (Hg.): Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe, Berlin 1993, S. 9-59, hier S. 50.

125 Vgl. Herbig 1976, S. 328-340; Hoffmann 1993, S. 9-59; Metzler, Gabriele: Kernphysik und Politik. Werner Heisenberg in der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Ein Forschungsbericht, in: Historisches Jahrbuch, Nr. 115 (1995), S. 208-222, hier S. 218; Walker, Mark: Selbstreflexionen deutscher Atomphysiker. Die Farm Hall-Protokolle und die Entstehung neuer Legenden um die „deutsche Atombombe“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 41 (1993) H. 4, S. 519-542; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Farm Hall und das deutsche Uranprojekt. Ein Gespräch, in: Hoffmann (Hg.) 1993, S. 331-360, hier S. 346 u. S. 360.

126 Zu dieser Gruppe vgl. Hattrup 2004, S. 31 ff. u. S. 39; Herbig 1976, S. 129 f.; Schlüppmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a9.htm> [eingesehen am 08.11.2007]; v. Weizsäcker 1977, S. 556 u. S. 568; ders.: Wahrnehmung der Neuzeit, München/Wien 1983, S. 134 ff., S. 139 u. S. 330; ders. 1984, S. 183; ders. 1988, S. 347; ders. 1993, S. 332, S. 350 u. S. 342-346.

zimmer. Von Weizsäcker war Heisenbergs engster Berater in wissenschaftspolitischen Fragen und Kontroversen; fast nichts unternahm der Nobelpreisträger und Institutsleiter ohne vorherige Absprache mit seinem privaten Freund und beruflichen Mitstreiter v. Weizsäcker. Noch offener als mit Heisenberg redete v. Weizsäcker aber mit Wirtz, wohl weil beide auf derselben Rangstufe standen und derselben Alterskohorte angehörten. Wirtz und v. Weizsäcker: Sie waren ein verschworenes Duo und ihrem Mentor Heisenberg treu ergeben. Während des Zweiten Weltkriegs heckten die beiden bspw. eine Intrige gegen Heisenbergs Forschungsrivalen Kurt Diebner aus, in deren Folge dieser als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin abgesetzt und Heisenberg an seiner statt berufen wurde. Die Arbeit im Uranverein beschrieb v. Weizsäcker daher auch folgerichtig als eine „feste Handlungsgemeinschaft zwischen Heisenberg, Wirtz und mir“¹²⁷. Am bedeutsamsten für die Aktion des Göttinger Manifests scheint aber die Verbundenheit zwischen v. Weizsäcker und Heisenberg zu sein. Heisenberg hatte v. Weizsäcker schon in jungen Jahren kennengelernt, ihn überhaupt erst zum Physikstudium überredet. Der Diplomatensohn v. Weizsäcker begegnete dem 25-jährigen Physikgenie Heisenberg zum ersten Mal im Alter von vierzehn Jahren und befand diesen Tag, der von einer den ganzen Abend andauernden Unterhaltung der beiden geprägt war, sogleich für den schönsten in seinem bisherigen Leben. Heisenberg machte sich alsdann zum Mentor des auffällig intelligenten Jugendlichen, der von ihm später anspornend durch die Promotion getrieben wurde. Gemeinsam reflektierten sie politische Ereignisse, in Leipzig etwa den SA-Fackelzug am Tag der „Machtergreifung“ 1933. Die beiden – die immerhin ein Altersabstand von gut zehn Jahren trennte – wurden privat zu engen Freunden, verbrachten in den 1930er Jahren gemeinsame Freizeit und Urlaube auf Helgoland und Sylt, begaben sich auf Nachtwanderungen im Thüringer Wald.

Die Troika Heisenberg-Wirtz-Weizsäcker basierte somit auf einer familiären Gemeinschaft Göttinger Forscher, die sich über Jahre hinweg entwickelt und verfestigt hatte. Per akademischen Grad vermittelte Rangunterschiede wurden untereinander nicht gemacht. An Heisenbergs Seite, der unter den späteren Göttinger Atomphysikern schon lange vor den erheblich älteren Hahn und Born 1932 den Nobelpreis verliehen bekommen hatte, befand man sich zudem während der 1930er Jahre in einem der drei bis vier Weltzentren kernphysikalischer Forschung – und leitete daraus innerhalb der deutschen Atomforschung insgeheim einen Führungsanspruch ab. Die Heisenberg-„Clique“ war schon während des Zweiten Weltkriegs in deutschen Atomforscherkreisen als eine elitäre Akti-

127 Von Weizsäcker 1993, S. 350.

onseinheit dafür bekannt, Außenstehende nicht ernst zu nehmen, potenzielle Rivalen auszugrenzen und deren Karrieren zu ruinieren, die eigenen Interessen dagegen mit kühler Effektivität durchzusetzen.¹²⁸ Von dieser Schlagfertigkeit profitierte auch die Koordination der Göttinger Erklärung.

Nicht ganz vom gleichen Format dieser Troika war hingegen die – gleichwohl ebenfalls persönlich enge – Verbindung zwischen Kopfermann und seinen ehemaligen Mitarbeitern Walcher und Paul.¹²⁹ Walcher war in den 1940er Jahren Kopfermanns Assistent, Kopfermann seinerseits Gutachter und Freund Pauls. Paul wiederum hatte bei Walcher sein Examen abgelegt. Die drei fuhren auch gemeinsam in den Ski-Urlaub. Kopfermann und Paul hatten sich zudem Ende Mai 1945 auf eine beschwerliche, zwei Wochen dauernde Fahrradreise durch das in Trümmern liegende Deutschland begeben, um in Erlangen wertvolles Forschungsgerät zu organisieren – solch eine gemeinsame Aktion in einer Extremsituation kann bekanntlich zusammenschweißen. Auch Entnazifizierungsschreiben wurden in wechselseitiger Solidarität während der Nachkriegszeit füreinander verfasst. Dieses Trio kannte sich jedenfalls untereinander gut und war zugleich auch mit vielen weiteren der Achtzehn persönlich bekannt.

Über solche festen Gruppierungen hinaus existierten noch lockere, über regelmäßige Gremienarbeit und private Sympathie langsam verfestigte Beziehungen.¹³⁰ Paul und Walcher engagierten sich zusammen mit Riezler für die An-

128 Diese Verbundenheit ging so weit, dass in Physikerkreisen das Akronym des Winterhilfswerks WHW als Kürzel für das Dreigespann Weizsäcker-Heisenberg-Wirtz verwendet wurde; vgl. Herbig 1976, S. 100.

129 Zur Kopfermann-Gruppe vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm>, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t1a4.htm>, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a7.htm> und <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [jeweils eingesehen am 02.11.2007].

130 Vgl. zu diesem Abs. Fischer 1994, S. 272; Kraus 2001, S. 146; Müller 1990, S. 306 f.; Prüß, Karsten: Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Projekt Wissenschaftsplanung, Frankfurt am Main 1974, S. 331; Rechenberg, Helmut: Kopenhagen 1941 und die Natur des deutschen Uranprojekts, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 160-191, hier S. 184; Radkau 2006, S. 58; Rupp 1980, S. Fußnote 373/S. 76 f.; Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a5.htm> und <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a4.htm> [jeweils eingesehen am 15.11.2007]; Sime, Ruth Lewin: Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung,

schaffung von Großbeschleunigern und standen auch mit Heisenberg in Beratung. Maier-Leibnitz und Fleischmann waren beide 1935 einem Aufruf Walther Bothes, seinerzeit eine Kapazität auf dem Gebiet der Kernphysik, zur gemeinsamen Forschungstätigkeit nach Heidelberg gefolgt. Der in Wien promovierte Josef Mattauch erhielt von Hahn 1938 in dessen Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut einen Job. Dort arbeitete während des Kriegs ebenfalls Fritz Straßmann, der mit Hahn die Uranspaltung entdeckt hatte und seinen einstigen Chef auch in den 1950er Jahren noch begleitete, etwa auf der Genfer Atomkonferenz 1955. Zudem hatte sich zwischen Hahn und v. Laue während der NS-Zeit eine enge private Freundschaft entwickelt, die auf der gemeinsamen Ablehnung des totalitären Regimes gründete. In den Göttinger Jahren war Heisenberg einer der ersten beiden Assistenten an Borns Lehrstuhl; auch spielten die beiden gelegentlich vierhändig Klavier und unternahmen gemeinsame Spaziergänge. Ein Großteil der Achtzehn saß allerdings während der 1950er Jahre miteinander in Beratungs- und Organisationsgremien wie der Deutschen Atomkommission: Auf Hahn, Haxel, Heisenberg, Paneth und Riezler, später Wirtz, Walcher, v. Weizsäcker, Bopp, Mattauch, Kopfermann und Paul traf dies zu. In der Bayerischen Staatlichen Atomkommission berieten Heisenberg, Gerlach und Maier-Leibnitz die Politik. Heisenberg war Chefdelegierter der Bundesrepublik in der Europäischen Atomenergiegesellschaft, Wirtz und Maier-Leibnitz Delegierte. In der zur verdeckten Forschungsförderung auf Betreiben der Industrie gegründeten Physikalischen Studiengesellschaft kamen im „Technisch-Wissenschaftlichen Beirat“ u.a. Gerlach, Hahn, Heisenberg, Maier-Leibnitz, Riezler und Wirtz zusammen.

Daneben erwies man sich untereinander gelegentlich kleine Gefälligkeiten. In der Zeit des Zweiten Weltkriegs z.B. steckte Gerlach, der in der Administration der Militärforschung im Bereich der Kernphysik eine zentrale Position bekleidete, Hahn so „manchen Scheck“¹³¹ zu. Und Hahn wiederum gab nach dem Krieg mit der Aureole des international geachteten Nobelpreisträgers eine positiv lautende Erklärung für v. Weizsäckers Vater Ernst ab, der in den Nürnberger Prozessen, als ehemaliger Staatssekretär Joachim v. Ribbentrops im Reichsaußenministerium in den Jahren 1938 bis 1943, unter Anklage stand und später als Kriegsverbrecher zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde.¹³² Kurzum: Die achtzehn Manifestanten waren nicht erst aus Anlass der Göttinger Erklärung zusammen-

Berlin 2004, S. 29; Walker, Mark: Otto Hahn: Responsibility and Repression, in: *Physics in Perspective*, H. 8/2006, S. 126.

131 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 171.

132 Vgl. Sime 2004, S. 46 f.

gekommen, sondern standen schon lange zuvor in mannigfaltigen Beziehungen zueinander.

Mit wenigen Worten, handelte es sich bei den Göttinger Achtzehn folglich um die herausragenden Vertreter einer kleinen „Community“ von Experten, in der man sich gut kannte und zum Teil gemeinsam die akademischen Karrierewege beschritten hatte. Man hatte sich im Verlauf seiner Ausbildung und beruflichen Karriere universitär wie privat kennen-, vielfach auch mögen gelernt, unternahm gemeinsame Aktivitäten und saß in denselben Gremien, leistete die gleiche Beratungs- und Organisationsarbeit. Es handelte sich bei der Manifestantenschaft der Göttinger Erklärung also um eine bereits in anderen Kontexten zusammengetroffene Ansammlung von Personen, die mit Ähnlichkeiten in der Biografie und den Erlebnissen – hier besonders das NS-Regime, der Zweite Weltkrieg und die beschwerliche Nachkriegszeit – aufzuwarten wusste. In Teilen enthielt sie sogar eng verknüpfte Netzwerke, Subgruppen mithin. Die Göttinger Jahre in den 1920ern, der Uranverein und Farm Hall bildeten abstrakte und konkrete Orte der Zusammenkunft, gemeinsamer Erfahrungen und der Konstituierung von Aktionsbündnissen, Netzwerken und Beziehungen. Das Manifest basierte demnach nicht zuletzt auf einem seit vielen Jahren bestehenden Zusammenhalt und Gemeinschaftsempfinden eines Großteils der daran beteiligten Professoren, die nicht erst zum Manifestieren zusammentraten.

2.6.2 Ein Blick in die Vergangenheit

Die Göttinger Achtzehn beeindruckten die Öffentlichkeit vor allem mit ihrem entschiedenen Bekenntnis, unter keinen Umständen in irgendeiner Weise an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen mitwirken zu wollen. Der militärischen Verwendung ihrer Expertise verwarnten sie sich vor aller Öffentlichkeit mit Nachdruck. Verblüffend ist das schon, blickt man auf die aus damaliger Sicht noch jüngere Vergangenheit einiger der Manifestanten zurück, die sich nicht bei jedem harmonisch in das 1957 aufgekommene Bild fügt. Da wäre z.B. Walther Gerlach: Ausgehend von seiner Aktivität während des Zweiten Weltkriegs, muss Gerlach mit seinem starken Engagement gegen staatlich-militärischen Missbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Zeit nach der NS-Herrschaft geradezu als eine moralisch ungemein geläuterte Person aufgefasst werden. Denn kaum einer der Göttinger Achtzehn war stärker in die Strukturen des nationalsozialistischen Staats während der letzten Kriegsjahre verstrickt als der spätere Präsident der Fraunhofer Gesellschaft. Gerlach und seine Freunde, Kollegen und Sympathisanten rechtfertigten dies stets mit dem augenscheinlich lauterer Motiv, die deutsche Physik mitsamt ihrem Know-how über

die Kriegswirren und den sich abzeichnenden Untergang des „Dritten Reichs“ hinweg zu retten.¹³³ Mit anderen Worten: Gerlach administrierte in Zusammenarbeit mit Funktionären und Granden des NS-Regimes die Evakuierung der deutschen Kernphysik im untergehenden Deutschen Reich. Ende 1943 erwählte der „Reichsmarschall“ Hermann Göring den Münchner Experimentalphysiker zu seinem Beauftragten für Kernphysik. Gerlach rückte damit an die Spitze des Uranvereins, war fortan bis zur Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 8. Mai 1945 verantwortlicher Leiter des deutschen Atomprojekts im Umfeld Görings. Zuvor schon hatte er sich ab November 1939 – also unmittelbar nach Kriegsbeginn – persönlich als Fachmann für Magnetismus und Metallphysik an militärischen Forschungsarbeiten im Auftrag der Kriegsmarine beteiligt. Während dieser Tätigkeit entwarf er Methoden zur Entmagnetisierung von Kriegsschiffen und wirkte an der Torpedoentwicklung mit.¹³⁴

Gerlach tat dabei genau das, was er später zum Gegenstand seines Verantwortungsaktivismus machte und was zu verhindern er als wesentlichen Agens der Göttinger Erklärung angab: Er stellte als Wissenschaftler seine Expertise in den Dienst kriegerischer Zwecke. Sämtliche Anstrengungen, die deutsche Wissenschaftler in der militärischen Atomforschung leisteten, fanden unter Gerlachs Ägide statt. In dieser Funktion verkehrte er mit den schaurigsten Größen des nationalsozialistischen Regimes. Häufigen Kontakt hatte er bspw. zum „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler, auch zum Rüstungsminister Albert Speer und Hitlers „Sekretär“ Martin Bormann.¹³⁵ Offiziere des Sicherheitsdiensts (SD) befanden Gerlach noch 1944 für „politisch zuverlässig“.¹³⁶ Überhaupt unterhielt er regen Kontakt zur SS, mit der er Forschungseinrichtungen inspizierte und für die er in Sachen Atomtechnologie zentraler Ansprechpartner war.¹³⁷ Von Laue, später ein Mit-Manifestant, sah in Gerlach einen „Militaristen und Nazi“, der „Hitler den Sieg und weitere Herrschaft wünschte“.¹³⁸ Und beileibe beließ es Gerlach nicht dabei, seine Kollegen durch Freistellung für vorgeblich kriegswichtige Ar-

133 Vgl. Heinrich/Bachmann 1989, S. 83; Hoffmann 2005, S. 171. Diese Argumentation unterscheidet sich nicht stark von der Albert Speers, der seine Arbeit als Rüstungsminister nach dem Krieg mit der Begründung entschuldigte, er habe infrastrukturelle Errungenschaften für die Nachkriegszeit bewahren wollen; vgl. Speer, Albert: *Erinnerungen*, Berlin 1972, S. 409 ff.

134 Vgl. Heinrich/Bachmann 1989, S. 82 f.

135 Vgl. Karlsch 2005, S. 160, S. 168 ff., S. 209 u. S. 242 ff.

136 Vgl. ebd., S. 193.

137 Vgl. ebd., S. 171.

138 Zitiert nach ebd., S. 105.

beiten vor dem Fronteinsatz zu bewahren. Zumindest gedanklich, auch in Form handgezeichneter Skizzen, beschäftigte er sich allem Anschein nach intensiv mit der Atombombenkonstruktion.¹³⁹ Unter Gerlachs Leitung gediehen die militärischen Forschungsbemühungen immerhin so weit, dass der Wirtschaftshistoriker Rainer Karlsch konkrete Tests von Atomwaffen vermutet.¹⁴⁰ Die These, Gerlach habe den Posten des Beauftragten für Kernphysik nur angenommen, um so viele Institute und Wissenschaftler über den Krieg und das NS-Regime hinaus zu retten, wie nur irgend möglich war, sei laut Karlsch eine „Legende“; vielmehr habe es sich um eine geschickte „Verschleierungstaktik“ Gerlachs und seiner Weggeführten gehandelt.¹⁴¹ Gerlach habe zwar Hitler nicht zu einer Massenvernichtungswaffe verhelfen wollen, doch wenigstens die Bombe als Faustpfand für Verhandlungen mit den Kriegsgegnern nutzen wollen, um für Deutschland, sein Heimatland, günstigere Friedensbedingungen ausschlagen zu können.¹⁴² In den Stunden vor einer möglichen Kettenreaktion im Reaktor habe sich Gerlach wie ein aufgeregtes Kind betragen und die Euphorie eines Besessenen gezeigt¹⁴³ – auch dies kein Zeugnis von wahrhaftigem Verantwortungsbewusstsein.

Oder Otto Haxel. Zugunsten seiner Karriere verhielt er sich anpasserisch. 1937, nach seiner Habilitation, trat er SA und NSDAP bei, während des Kriegs forschte er im Waffenamt der Kriegsmarine nach nuklearenergetischen Antrieben für U-Boote und Kriegsschiffe, tüftelte aber auch an Sprengstoffen.¹⁴⁴ Kurzum: Haxel betrieb nichts anderes als militärische Forschung. Karlsch vermutet gar, dass Haxel zusammen mit Gerlach am 12. Oktober 1944 bei der Zündung einer kleinen Kernwaffe auf Rügen zugegen war.¹⁴⁵ Es ist jedenfalls nicht leicht, Walther Gerlach und Otto Haxel als konsequente Verweigerer eines Atomwaffenbaus anzusehen.

Auch das Verhalten Hahns, Heisenbergs und v. Weizsäckers zwischen 1939 und 1945 wirkt zumindest suspekt. Sie trafen sich regelmäßig mit Regimerepräsentanten und einflussreichen Funktionsträgern zu Konferenzen und Gesprächen, unterhielten mit diesen briefliche Korrespondenz und suchten häufig aus eigener Initiative den Kontakt. Als verschwiegene Hüter des Geheimnisses der Atom-

139 Vgl. ebd., S. 205.

140 Vgl. dazu allgemein ebd.

141 Ebd., S. 270.

142 Vgl. auch Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden 1968, S. 265.

143 Vgl. Herbig 1976, S. 198.

144 Vgl. Karlsch 2005, S. 47 f. u. S. 174.

145 Vgl. ebd., S. 180 f.

bombe fielen sie indessen nicht auf. In einem ersten Geheimbericht an das Heereswaffenamt im Dezember 1939 versäumte es Heisenberg nicht, auf eine Methode zur Herstellung nuklearer Sprengstoffe hinzuweisen.¹⁴⁶ Und v. Weizsäcker zeigte 1940 dem Heereswaffenamt die Möglichkeit nuklearer Sprengstoffe auf, 1941 verfasste er sogar eine Patentschrift für die Konstruktion einer Plutoniumbombe, an der auch Karl Wirtz mitwirkte.¹⁴⁷ Hahn und Straßmann taten ebenfalls nicht viel für die Geheimhaltung ihres gefährlichen Wissens, wenn sie in einem Bericht an das Heereswaffenamt Anfang 1942 auf die Möglichkeit einer nuklearen Explosionskraft zu sprechen kamen.¹⁴⁸ Auch Hahns Institut wurde dem Militärprogramm einverleibt.

Welche Motivation auch immer diesen Schritten zugrunde lag, die Atomwissenschaftler schafften es, die Begeisterung von Militärs und Rüstungsmanagern für die Atomforschung zu entfachen und wach zu halten.¹⁴⁹ Auf seiner Suche nach einer kriegsentscheidenden Waffe lud z.B. Albert Speer einzelne Kernphysiker 1942 zu einer Vortragsrunde mit einigen der bedeutsamsten Rüstungsorganisatoren.¹⁵⁰ Hahn, Heisenberg und v. Weizsäcker trafen dort neben Albert Speer – dem Rüstungsorganisator Hitlers – auf Erhard Milch – den Generalinspekteur der Luftwaffe – und Friedrich Fromm – den Chef der Heeresrüstung. Heisenberg referierte zwar schwerpunktmäßig über sein Prestigeprojekt eines Atomreaktors, doch unterließ er dabei nicht einen mehr als deutlichen Hinweis auf die mögliche militärische Verwendung der Kernenergie auch für Explosivstoffe. Einige der Anwesenden hörten davon zum ersten Mal und mussten sich, zumal als wissenschaftliche Laien und in Kriegszeiten, von der plötzlich aufgetauchten Möglichkeit einer ultimativen Zerstörungswaffe ganz automatisch fasziniert zeigen. Hahn und Heisenberg hatten zuvor Atomwaffen auch schon in anderen Gesprächen, etwa mit dem Reichserziehungsministerium, thematisiert. Verschwiegenheit bewahrten sich jedenfalls selbst der Genius und der Nestor der deutschen Atomwissenschaft gegenüber Amtsträgern des nationalsozialistischen Systems nicht. Ihre Antipathie gegenüber Hitler und der gesamten nationalsozialistischen Subkultur wie auch ihre pazifistische Züge tragende Gegnerschaft zum Krieg

146 Vgl. Kant 2002, S. 6 f.; vgl. auch Walker 2006, S. 134 ff.

147 Vgl. Reuth, Ralf Georg: Weizsäckers Atombomben-Patent, in: Welt am Sonntag, 20.03.2005; Walker 1993, S. 526 f.; ders.: Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Berlin 2005, S. 14 f.

148 Vgl. Walker 2006, S. 127.

149 Vgl. ders. 2005, S. 25 f.

150 Vgl. Hermann, Armin: Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Mißbrauch der Forscher, Stuttgart 1982, S. 191; Hoffmann 2005, S. 156 ff.

hielten einige der späteren Achtzehn nicht davon ab, Militärs und Rüstungskoodinatoren, die zum damaligen Zeitpunkt aufgrund des Kriegsverlaufs nach einer Massenvernichtungswaffe geradezu dürsteten, über die Möglichkeit einer kriegेरischen Anwendung der Kernenergie zu informieren.

Man kann nicht mit endgültiger Sicherheit feststellen, dass eine Anzahl der Wissenschaftler es genoss, für einige Momente interessant und attraktiv auf die Machträger des Regimes gewirkt zu haben. Aber vieles deutet darauf hin. Ganz abwegig ist die Vermutung wohl nicht, dass die Atomphysiker nach einigen Jahren der staatlichen Ignoranz nun die Wertschätzung, die ihnen seit Kriegsbeginn entgegengebracht wurde, durchaus genossen. Zwar behagte den Atomphysikern die nationalsozialistische Staatsgewalt sicherlich nicht, doch fühlten sie sich auch nicht unwohl, als sich plötzlich diverse Institutionen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten vehement zu interessieren begannen.¹⁵¹ Verantwortungsbewusstsein und moralische Größe – die mit der Göttinger Erklärung üblicherweise einhergehenden Attributionen also – bezeugt dieses Verhalten jedenfalls nicht gerade.

Einen scharfen Gegensatz hierzu bildet Max Born. Er war zeitlebens Gegner jedweder militärischer Verstrickung von Wissenschaft. Bereits im Ersten Weltkrieg hatte er jegliche Beteiligung an der Entwicklung chemischer und biologischer Kampfstoffe kategorisch abgelehnt, wohingegen Otto Hahn als „Gaskrieger“ Chemiewaffen entwarf und auch selbst an der Front zur experimentellen Anwendung brachte.¹⁵² Bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus hielt Born von allen Göttinger Achtzehn am konsequentesten seine pazifistische Einstellung durch. Die Übereinstimmung von Denken und Verhalten war bei ihm beständig am größten.

Natürlich: Ohne sich allzu tief in das nationalsozialistische Institutionengeflecht zu verstricken, erspähte man die Möglichkeit, „alles mögliche Gute“¹⁵³ tun zu können – nämlich sich selbst und die Kollegen vor der Wehrmachtsuniform und der lebensbedrohlichen Gefahr eines Kampfeinsatzes zu bewahren,

151 Vgl. Hermann 1982, S. 169 u. S. 185 f.

152 Vgl. Gonsior, Bernhard J.: Zur strukturellen Verantwortungslosigkeit von Wissenschaft, in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 195-209, hier S. 204.

153 Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Die Unschuld der Physiker? Ein Gespräch mit Erwin Koller, Zürich 1987, S. 42 f.

noch dazu mit vergleichsweise üppigen Etats bestückt zu werden.¹⁵⁴ Und zugleich war man humanitär und philanthropisch, rettete man doch schließlich Menschenleben. Denn durch die Beteiligung an „kriegswichtiger“ Forschung konnten Wehrdienstpflichtige „unabkömmlich“ gestellt und vor einer Einberufung zur Armee geschützt werden. Immerhin, alle ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten nutzte Heisenberg z.B. nicht voll aus; stets benannte er die ferne Zukunft als zeitlichen Ort realer Kernenergienutzung, stellte sie als ein keineswegs in Bälde zur Verfügung stehendes Kriegsmittel dar.¹⁵⁵ Heisenberg ließ in dieser Sache große Vorsicht walten, sodass seine Ankündigungen bei den maßgeblichen Entscheidungsträgern – wie Speer – zwar keine übertriebenen Erwartungen weckten, dennoch als attraktiv und förderungswürdig wahrgenommen wurden. Heisenberg ging in seinen Schilderungen immer nur so weit, wie es die Akquisition von staatlichen Geldmitteln und die personellen Freistellungen vom Militärdienst gerade erforderten. In diesem Punkt unterschieden sich die deutschen Kernenergieforscher sogar deutlich von ihren Pendants in der Raketenentwicklung – namentlich Wernher v. Braun –, die frei von Skrupeln zu jeder Zeit alle erdenklichen Ressourcen – auch in weitreichender Zusammenarbeit mit der SS – ausschöpften, um technologische Erfolge feiern zu können. Zumindest im Umfeld Heisenbergs und Hahns verbanden sich Hochtechnologie, Rüstungswirtschaft und Massenvernichtung nicht zu einer brisanten Mischung.

Trotzdem hielten auch Heisenberg, Hahn und v. Weizsäcker keine strikte Distanz zum Regime, sondern wählten den für sie komfortabelsten Weg einer begrenzten, man könnte sagen: gefahrlosen Kooperation. Unter keinen Umständen wäre wohl Hahn bereit gewesen, Hitler allen Ernstes eine atomare Sprengwaffe zur Verfügung zu stellen.¹⁵⁶ Indem man Verzicht auf die maximale Unterstützung durch den Staat übte – einmal davon abgesehen, dass man auch dann mangels industrieller Kapazitäten und Rohstoffen wohl kein Atomwaffenprogramm hätte starten können –, war man sich einigermaßen sicher, keine riskan-

154 Vgl. dazu auch Kühne, Ulrich (Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker): Wir hatten Angst, dass uns eine Atombombe auf den Kopf fällt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 08.02.2002.

155 Vgl. hierzu Hammerstein, Notker: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945*, München 1999, S. 398; Oexle, Otto Gerhard: *Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘*, Berlin 2003, S. 22 f.; Walker 2005, S. 26; Zierold 1968, S. 263.

156 Vgl. v. Weizsäcker 1987, S. 42 f.; ders. 1993, S. 337. Laut einer Schilderung v. Weizsäckers hätte Hahn nach eigenem Bekunden einen Selbstmord vorgezogen.

ten, weil militärisch verwendbaren Anlagen zu entwickeln. Und so konnte man sich innerhalb des unliebsamen Regimes ein verhältnismäßig bequemes, staatlich alimentiertes Refugium einrichten. Otto Hahn, Werner Heisenberg und ihre Teams unterließen es de facto nicht, von den Möglichkeiten des Regimes – zumindest eine Zeit lang – profitablen Gebrauch zu machen. Dass ihre Forschungsarbeiten aber in der Zukunft Grundlage militärischer Technologien sein könnten,¹⁵⁷ diese Gefahr blendeten sie aus oder stellten sie hinter den Primat wissenschaftlichen Fortschritts zurück. Zu bedenken gibt überdies, dass man sich auf die Ziviltechnologie eines Reaktors – einem „Uranbrenner“, wie man damals sagte – erst konzentrierte, nachdem man die rein wissenschaftliche Erkenntnis erlangt hatte, dass ein Atombombenbau unter den gegebenen Umständen des Kriegs und begrenzter Mittel überhaupt gar nicht realisierbar, eine moralische Entscheidung insofern überflüssig war.¹⁵⁸ Auf Basis dieses Wissens, einem Forschungsergebnis, trafen sie die aus ihrer Sicht schlichtweg rationale Entscheidung, auch keine weiteren Energien in ein solches Unterfangen mehr zu investieren, und konzentrierten sich nach dem Gebot der Effizienz fortan auf den Reaktorbau, den sie im Unterschied zur Atombombenentwicklung für ein durchaus realistisches Forschungsziel hielten. In erster Linie verhinderten also nicht moralisch-ethische Skrupel, sondern zuallererst technisch-ressourcenmäßige Barrieren eine im großen Stil betriebene militärische Nuklearforschung in Deutschland. Bis zu diesem Wendepunkt, etwa 1941, hatte man jedoch noch in alle Richtungen sondiert. Dennoch, die – letztlich mehr pragmatisch als pazifistisch vorgenommene – Unterlassung einer Atomwaffenentwicklung während des Zweiten Weltkriegs gereichte den späteren Manifestanten nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs zu einer ganz elementaren Ressource persönlicher Glaubwürdigkeit und moralischer Autorität, war grundlegende Voraussetzung für die überwiegend positive Resonanz der Göttinger Erklärung in der Öffentlichkeit.

Die später deutlich bekundete Ablehnung, ja Antipathie gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Handeln der politischen Elite des „Dritten Reichs“ schlug sich somit vor 1945 nicht im Verhalten nieder, fand im eigenen Wirken und Tun gleichsam keine Manifestierung. Wie viele andere deutsche Wissenschaftler nutzten einige der Göttinger Achtzehn die unter den besonderen Bedingungen des Kriegszustands außergewöhnlich große Bereitschaft des Staats, ge-

157 Die Entwicklung eines Reaktors ist stets auch Vorstufe zum Bombenbau.

158 Vgl. dazu Kühne, Ulrich (Interview mit Carl Friedrich von Weizsäcker): Wir hatten Angst, dass uns eine Atombombe auf den Kopf fällt, in: Süddeutsche Zeitung, 08.02.2002; v. Weizsäcker 1987, S. 44 f.

neröse Forschungsunterstützung zu leisten, um ihr persönliches Prestige in der Wissenschaftswelt durch die Hervorbringung neuer (technologischer) Errungenschaften zu steigern. Diesem Primat ordneten die Wissenschaftler ihre Bedenken gegenüber den größtenteils militärischen Verwendungszwecken ihrer Forschung unter. Manche ließen sich von den neuen Forschungsbedingungen, die in einem im Krieg befindlichen Regime vorherrschten, geradewegs faszinieren und hielten sich nicht lange mit moralischen Belangen auf, sondern gaben sich ihrem inneren Forschungsenthusiasmus hin. Nicht zuletzt Heisenberg sah in der Beschäftigung mit der Frage nach der Möglichkeit einer nuklearen Bombe eine wissenschaftliche Aufgabe, die seinen Ehrgeiz und Genius herausforderte. Dass sich die Forscher damit über die Jahre hinweg eine moralische Belastung aufbürdeten und – wenigstens potenziell – einen spezifischen Beitrag zur Führung eines Eroberungskriegs leisteten, setzte ihnen erst in dem Moment zu, als sie sich dafür nach dem Systemzusammenbruch moralisch zu verantworten hatten und ihre Nachkriegskarrieren in Bedrohung gerieten. Letztlich beschreibt der Ausdruck von einer „Kontinuität des Zwiespalts“¹⁵⁹ wohl am treffendsten das Verhalten von Heisenberg und seinen Kollegen. Sie wollten den nationalsozialistischen Machthabern keine Massenvernichtungswaffe entwickeln; aber sie wollten trotzdem staatlich finanziert forschen.

Zwei Dinge lassen insgesamt an der moralischen Tauglichkeit einiger Manifestanten zweifeln: Erstens begaben sie sich nahe an, wenn nicht sogar direkt in die Forschung zur militärischen Kernenergienutzung. Und zweitens zeigten sie aus diversen Eigeninteressen kaum Berührungsängste mit verbrecherisch agierenden Eliten und Institutionen des NS-Regimes. Heisenberg bspw. ließ sich bei seiner Berufung zum KWI-Direktor von Himmler protegieren, dem er dafür auch in einem Brief seinen Dank aussprach.¹⁶⁰

In ihrem persönlichen Handeln zogen manche der Göttinger Achtzehn des Öfteren den pragmatischen Imperativ dem moralischen, auch verantwortungsbewussten vor. Otto Hahn z.B. hatte zum Zeitpunkt seiner Inthronisierung als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft im Jahr 1948 kein Problem damit, den berufsbiografisch NS-belasteten Ernst Telschow als MPG-Generalsekretär in der Führungsetage der Wissenschaftsorganisation zu belassen, da er ohne dessen zwanzigjährige Erfahrung nicht auskommen könne; Hahn verband sogar seinen eigenen Verbleib an der MPG-Spitze mit dem Telschows.¹⁶¹ Dass Telschow

159 Walker 2005, S. 38.

160 Vgl. ebd., S. 28 f.

161 Vgl. Przyrembel, Alexandra: Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen

NSDAP-Mitglied gewesen war, aktiv die Kooperation der KWG mit NS-Institutionen gesucht und z.B. den Mentor des berüchtigten Konzentrationslager-Arztes Josef Mengele, Otmar v. Verschuer, der als „Rassegutachter“ tätig war, protegiert hatte, spielte dabei keine Rolle.¹⁶² Noch mehr: Während Fritz Straßmann sich trotz persönlicher Nachteile den nationalsozialistischen Organisationen unbeirrt verweigerte und infolgedessen nach seiner Habilitation ohne Lehrstuhl blieb, suchten andere, wie z.B. Wilhelm Walcher, den Kontakt zu paramilitärischen NS-Gefügen wie dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK),¹⁶³ um bessere Karrierebedingungen zu erhalten. Drei der Göttinger Manifestanten – Otto Haxel, Hans Kopfermann und Wolfgang Paul – waren sogar Mitglieder der NSDAP.¹⁶⁴ Hans Kopfermann trat auch der „Reichsschaft Hochschullehrer“ des Nationalsozialistischen Lehrerbundes bei¹⁶⁵ und hatte ein besonders günstiges Eignungszeugnis für eine NSDAP-Mitgliedschaft vorzuweisen: Kopfermann habe „alle Bedingungen bestens erfüllt, die an einen einsatzbereiten Parteigenossen gestellt werden müssen“.¹⁶⁶ Er stieg zum Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität Kiel auf und besetzte einen durch die Nürnberger Rassengesetze frei gewordenen Lehrstuhl.¹⁶⁷ Innerhalb der Manifestantenschaft unterschieden sich deren Angehörige zum Teil eklatant im Grade ihrer während des NS-Regimes gezeigten Renitenz.

All dies ist von großer Bedeutung, wurde doch stellenweise der Versuch unternommen, das Manifest der Achtzehn als eine natürliche Konsequenz der bereits zu Zeiten des „Dritten Reichs“ verhaltenswirksamen Einstellungen der Beteiligten darzustellen, somit eine Kontinuität von moralischem Denken und Handeln zu suggerieren.¹⁶⁸ Indessen bedienten sich auch einige Protagonisten der Göttinger Erklärung für die Nachkriegszeit typischer Exkulpationsstrategien: die Betonung prinzipieller Unschuld und Politikferne wissenschaftlicher Forschung,

der ‚Verwaltenden‘ von Wissen während des Nationalsozialismus, Berlin 2004, S. 16.

162 Vgl. ebd., S. 14 f.

163 Vgl. Schlüpmann, Fußnote 12, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a3.htm> [eingesehen am 06.11.2007].

164 Vgl. ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a6.htm> [eingesehen am 06.11.2007] u. <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm> [eingesehen am 02.11.2007].

165 Vgl. ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a3.htm> [eingesehen am 06.11.2007].

166 Zitiert nach ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a7.htm> [eingesehen am 06.11.2007].

167 Vgl. ebd.

168 Vgl. beispielhaft Heisenberg 1980, S. 169 ff.

der Vorwand einer gesellschaftsdienlichen Konservierung der Institutionen und ihres Personals für die Dauer des NS-Regimes sowie die innere Ablehnung der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Nützlichkeit ihres Wissens und ihrer Forschungskompetenzen schützte Personen wie Hahn und Heisenberg sowohl im „Dritten Reich“ als auch anschließend in der Entnazifizierungsphase der Alliierten.

Bezieht man also die biografische Vergangenheit einiger der Göttinger Achtzehn in die Betrachtung mit ein, so lässt sich nicht ohne Weiteres davon sprechen, dass sie ausnahmslos in außergewöhnlicher Weise für den Status verantwortungsbewusster und mit hohem Ansehen ausgestatteter Wissenschaftler qualifiziert waren. Besonders dann nicht, wenn man die unterschiedlichen Verhaltensweisen innerhalb der Manifestantenschaft berücksichtigt und gegenüberstellt: Auf der einen Seite Otto Hahn, der sich in beiden Weltkriegen zweimalig formal in den Dienst militärischer Forschung stellte, und auf der anderen Max Born, der sich konsequent pazifistisch verhielt; Wilhelm Walcher und Otto Haxel, die aus karrieristischen Gründen Parteigenossen wurden, und Fritz Straßmann, der seine entschlossene Distanz zu nationalsozialistischen Organisationen mit beruflicher Stagnation verbüßte.

2.6.3 Die Manifestantenschaft nach 1957: stille Übereinkunft

Auch im Anschluss an das Manifest blieben die Göttinger Achtzehn eine in beständigem Kontakt stehende Gruppe. Nach der Bundestagswahl im September 1957 bekräftigten sie ihre Erklärung auf der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften am 28. September 1957 in Heidelberg.¹⁶⁹ Einige der Manifestanten versuchten darüber hinaus, für weitere Aktionen auf die wertvolle Ressource „Göttinger Achtzehn“ zurückzugreifen, den inzwischen einer großen Öffentlichkeit bekannten Wissenschaftlerkreis zu reaktivieren.¹⁷⁰ So zweimal v. Weizsäcker, der 1958 eine Stellungnahme zum Zivilschutz vor

169 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 480/S. 96.

170 Für die folgenden drei Beispiele vgl. v. Weizsäcker 1984, S. 200 f.; Brief Gerlach an die Organisatoren des Komitees „Kampf dem Atomtod“ vom 13.03.1958, in: <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t0a2.htm> [eingesehen am 02.11.2007]; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler), in: Albrecht, Ulrich/Beisiegel, Ulrike/Braun, Reiner/Buckel, Werner (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 229-235, hier S. 233; Kant 2002, S. 36 ff.; Rese 1999, S. 193 ff.

Atomgefahren entwarf sowie 1961 ein Achtzehner-Statement zur Sicherheitspolitik versuchte; und Born, der eine kollektive Beteiligung an der Anti-Atomtod-Bewegung für wünschenswert hielt. Alle drei beabsichtigten Aktionen kamen allerdings nicht zustande. Anscheinend war ohne eine Provokation von der Brisanz derjenigen Adenauers vom April 1957 schon keine innere Einheit mehr herzustellen. Bei wachsender Heterogenität der Gruppe war ein solches Disziplinierungsmoment unverzichtbar. Die Göttinger Achtzehn waren also beileibe keine uneingeschränkt aktionsfähige Einheit mit übereinstimmenden Auffassungen und jederzeitiger Bereitschaft zum Engagement. Am meisten fürchtete man sich wohl vor einer „roten“ Etikettierung als ideologisch dem Kommunismus verhaftete Parteigänger der Sowjetunion, wie überhaupt vor jeglicher Unterstellung politischer Intentionen. Hahn z.B. lehnte die Beteiligung an der Anti-Atomtod-Kampagne von 1958, die erkennbar unter sozialdemokratischem Einfluss stand, ziemlich entschieden ab, wohingegen Born deren Aufruf „Kampf dem Atomtod“ bereitwillig seine Unterschrift lieh.¹⁷¹ In seiner herausgehobenen Rolle als MPG-Präsident wollte Hahn seine auf Renommee bedachte Forschungsgesellschaft nicht in den Ruch „linker“ Politik bringen. Dennoch unterhielt man die alte Verbindung, besprach all diese Dinge im vertrauten Achtzehner-Kreis. Auch dass im Oktober 1959 die Gründungsmitglieder der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) fast alle der Achtzehner-Equipe angehörten und deren Vorsitzender Kopfermann war, spricht allerdings nicht dagegen, dass sich die Formation über 1957 hinaus zumindest einen gewissen Zusammenhalt, einen Gruppencharakter bewahrte.¹⁷² Und wenigstens potenziell stand der einstige Unterzeichnerkreis des Göttinger Manifests seinem Protagonisten v. Weizsäcker für dessen regierungskritischen Aktivismus gleichsam als Reserve im Hintergrund bereit.

171 Vgl. Kraus 2001, S. 275.

172 Vgl. Neuneck, Götz/Schaaf, Michael: Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland, in: dies. (Hg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland. Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006, Berlin 2007, S. 31-37, hier S. 34; Schirmacher 2007, S. 18; v. Weizsäcker 1984, S. 197; ders. 1996, S. 230.

2.7 DIE FOLGEN DES MANIFESTS

2.7.1 Das „zentral beherrschende Thema“: zur Resonanz der Medien

Was einen allgemeinen Erfolg der Göttinger Manifest-Aktion anbelangt, lässt sich freilich mit wissenschaftlicher Sicherheit nichts Exaktes nachweisen. Eindeutig messbar dagegen ist die enorme, zum Teil gleichlautend positive Presse-resonanz, auf die das Manifest stieß.¹⁷³ Eine solch übereinstimmende Thematisierung aber ist eine wichtige Voraussetzung, um von den politischen Akteuren eine Problembehandlung zu erzwingen.¹⁷⁴ Und je mehr Vertreter desselben Medientyps zu einem Thema berichten und kommentieren, desto stärker lässt sich von einer kollektiven Diskussion sprechen. In dieser Hinsicht schien das Manifest erfolgreich gewesen zu sein. Am 13. April 1957 dominierte die Göttinger Erklärung unzweifelhaft die Titelseiten der westdeutschen Tagespresse.¹⁷⁵ Bundesdeutsche Rundfunkanstalten sendeten den Wortlaut der Göttinger Erklärung und brachten im weiteren Tagesverlauf die Reaktionen aus der Politik. Jeweils eine Ausgabe später enthielten sieben der auflagenstärksten westdeutschen Tageszeitungen Kommentare. Doch damit nicht genug: Bis zum 18. April hatten dies mindestens fünfzehn dieser Zeitungen getan, von diesen wiederum neun mindestens zweimal. Im Ausland fand die Aktion in der Londoner *Times*, in der *New York Times* und in *Le Monde* wiederholt Erwähnungen.

Insgesamt blieb das Thema über eine Woche in den Zeitungen präsent, selbstverständlich nahm sich auch der *Spiegel* des brisanten Gegenstands an. In dem Hamburger Nachrichtenmagazin erschien neben einem Artikel zur Göttinger Manifest-Aktion auch sogleich eine groß aufgemachte, mehrwöchige Serie über die Geschichte der Atombombe.¹⁷⁶ Im *Meinungsspiegel der Heimatpresse*

173 Vgl. Rupp 1980, S. 81 u. Fußnote 403/S. 81 f.; vgl. auch Altner, Helmut: Die Franzosen reagierten positiv, in: Vorwärts, 26.04.1957.

174 Vgl. Eilders, Christiane: Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen, Wiesbaden 2008, S. 27-51, hier S. 45.

175 Vgl. beispielhaft o.V.: 18 deutsche Forscher warnen vor Atomwaffen, in: Die Welt, 13.04.1957; o.V.: Beschwörender Appell der deutschen Atomforscher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.1957.

176 Beginnend mit: o.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, in: Der Spiegel, 08.05.1957.

wertete man die Göttinger Erklärung insofern nicht unberechtigt als das „zentral beherrschende Thema“, das „sensationelle Aufmachungen auf breiterer Front“ mit teilweise aggressiven Rügen des Regierungshandelns nach sich gezogen habe.¹⁷⁷

Der Tenor fiel dabei überwiegend positiv aus, die Kommentatoren begrüßten die Manifestation zumeist. Für die Bewertung der Göttinger Erklärung ist dies von großem Gewicht, denn die gesellschaftliche und politische Bedeutung öffentlicher Meinung steigt mit dem Grad an ihr innewohnender Konsonanz. Je größer die Übereinstimmung der Meinungen, je einheitlicher die Willensbekundungen ausfallen und in eine gemeinsame Richtung deuten, desto eher gewinnt sie erfahrungsgemäß Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess.¹⁷⁸ Weil politische Akteure nicht einzelne Zeitungen auswerten, sondern das gesamte Themen- und Meinungsspektrum im Medienschwung zu erfassen suchen, erreichen Medien ihre größte Wirkung, wenn sie als „unified actor“ auftreten. Bei der Göttinger Erklärung war dies zum großen Teil der Fall. Sie bestätigt die Annahme, dass eine intensive Themenbehandlung in den Tageszeitungen in Kombination mit einer hohen Gleichförmigkeit der Bewertung und Kommentierung Druck auf die Regierung ausüben kann.¹⁷⁹

Der durchschlagende Medientumult der Göttinger Erklärung ist daher hilfreich, um ihre Wirkung einschätzen zu können. Indem die Göttinger Erklärung, auf den Titelseiten der Tagespresse prangend, kaum zu übersehen und zu ignorieren war, nahm sie im Hinblick auf die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“¹⁸⁰ auf dem von Anbietern dichtbedrängten Nachrichtenmarkt für kurze Zeit so etwas wie eine Marktführerrolle ein. Der menschlichen Aufmerksamkeitsfähigkeit sind für gewöhnlich psychologische und physiologische Grenzen gesetzt. Für die kognitive Bewältigung von Eindrücken, die unaufhörlich auf den Menschen niederfallen, steht für gewöhnlich nur ein beschränktes Maß an Aufmerksamkeit zur Verfügung. Diese generelle Ressourcenknappheit könnte der Göttinger Erklärung geholfen haben, als offensichtlich wichtiges Tagesereignis wahrgenommen

177 O.V.: Meinungsspiegel der Heimatpresse von rund 200 Tageszeitungen aus allen Teilen des Bundesgebietes, Nr. 25/57, 17.04.1957, S. 2.

178 Vgl. dazu Eilders 2008, S. 44 f.

179 Zu dieser Annahme vgl. Laubenthal, Barbara: „Der Tod braucht keine Papiere“ – Die Rolle der Printmedien bei den Protesten illegaler Einwanderer in Spanien, in: Pfetsch/Adam (Hg.) 2008, S. 266-284, hier S. 282.

180 Vgl. hierzu Bade, Andreas: Kritische Anmerkungen zur neuen Ökonomie der Aufmerksamkeit, in: Bleicher, Joan Kristin/Hickethier, Knut (Hg.): Aufmerksamkeit, Medien und Ökonomie, Münster u.a. 2002, S. 179-193, hier S. 180.

und mit Aufmerksamkeit bedacht zu werden. In der alltäglichen Bedrohung einer plötzlichen, großflächigen, unentrinnbaren Vernichtung durch Atomwaffen schlummerte vermutlich ein enormes Kapital der Aufmerksamkeit, das lediglich aktiviert werden musste. Die permanente, durch das bundesdeutsche Regierungshandeln nur noch verschärfte Nuklearwaffenbedrohung brauchte bloß noch ausreichend Raum im Bewusstsein der Menschen einzunehmen, um für deren Denken und Handeln relevant zu werden. Eine starke Medienpräsenz vermag so etwas zu leisten. Und so kann begründet davon ausgegangen werden, dass die Göttinger Erklärung nicht zuletzt aufgrund ihrer tagelangen Thematisierung auf Titelseiten und in Kommentarspalten bei den Lesern einen bleibenden Eindruck hinterließ. Offenbar zumindest in solch einem Ausmaß, das einem halbwegs auf Vollständigkeit pochenden Abriss der Geschichte der Bundesrepublik kaum erlaubt, sie nicht zu erwähnen.

2.7.2 Die Regierungspolitik

Die Medien stürzten sich also begierig auf die Meldung von achtzehn wissenschaftlichen Experten, die den deutschen Regierungschef in harte Kritik nahmen. Doch in der politischen Praxis vermochte das Manifest gleichwohl keine nachhaltigen Auswirkungen zu zeitigen, erwirkte keine politischen Fesseln für die Bundesregierung in der Atomwaffenfrage und blieb, vom zeitweiligen Wahlkampf- und Parlamentsfuror einmal abgesehen, erstaunlich folgenlos. Zweifellos kam es zu einigen öffentlichen Reaktionen, die mit der Göttinger Erklärung moralisch sympathisierten und mit ihr sachlich in Einklang standen – im Hinblick auf das Regierungshandeln änderte sich langfristig allerdings kaum etwas. Zunächst erreichte Adenauer unter gewohnt einfallsreicher und kühner Assistenz seines gerissenen Beraters Felix v. Eckardt unmittelbar nach der Veröffentlichung des Manifests via des gemeinsamen Kommuniqués, dass dessen Inhalt gehörig abgeschwächt wurde und wenigstens öffentlich die Beilegung des Konflikts mit den protestierenden Professoren dokumentiert werden konnte, ohne dabei freilich den Handlungsspielraum der Bundesregierung in wirklich bedeutsamem Maße einzuschränken. Eine letztgültige Entscheidung über die Anschaffung von Atomwaffen stand damals und innerhalb des Zeitraums, für den die Aussagen des Kommuniqués galten, ohnehin nicht an. Das Manifest engte den militärpolitischen Spielraum der Bundesregierung lediglich für eine unbedeutend kurze Zeitspanne ein, in der ohnehin keine Wegmarken gesetzt, wichtige Vorkehrungen getroffen und Beschlüsse gefasst werden mussten. Für den Bundeskanzler war dieser Konfliktausgang verschmerzbar, sogar hatte er sich im Zuge der Aussprache mit seinen Kritikern in aller Öffentlichkeit einsichtig, konziliant

und staatsmännisch zeigen können. Adenauer beraubte sich fast keiner seiner Möglichkeiten, büßte keinerlei Optionen ein, wenn er im April 1957 zusagte, für einige Monate auf eine Kernwaffenbeschaffung verbindlich zu verzichten. Der zukünftig einmal einzuschlagende Weg zu eigenen Atomwaffen war von der Göttinger Erklärung jedenfalls alles andere als unwiderruflich versperrt worden.¹⁸¹

Und auch Adenauers Nuklearwaffenambitionen erfuhren keine merkliche Abschwächung, seine sicherheitspolitischen Auffassungen blieben dieselben.¹⁸² Der Kanzler kannte in diesen Dingen keine Skrupel und wusste um die Vorzüge einer vor der Öffentlichkeit verborgenen Geheimdiplomatie. Als habe er für die Nachwelt seine Gleichgültigkeit gegenüber den warnenden Wissenschaftlern und ihres Protests ostentativ dokumentieren wollen, unternahm Adenauer unmittelbar nach der Göttinger Manifest-Aktion nichts Geringeres, als in Washington persönlich den westdeutschen Anspruch auf Atomwaffen für die Bundeswehr zu untermauern. Nachdem CDU und CSU bei der Bundestagswahl im September 1957 die absolute Mehrheit gewonnen hatten, verabschiedete die Unionsfraktion unter den neuen Stimmenverhältnissen am 25. März 1958 – ziemlich genau ein Jahr war seit der Göttinger Erklärung verstrichen – eine parlamentarische Entscheidung, die „Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so (auszurüsten), dass sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen und den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Friedens wirksam leisten können“.¹⁸³ Im Klartext bedeutete dies nichts weniger als die gesetzliche Befähigung zur späteren Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Sprengkörpern. Dass die NATO für die Bundeswehr längst die Aufnahme von Trägersystemen für Atomsprengköpfe vorsah, billigte die Bundesregierung ohne Umschweife. Eine Politik, welche die Anwesenheit von Atomwaffen auf westdeutschem Territorium unterbinden wollte, hätte anders ausgesehen.

Des Weiteren liefen unterdessen die Geheimverhandlungen mit Italien und Frankreich über eine gemeinsame Atombombenproduktion munter weiter, wurden Ende 1957 sogar offiziell und scheiterten erst auf Geheiß Charles de Gaulles, der im Sommer 1958 in den Elysée-Palast zurückgekehrt war und die Plannungen für eine von drei Ländern getragene Atomwaffenkoalition kurzerhand

181 Vgl. dazu Kap. 2.5.1 dieser Arbeit.

182 Für diesen Abs. vgl. Fischer 1994, S. 288 f.; Rupp 1980, S. 41 ff. u. Fußnote 399/S. 81; Zank, Wolfgang: Adenauers Griff nach der Atombombe, in: Die Zeit, 26.07.1996.

183 Zitiert nach Rupp 1980, S. 41.

wieder abbrechen ließ.¹⁸⁴ Und auch die USA ließen Bonn ihre allgemeine Skepsis und eigentliche Missbilligung autonomer bundesdeutscher Atombomben wissen. Zum einen als versöhnliche Konzession, zum anderen als militärstrategische Maßnahme gewährte man im Rahmen eines Zweischlüsselsystems, bei dem die Einsatzfähigkeit der Waffen von der Einigkeit beider Parteien abhing, der Bundeswehr die Ausstattung mit nuklearwaffenfähigen Trägersystemen, mit denen im Ernstfall deutsche Streitkräfte US-amerikanische Sprengköpfe abfeuern konnten.¹⁸⁵ Bereits 1963 verfügte die Bundeswehr bei unterschiedlichsten Waffengattungen daher über Vorrichtungen, die für Nuklearraketen konstruiert waren, für – aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Reichweite von vierzig Kilometern eben – dieselben als „taktisch“ bezeichneten Kernwaffen, von denen Adenauer im April 1957 so skandalträchtig gesprochen hatte. Selbst die einstmals so oppositionell erregte SPD, die sich eine Zeitlang als die parlamentarische Speerspitze der Anti-Atomwaffenkreise begriff, gab in der Großen Koalition 1966 ihren Widerstand zugunsten einer Akzeptanz der Zweischlüsselregelung auf. Zu nicht geringen Teilen entsprach die letztlich umgesetzte Lösung ziemlich stark dem, was Adenauer und Strauß die ganze Zeit über angestrebt hatten: im militärischen Ernstfall aus Mündungen bundesdeutscher Waffen atomare Geschosse abfeuern zu können.

Formal verzichtete die Bundesrepublik auf Atomwaffen erst mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags im Jahr 1974. Doch war dieser eben nicht den Konsequenzen der Göttinger Erklärung – dem damit verbundenen moralischen Aufschrei verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen, zahlreicher weiterer Appelle und der parlamentarischen Debatte im Bundesparlament – geschuldet. Viel eher stieß die militärische Atompolitik der Bundesregierung Ende der 1950er, spätestens aber in den 1960er Jahren – ganz banal – an ihre außenpolitischen Grenzen. Kaum jemand in den Regierungszentralen der verbündeten Staaten wollte der Bundesrepublik autonome Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen konzedieren – Adenauer und die Bundesregierung hatten sich dem zu fügen. Ohne die Kooperationsbereitschaft benachbarter, im gleichen Bündnissystem stehender Länder und schon gar nicht gegen den Willen Washingtons ließ sich ein eigener Atomwaffenbesitz nicht verwirklichen. Praktisch war die bis dato gültige Kernwaffenentsagung der Bundesrepublik unfreiwilliges Resultat einer fehlenden Bereitschaft einflussreicherer Staaten, deren Einverständnis unerlässlich war, die Bundesrepublik in die exklusive Liga der Atom-

184 Zu Adenauers Geheimverhandlungen vgl. Schwarz 1991, S. 364-401.

185 Vgl. Strauß, Franz Josef: Die klare Konzeption, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22.10.1960.

mächte aufzunehmen. Ausdruck eines aktiven, freiwillig vorgenommenen Verzichts einer endlich zur ethischen Besinnung gekommenen Bundesregierung war sie dagegen nicht. Dass die Göttinger Erklärung „einen wesentlichen Anteil daran [hatte], dass Deutschland keine Atommacht wurde“¹⁸⁶, ist folglich eine deutliche Übertreibung. Drastischer ausgedrückt: Das politische Manifest der Göttinger Atomwissenschaftler ist letztlich nicht in der Lage gewesen, das politische Handeln der Bundesregierung – wenn überhaupt – mehr als wenige Monate zu beeinflussen, es gar nachhaltig in eine gewünschte Richtung zu lenken.

2.7.3 Die Auswirkungen auf den Wahlkampf

Auch die parlamentarische Debatte im Bundestag, ausgetragen am 10. Mai 1957,¹⁸⁷ hatte ihren Ursprung nicht im Göttinger Manifest, sondern war von der SPD-Fraktion schon zu einem früheren Zeitpunkt im Rahmen einer Großen Anfrage beantragt worden.¹⁸⁸ Allerdings erhielt sie infolge des Göttinger Atomwissenschaftlerprotests nun eine völlig andere gesellschaftliche Relevanz und eine viel größere Medien- und Bürgeraufmerksamkeit.¹⁸⁹ Die Sozialdemokraten wandelten im Übrigen auf ganz anderen Pfaden als die Göttinger Protestierer. Die sozialdemokratische Anti-Atomwaffenhaltung hatte ihren Ursprung in der Deutschlandpolitik, sah die SPD doch in einem Rüstungswettstreit mit der DDR die Chancen einer baldigen Wiedervereinigung – eines ihrer damals vornehmlichen politischen Ziele – sinken.¹⁹⁰ Doch verlieh die kritische Eingabe renommierter Wissenschaftler diesem Widerspruch zur Regierungspolitik zwischenzeitlich einen tieferen moralischen, noch dazu fachmännisch fundierten Sinn sowie eine tagespolitische Aktualität. Die SPDler in Bonn durften also am 13. April 1957 beim Aufschlagen der Zeitungen frohlocken. Die Sozialdemokraten versuchten dann auch, ihren Nutzen aus der glücklichen Fügung zu ziehen, und

186 Beer, Wolfgang: Von den „Göttinger 18“ in den „Whyler Wald“. Die Lernbewegung einer sozialen Bewegung ab 1957, in: DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Jg. 14 (2007) H. 4, S. 40-43, hier S. 40.

187 Vgl. dazu Rese 1999, S. 116-129.

188 Vgl. hierzu Müller-Martin, Josef: Im Atomdunst, in: Die Zeit, 16.05.1957; Rupp 1980, S. 106 f.; Strauß 1989, S. 324 ff.; Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 70 ff.

189 Vgl. DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1957. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1958, S. 18.

190 Vgl. Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 64.

machten in einem Entschließungsantrag die Kernpunkte der Göttinger Erklärung zu ihrem eigenen politischen Anliegen. Darin forderten sie die Bundesregierung auf, an die damaligen Atommächte Großbritannien, Vereinigte Staaten und Sowjetunion einen „feierlichen Appell“ mit der Forderung nach Einstellung aller Kernwaffenversuche zu richten sowie die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu unterlassen und den NATO-Partnern die Berechtigung zur Lagerung und Stationierung von militärischem Nukleargerät auf westdeutschem Gebiet zu entziehen.¹⁹¹

Adenauer bereitete die öffentliche Stellungnahme der achtzehn Professoren indes tatsächlich die Unannehmlichkeiten, die er nach der Veröffentlichung des Göttinger Manifests bereits befürchtet hatte. Das Thema ließ sich nicht mehr, wie wohl ursprünglich geplant, im begrenzten Raum des Bundestagsplenums, im Binnenraum des Bonner Politgebäudes, verwahren.¹⁹² Denn die Aufregung um die warnenden Worte aus den kernphysikalischen Laboren und Denkstuben hatte, davon ist auszugehen, die Atomwaffenfrage in das Bewusstsein der Bevölkerung eingebrannt, die Menschen alarmiert und aufgerüttelt. Das Manifest stimulierte zudem eine Reihe weiterer Stellungnahmen und Solidaritätsbekundungen, von denen die bedeutsamste und für Adenauer wohl gefahrvollste der Appell des Friedensnobelpreisträgers Albert Schweitzer vom Osterdienstag war.¹⁹³

Das „Notsignal aus dem afrikanischen Urwald“¹⁹⁴ stammte schließlich von einem Mann, von dem man annehmen muss, dass seine moralische Autorität gerade in der Unionswählerklientel ganz besonders viel galt. Eindringlich und mit ausführlichen Darlegungen warnte Schweitzer vor apokalyptischen Bomben, die „in einem Umkreis von mehreren Kilometern Menschen in Menge“ töten; davor, dass man radioaktives Wasser trinken und radioaktive Speisen zu verzehren bekäme; davor, dass Radioaktivität „in unserem Körper sich zu einer Gefahr für uns auswachsen kann“; nicht zuletzt vor schweren Erkrankungen des Bluts und Schädigung der Zellkerne, somit der menschlichen Nachkommenschaft.¹⁹⁵ Warum um Himmels Willen, so fragte Schweitzer, könnten die Staatsmänner nicht Anti-Atomwaffenabkommen schließen, wo doch die Gefahr so drastisch und au-

191 Vgl. auch Erler, Fritz: Sicherheit gegen äußere Gefahren, in: Vorwärts, 26.04.1957.

192 Vgl. Schwarz 1991, S. 329 f.

193 Vgl. o.V.: Albert Schweitzers Mahnruf, in: Die Zeit, 25.04.1957; Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1224.

194 So von der FAZ genannt, zitiert nach Rupp 1980, S. 85.

195 Schweitzers Radiobotschaft ist auch abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, Jg. 27 (1957) H. 15, S. 6397 ff. (23.04.1957).

genfällig sei? Mit der Göttinger Erklärung und dem Schweitzer-Appell verbanden sich aufklärerische Position und ethisches Postulat zu einer politischen Gefahr für die amtierende Regierung.¹⁹⁶ Erst dieser Kombination zweier Warnungen billigte Adenauer ein gehöriges Gefahrenpotenzial für seinen Wahlkampf zu, fassten doch seiner Meinung nach die westdeutschen Wähler die Worte Schweitzers als ein „Evangelium“¹⁹⁷ auf. Und gegen die Emotionen der Wähler, die sich nunmehr vor einer Ausstattung westdeutscher Soldaten mit nuklearen Kampfmitteln ängstigten – das wusste Adenauer –, würde nur schwer anzukämpfen sein.¹⁹⁸

Die Göttinger Erklärung hatte das öffentliche Interesse an der in der Tat bedeutsamen Kontroverse nachhaltig geweckt und damit die Rahmenbedingungen, unter denen die Regierung die Debatte zu bestreiten hatte, deutlich verändert. Dem Kanzler war zudem angst und bange, dass sich der Wahlkampf im Schatten des Atomunbehagens abspielen würde.¹⁹⁹ Sorgenvoll wählte er die für die Union an der Wahlurne besonders wichtigen weiblichen Stimmberechtigten in einen „Atomschreck“²⁰⁰ versetzt. Adenauer schlug daher seinem Kabinett vor, aus Rücksicht gegenüber dem bevorstehenden Wahlkampf dem von den Regierungsgegnern atompolitisch geforderten Nein zur Stationierung von Atomwaffen-trägern erst einmal zuzustimmen.²⁰¹ Das dem Militärgargon entlehnte Unterscheidungsmuster von „taktischen“ und „strategischen“ Nuklearwaffen gab Adenauer somit nicht aus moralischer oder wissenschaftlicher Einsicht – insofern der Rüge der Göttinger Erklärung folgend – auf, sondern er änderte es vornehmlich aus wahltaktischen Gründen in „kleine“ und „große“.²⁰²

Indes: Die Bundestagsdebatte erbrachte für die SPD nicht den erhofften Erfolg, die Regierung Adenauer in eine bis zum Wahltag anhaltende Krise zu stürzen. Stattdessen verschaffte sie dem Bundeskanzler, als dessen rhetorischer Schwertführer in der parlamentarischen Arena des Bundestagsplenums der schlagfertige Strauß agierte, sogar die Möglichkeit, die Zweifel an der sicherheitspolitischen Strategie der Bundesregierung auszuräumen. Strauß’ – sicher-

196 Vgl. Bald 1994, S. 81.

197 Protokoll des CDU-Bundesvorstands Nr. 19 vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1224.

198 Vgl. dazu ebd., S. 1225.

199 Vgl. Adenauer 1967, S. 300.

200 Zitiert nach Rese 1999, S. 81.

201 Vgl. Strauß 1989, S. 324.

202 Vgl. Bald 1994, S. 25; Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 11.05.1957, abgedruckt in: Buchstab (Bearb.) 1990, S. 1226.

lich auch mit Eigenlob bedachter – Auffassung zufolge war die brenzlige Situation für die Union im Hinblick auf den im September anstehenden Urnengang im Zuge des parlamentarischen Schlagabtauschs „weitgehend entschärft“²⁰³ worden.

Dennoch ergab sich für die Opposition im Bundesparlament und die Manifestanten unabsichtlich ein wechselseitiger Gewinn. Die sozialdemokratische Atomwaffengegnerschaft besaß infolge des Manifests der Nuklearwissenschaftler eine viel stärkere Wirkungsmacht als zuvor und konnte nach der intensiven Berichterstattung und atompolitischen Diskussion in den Zeitungen während des Aprils 1957 berechtigt auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung hoffen. Und zugleich profitierten die Göttinger Achtzehn von der Aktivität der SPD, da ihr Manifest einen Monat nach dessen Veröffentlichung durch die Bundestagsdebatte neuerliche Aktualität erhielt und der brisanten Thematik auf diese Weise abermals zu Raum auf den Titelseiten der Tagespresse verholfen wurde.

Man geht sicherlich nicht zu weit, wenn man der Göttinger Erklärung einen Einfluss auf den nachfolgenden Wahlkampf bescheinigt. Denn aufgrund des öffentlichen Trubels um den Professorenappell, der selbst unachtsamen Parteistrategen kaum verborgen bleiben konnte, floss die atompolitische Thematik in die Wahlagenden der wichtigsten Parteien ein.²⁰⁴ Die FDP beschäftigte sich plötzlich mit „Atomgefahr“ und „Atombewaffnung“, legte sich wahlprogrammatisch auf eine Gegnerschaft zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr fest und das freidemokratische Wahlmanifest räumte dem Slogan „Bewahrt uns vor der Atomgefahr!“ immerhin den zweiten Rang ein. Sogar der 1955 aus der Koalition ausgeschiedene Ex-Regierungspartner Adenauers, der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), forderte nach der Göttinger Erklärung eine Nicht-Stationierung von Atomwaffen in beiden deutschen Teilstaaten. Das SPD-Wahlprogramm schließlich las sich regelrecht wie ein Wunschzettel der Atomwissenschaftler. In diesem fand sich nicht nur die für Oppositionsparteien mittlerweile obligatorisch gewordene Forderung, einer fortschreitenden Atomwaffenverbreitung Einhalt zu gebieten, sondern auch die Entwicklung der Kernenergiegewinnung „als Grundlage eines Wohlstandes für alle“ mit großzügigen Staatsbeihilfen zu bedenken; sogar der von Heisenberg erdachte und von diesem vehement eingeforderte Forschungsrat sollte eingerichtet werden.²⁰⁵ Was die Wahlprogrammatische anbelangte, so war der Atomwaffen-

203 Strauß 1989, S. 327.

204 Vgl. Rupp 1980, S. 117 ff.

205 Vgl. hierzu Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57, Berlin 1957, S. 344, S. 346

verzicht nach der öffentlichen Warnung der Atomwissenschaftler und der Rückendeckung durch moralische Autoritäten wie Albert Schweitzer im Sommer 1957 so etwas wie der wahlprogrammatische *Dernier Cri*.

Das Ergebnis der Bundestagswahl, der überwältigende Sieg Adenauers, lässt freilich nicht auf einen sonderlich großen Erfolg der Anti-Atomwaffenkampagne der Oppositionsparteien schließen.²⁰⁶ Journalistische Kommentatoren und prominente Persönlichkeiten waren aus Anlass des Göttinger Manifests über die politischen Absichten der Regierung hergefallen, hatten Strauß und Adenauer in der öffentlichen Meinung in die Bredouille gebracht, und dennoch: Politisch konnte die Opposition im Wahlkampf ganz offenkundig kein Kapital aus der Attacke schlagen, die aus einem nichtpolitischen Raum vorgetragen worden war. Bei den entsprechenden Parteien hatte die Anti-Atomwaffen-Haltung im Wahlkampf allerdings auch einen unterschiedlichen Stellenwert besessen. Während die FDP sich im Allgemeinen in ihrer tatsächlichen Wahlkampfagitatio mit atompolitischen Äußerungen eher zurückhielt, waren bei der SPD kritische Worte über „Atombomben und Atomtod“ verlässlich auftretende Elemente von sozialdemokratischen Wahlkampfreden.²⁰⁷ Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer erhob die Atomwaffen- zu einer „Schicksalsfrage“, in der Hoffnung, das Volksvotum würde der christdemokratischen Bundesregierung sodann eine bittere Niederlage versetzen. Die Verhinderung einer Atomwaffenlagerung auf westdeutschem Territorium, wie sie Ollenhauer nun propagierte, sollte aus sozialdemokratischer Sicht der große Pluspunkt mit wahlentscheidender Bedeutung sein.²⁰⁸ Am Ende aber wollte niemand so Recht erkennen, dass die SPD besonders engagiert gegen die Atomrüstung vorging und die Atomfrage zu einem exponierten Aspekt ihres Wahlkampfes gemacht hätte.²⁰⁹ Für den lauterer Wahlkämpfer Ollenhauer war dies tragisch. Schaut man allein auf die klaffende Distanz zwischen SPD- und Unionswahlresultat, scheiterte der sozialdemokratische Kanzlerkandidat kläglich, obwohl er sich doch in dieser entscheidenden Frage allem Anschein nach im Einklang mit der Wahlbevölkerung befand. Die Sozialdemokraten hatten sich zwar zu Recht in der Übereinstimmung mit der Volks-

(Zitat) u. S. 347. Zu Heisenbergs Konzept eines Deutschen Forschungsrates siehe Kap. 3.5 dieser Arbeit.

206 Die Unionsparteien obsiegten mit 50,2 % der Zweitstimmen, wohingegen die SPD auf 31,8 %, die FDP auf 7,7 % und der GB/BHE auf 4,6 % kamen.

207 Vgl. Wilker 1977, S. 75.

208 Vgl. Adenauer 1967, S. 299 f.

209 Vgl. DIVO-Institut (Hg.) 1958, S. 57.

meinung gewährt, doch sich anschließend auf einen nicht eingetretenen Automatismus verlassen.²¹⁰

Doch Adenauer gelang es, sehr schnell andere politische Felder in den Vordergrund zu rücken und, unterstützt von einer überlegenen Wahlkampftechnik und dank einer überreizten SPD-Kampagne, die drohende politische Katastrophe für die Union abzuwenden.²¹¹ Der Kanzler konnte sich dabei voll und ganz auf das Unbehagen seiner potenziellen Wähler verlassen, welches diese in den 1950er Jahren gegenüber den Politikern in Moskau konstant verspürten. Die UdSSR war in jenem Jahrzehnt eine ergiebige Quelle von Unsicherheit in der westdeutschen Bevölkerung.²¹² Die von Adenauer systematisch weiter geschürte Angst vor dem Sowjetimperialismus wog bei den meisten Bundesbürgern daher viel schwerer als die vor Atomwaffen; schon allein, weil letztere im Zweifel tatsächlich Schutz vor heranrückenden Rotarmisten zu bieten schienen. Bereits während der zweiten Bundestagswahl 1953 hatte die SPD feststellen müssen, dass die „nach wie vor fehlende Wehrbereitschaft bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr das entscheidende Wahlkriterium darstellte“²¹³ – und so verhielt es sich auch vier Jahre später mit der Kontroverse um die Atombewaffnung. Die Angst vor Stalin und seinen Nachfolgern überwog jedes Mal aufs Neue die Unzufriedenheit mit diversen Verteidigungsmaßnahmen. Außerdem misslang der SPD, sich als eine rundum bessere Alternative zu den Unionsparteien zu präsentieren. Statt eine Niederlage zu erleiden, errang der „Alte“ aus Rhöndorf infolgedessen souverän einen der fulmantesten Wahlsiege der gesamten Demokratiegeschichte. Keine der bedeutsamen Parteien vermochte die Steilvorlage der Göttinger Achtzehn somit für einen erfolgreichen Angriff auf die Regierung zum eigenen elektoralen Vorteil in den Wahlkabinen zu nutzen.

210 Vgl. Rupp 1980, S. 104.

211 Vgl. Bald 1994, S. 88 ff.; Kitzinger 1960, S. 211-216; Schwarz 1981, S. 362; Strubel, Robert: Der Kurs der CDU, in: Die Zeit, 23.05.1957; Walter, Franz: Erich Ollenhauer. Lauterkeit und Phlegma, in: Forkmann, Daniela/Richter, Saskia (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 45-61, hier S. 54 u. S. 58.

212 Vgl. Braun, Hans: Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 18/1978, S. 281-306, hier S. 301.

213 Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 1984, S. 50.

Dergleichen hatte man unter Adenauer schon öfter beobachten können. So etwa im Umgang mit gewerkschaftlichem Protest. Am 12. November 1948 ließ der Gewerkschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets einen ganztägigen Generalstreik durchführen, dessen äußere Kennziffern beeindruckten: Achtzig Prozent der insgesamt 11,7 Millionen Beschäftigten nahmen daran teil, nur zehn Prozent der etwa 3000 Betriebe leisteten an diesem Tag ihr normales Arbeitspensum, 2100 lagen komplett still. Eine Veränderung des wirtschaftspolitischen Kurses in Richtung eines anderen Systems als das des Kapitalismus einer freien Wirtschaft konnte freilich nicht erreicht werden. Das von den Gewerkschaften heftig kritisierte Betriebsverfassungsgesetz wurde trotz der vorherigen Ankündigung von Verhandlungen im Sommer 1952, taktisch geschickt kurz vor der parlamentarischen Sommerpause, ohne jede Veränderung verabschiedet.²¹⁴ Auch in diesem Fall klang die gesellschaftliche Empörung ab, konnte die Regierung trotz enormen öffentlichen Massenprotests ihre umstrittenen Maßnahmen – für den Wahlausgang folgenlos – durchsetzen und anschließend parlamentarisch sogar die absolute Mehrheit an Mandaten holen. Die Rüstungspolitik der Bundesregierung reihte sich – eben auch in der Frage atomarer Waffen – in diese Serie regierungspolitisch vergeblichen Gesellschaftsprotests ein.

2.7.4 Die Reaktionen weiterer gesellschaftlicher Kräfte

Die Gewerkschaften

Auf Seiten der Gewerkschaften hatte man sich schon vor der Göttinger Erklärung ein wenig mit atompolitischen Sachverhalten beschäftigt, doch betraf dies in erster Linie die Auswirkungen der neuen Technologie auf das Arbeitsleben,²¹⁵ also für die Gewerkschaften unmittelbar relevante Aspekte. Bemerkenswerterweise appellierte der 4. Bundeskongreß des DGB in Hamburg im Oktober 1956 an die Staatsmänner aller Länder, die Herstellung und Tests von Nuklearwaffen unverzüglich einzustellen.²¹⁶ Nicht zuletzt deshalb reagierten die Gewerkschaften auf die Göttinger Erklärung reflexartig mit Solidarisierung und zustimmender Positionierung²¹⁷ – erfuhr ihr bereits zuvor eingenommener Standpunkt doch

214 Vgl. ebd., S. 47 ff.

215 Vgl. Fischer 1994, S. 269.

216 Vgl. Michaltscheff, Theodor: Die unverwüstliche Opposition. Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung 1945-1960. Aus dem Nachlaß herausgegeben und bearbeitet von Stefan Appelius, Oldenburg 1994, S. 78.

217 Vgl. hierzu Grebing, Helga: Gewerkschaften: Bewegung der Dienstleistungsorganisation – 1955 bis 1965, in: Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): Ge-

nun durch die Zustimmung ausgewiesener Experten und die Zubilligung von Aktualität durch die Medien eine gehörige Aufwertung. Der für Göttingen zuständige DGB-Landesbezirk verkündete schon am 15. April 1957, das „deutsche Volk könne sich jedenfalls glücklich schätzen, solche Wissenschaftler zu haben“²¹⁸. Der mächtige IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner schloss sich postwendend dem Manifest an und prangerte eine militärische „Gernegroßpolitik“²¹⁹ der Bundesregierung an.²²⁰ Ebenfalls sprach sich der DGB-Bundesvorstand gegen die Lagerung atomarer Waffen auf bundesdeutschem Boden aus und richtete an die Bundesregierung und die Parteien den Appell, „noch einmal zu prüfen, in welcher Weise den Besorgnissen der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung Rechnung getragen werden kann“²²¹. Bemerkenswert ist, dass der von Bürgerlichen gewagte Protest gegen die Regierung vor allem von den Interessenvertretern proletarischer Gesellschaftsgruppen aufgenommen und fortgeführt wurde. Ein aktives Gewerkschaftsengagement setzte allerdings erst im März 1958, auf dem Höhepunkt einer weiteren parlamentarischen Bundestagsdebatte, ein. 44 Wissenschaftler hatten die Gewerkschaften zu einer Kampagne gedrängt, woraufhin diese an der Gründung des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ teilnahmen. Neue gewerkschaftlich relevante Fragen und Probleme kamen auf, so z.B. die mögliche Weigerung von Arbeitern, sich an der Errichtung von militärischen Abschussbasen nuklearer Waffen zu beteiligen. Zu Ostern 1958 und in den Wochen danach wurden Großkundgebungen in München, Mannheim, Dortmund und Essen organisiert, die rund 300.000 Menschen besuchten. Gegen den „Atomtod“ richteten sich auch ca. 1500 Maikundgebungen. So richtig in massendemonstrative Fahrt kam die öffentliche Atomwaffengegnerschaft folglich erst ein Jahr nach der Göttinger Manifest-Aktion. Auf die Straße trieben die achtzehn Professoren mit ihrer Erklärung zunächst kaum jemanden.

Die Kirchen

Angesichts des Status' von Großorganisationen mit enormer gesellschaftlicher Reichweite verhielten sich die Kirchen zwar nicht gänzlich ignorant, aber doch deutlich zurückhaltender als die Gewerkschaften. Dass von der katholischen

schichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 149-182, hier S. 159 ff.; Rupp 1980, S. 82 ff.

218 Zitiert nach Rupp 1980, S. 83.

219 Zitiert nach ebd., S. 82.

220 Vgl. o.V.: Metallgewerkschaft gegen Umrüstung auf atomare Waffen, in: dpa, 13.04.1957.

221 Zitiert nach Grebing 1990, S. 160.

Kirche keine Zustimmung kam,²²² verwundert angesichts deren unverblühten Unterstützung der christdemokratischen Regierung nicht. Anders verhielt sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Immerhin acht prominente EKD-Persönlichkeiten, unter ihnen die Kirchenpräsidenten Niemöller und Stempel, Präses Scharf und Probst Grüber, entsendeten den Göttinger Achtzehn ein Danktelegramm, „für den Dienst, den Sie dem deutschen Volk und der Menschheit ... geleistet haben“²²³. Weiter hieß es dort, man sei „tief bewegt davon, dass deutsche Gelehrte aus echtem wissenschaftlichen Ethos und letzter Verantwortung ihre Gewissensbindung über alle andere Rücksicht gestellt haben“. Gruppen aus der Bekennenden Kirche sowie die Theologieprofessoren Hans Iwand und Helmut Gollwitzer riefen vor der Bundestagswahl 1957 zur Wahl einer der Oppositionsparteien bzw. zur Nichtwahl von CDU/CSU auf. Der politische Einfluss dieser Akteure auf den Wahlausgang war jedoch offenkundig verschwindend gering.²²⁴

Sonstige Akteure

Einzelne Lokal- und Regionalparlamente wie die Hamburger Bürgerschaft oder die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung übernahmen die Forderungen der Göttinger Achtzehn für eigene politische Resolutionen und beglückwünschten die Professoren zu ihrer mutigen Tat.²²⁵ Interessant ist hier vor allem, dass sich als Politiker begreifende Mandatsträger die Meinung der achtzehn dezidiert apolitisch auftretenden Atomwissenschaftler für richtig befanden und sich selbst aneigneten – hatte doch Adenauer zuvor die Professoren offiziell für unfähig befunden, politische Urteile zu fällen.

Die Manifestanten regten auch unter Intellektuellen Protesthaltungen an und gerieten prompt zum Objekt der nicht gerade üppigen politischen Protestliteratur jener Jahre.²²⁶ Günther Weisenborn schrieb eine „Göttinger Kantate“, deren Inszenierung sich Erwin Piscator annahm. Und der Protestsänger Gerd Semmer verfasste ein „Atomgedicht 57“. Sodann meldeten sich noch diverse Einzelpersonen von hohem öffentlichen Ansehen sowie lose Gruppen unterstützend zu

222 Vgl. Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 60.

223 Zitiert nach Rupp 1980, S. 83 sowie folgend Fußnote 410/S. 83.

224 Vgl. ebd., S. 93.

225 Vgl. ebd., S. 83 ff.

226 Vgl. hierfür Maschuff, Günther: „... die Mörder sind inmitten.“. Protestliteratur unter Adenauer, in: Siepmann, Eckhard (Hg.)/Lusk, Irene (Bearb.): Kalter Krieg und Capri-Sonne. Die fünfziger Jahre. Politik – Alltag – Opposition, Berlin 1981, S. 118-122, hier S. 118.

Wort. Karl Barth vermeldete aus Basel, die Göttinger Professoren hätten schlichtweg „die Wahrheit“²²⁷ gesagt. Albert Schweitzer ließ, wie bereits erwähnt, kraft seines weltweiten Prestiges einen eigenen Appell folgen,²²⁸ dem Adenauer in seinen Erinnerungen zubilligte, die „allgemeine Unruhe in der Bundesrepublik in erschreckender Weise“²²⁹ noch einmal gesteigert zu haben. Von ostdeutschen Atomphysikern erging aus der DDR eine Solidaritätsnote mit der Forderung, Kernwaffenversuche einzustellen.²³⁰ Außerdem ereilte Adenauer ein offener Brief 99 Kulturschaffender, die sich den Inhalt der Göttinger Erklärung zu eigen machten.²³¹ In England erhoben sich einige Tage nach der Göttinger Erklärung gleichfalls Atomwissenschaftler mit einer öffentlichen Warnung vor den Gefahren der Wasserstoffbombe, worüber auch deutsche Medien berichteten.²³² Die rasche Abfolge von Stellungnahmen und Reaktionen unterschiedlichster Art und Herkunft hielt das Thema in den Medien und aktualisierte wiederholt die Forderungen des Göttinger Manifests.

2.7.5 Ein demoskopischer Stimmungsumschwung

Gewerkschafter, Kirchenleute, Medienmenschen und sogar ganze Professoren-scharen reagierten also auf das Schriftstück aus der Universitätsstadt Göttingen. Neben diesen Reaktionen bestimmter Institutionen, Organisationen und Persönlichkeiten aus Gesellschaft und Politik lässt sich überdies vermuten, dass sich die Göttinger Erklärung auch auf die politische Stimmung der Bevölkerung auswirkte. Im Herbst 1955 rechnete man in Deutschland im Falle eines neuen Kriegs noch kaum mit dem Einsatz von Kernwaffen; fast die Hälfte der Befragten (49 Prozent) gab dies an.²³³ An diesem Zustand änderten selbst einige Geschehnisse nichts, die geeignet waren, für Aufregung unter den Bürgern zu sorgen. Das Bekanntwerden einer Stationierung von US-Atomwaffen auf westdeutschem Staatsgebiet rief so gut wie keine Ablehnung und auch kein demoskopisch ge-

227 Rupp 1980, S. 84.

228 Vgl. ebd., S. 84 f.

229 Adenauer 1967, S. 301.

230 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 424/S. 85; o.V.: Ardenne begrüß die Göttinger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.04.1957.

231 Vgl. ebd., S. 87.

232 Vgl. o.V.: Auch in England erheben Wissenschaftler ihre Stimme, in: Die Welt, 18.04.1957.

233 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 318/S. 65.

messenes Unbehagen in der Bevölkerung hervor.²³⁴ Nur etwa ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung lehnte es Mitte der 1950er Jahre ab, dass auf ihrem Heimatboden US-amerikanische Atomwaffen lagerten. Schon gar nicht war an öffentliche Proteste zu denken, wie sie der Politik zu Beginn der 1980er Jahre im Zuge der Raketenrüstung entgegenschlugen. Lediglich einige protestantische Geistliche richteten einzelne Appelle an die Kirchenleitung und forderten ein Einschreiten bei der Regierung von Seiten der Kirche – offenbar ohne Erfolg. Obwohl Mitte des Jahres 1955 im Zuge des NATO-Manövers „Carte Blanche“ das Vernichtungsrisiko für die Zivilbevölkerung im Falle eines militärischen Konflikts innerhalb Europas ersichtlich wurde, kümmerte dies kaum jemanden. In dem hypothetisch durchgespielten Konfliktfall zwischen Ost und West regnete es über dem Gebiet der Bundesrepublik fünf Tage lang Atombomben, die das Land mit 268 radioaktiven Explosionen in Staub und Asche gelegt hätten; achtzig Prozent aller eingesetzten Atombomben detonierten in dem Planspiel über Westdeutschland.²³⁵ Obzwar der *Spiegel* darüber berichtete, hatten dieses Ereignis Umfragen zufolge nur um die zwanzig Prozent der Bevölkerung überhaupt registriert. Scheinbar waren die parlamentarischen wie außerparlamentarischen Oppositionskräfte zu dieser Zeit zu sehr mit den Problemkomplexen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung beschäftigt, ihre intellektuellen Kräfte also von anderen Fragen absorbiert. Ein Jahr vor dem Göttinger Manifest stand die Bevölkerung der Bundesrepublik Atomwaffen mit keiner entschiedenen Ablehnung gegenüber: Nur weniger als die Hälfte sprach sich dezidiert gegen Kernwaffen aus, über ein Drittel votierte hingegen für eine Ausrüstung des Bundesheeres mit atomarem Gerät und knapp zwanzig Prozent zeigten sich unentschlossen.²³⁶ Ganze 35 Prozent der Befragten waren bereit, Westdeutschland in einem Krieg notfalls auch mit Atombomben zu verteidigen.²³⁷ Und vierzig Prozent hielten einen Atomkrieg für die anstehenden Jahrzehnte eigentlich für unwahrscheinlich.²³⁸ Von einer ausgeprägten Skepsis gegenüber den Konsequenzen einer deutschen Nuklearbewaffnung innerhalb der bundesrepublikanischen Bevölkerung konnte man vor 1957 offenbar nicht sprechen.

Auch wenn sich ein direkter Zusammenhang wissenschaftlich im Nachhinein nicht mehr feststellen lässt: Die Göttinger Erklärung fiel zeitlich ungefähr zusammen mit erstmaligen Wandlungen der von den Umfrageinstituten gemesse-

234 Vgl. auch folgend ebd., S. 66 ff.

235 Vgl. o.V.: Überholt wie Pfeil und Bogen, in: Der Spiegel, 13.07.1955.

236 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 298.

237 Vgl. ebd., S. 360.

238 Vgl. ebd., S. 366.

nen Bevölkerungsstimmung. Demoskopische Momentaufnahmen im April 1957 ergaben eine deutliche Ablehnung einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr in der Bevölkerung.²³⁹ Auch die Kanzlerzustimmungswerte waren, so scheint es zumindest, von dem Manifest beeinträchtigt worden. Bei Allensbach befand sich Adenauer jedenfalls seit April 1957 in einem Abwärtstrend, erreichte das Einverständnis mit seiner Politik bei den befragten Bundesbürgern für das gesamte Jahr 1957 einen mehrere Wochen anhaltenden Tiefststand, während die Ablehnung auf den zweithöchsten Wert des Wahljahres kam. Und auch Adenauer schrieb dem Manifest, das die Gefahr atomarer Waffen zur Sprache brachte, einen Angstmachereffekt zu. Der „Alte“ erinnerte sich später, dass den Menschen „die Furcht im Nacken“²⁴⁰ saß, die sich ferner auf andere damalige Streitfragen auszuwirken schien.

Und in der Tat: Sprachen sich in den frühen 1950er Jahren noch selten mehr als fünfzig Prozent der Befragten allgemein gegen eine Wiederbewaffnung aus, stieg der Wert auf über sechzig, einmal sogar über siebzig Prozent.²⁴¹ Ein Jahr vor der Göttinger Erklärung waren einer Allensbach-Umfrage zufolge 49 Prozent gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, im April 1957 lag dieser Wert aber bei 64 Prozent.²⁴² Es hat den Anschein, als aktivierte die Göttinger Erklärung eine negative Einstellung gegenüber den düsteren Waffen, die unerschwinglich schon vorhanden war und sich erst infolge des politischen Manifests zu artikulieren begann.²⁴³ Auch scheint das Manifest Aufklärung betrieben zu haben: Glaubten 1955 noch zwanzig Prozent der Befragten, dass es einen „wirksamen Schutz“ gegen Atomwaffen gebe, sank dieser Wert im April 1957 auf fünf Prozent.²⁴⁴ Die deutliche Korrelation zwischen dem von der Göttinger Erklärung ausgelösten Eklat um Adenauers öffentlich bezeugtes Liebäugeln mit dem Besitz von nuklearen Waffensystemen und der demoskopisch merkbare

239 Vgl. Schwarz 1991, S. 337.

240 Adenauer 1967, S. 301.

241 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 296; Rupp 1980, S. 89.

242 Vgl. Buchstab (Bearb.) 1990, Fußnote 8/S. 1224.

243 Vgl. Rupp 1980, S. 89.

244 Siehe DIVO-Institut (Hg.) 1958, S. 20. Der staatlicherseits betriebene Zivilschutz war in der Tat unzureichend, Sicherheitsvorkehrungen für einen Atomkrieg mussten weitgehend privat organisiert und bezahlt werden; vgl. Biess, Frank: »Jeder hat eine Chance«. Die Zivilschutzkampagnen der 1960er Jahre und die Angstgeschichte der Bundesrepublik, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (unter Mitarbeit von Claudia Weber) (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 61-93, hier S. 77.

Stimmungsumschwung der Bürger in Richtung einer erheblich kritischeren Einstellung zur Wiederbewaffnung und Atomrüstung sprechen für einen wirksamen Impuls, den Manifest der Achtzehn gab.

2.7.6 Die Konsequenzen für die Manifestanten

Für die Manifestanten blieb das Unterfangen einer politischen Manifestation ebenfalls nicht folgenlos. Mit der Beteiligung an der Göttinger Erklärung konnten die Wissenschaftler ihr gesellschaftliches Prestige enorm vergrößern, das unter dem Strich positiv beurteilte Ereignis mit ihrer Biografie unauflösbar verbinden. In kaum einer Darstellung des Lebens eines jeden der Achtzehn – gleich ob in lexikalischer Kürze oder monografischer Breite – fehlt der biografische Verweis auf die Teilnahme an der Göttinger Erklärung. Mit dieser Tat konnten sie sich für den Rest ihres Lebens gleichsam dekorieren. Unterzeichner wie Born, Hahn und v. Weizsäcker stiegen in den Rang hoher moralischer Kapazitäten empor, deren Worte fortan in Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik als ethisch richtungsweisend galten. Zugespitzt: Mit einer singulären Aktion erwarben sich die achtzehn Professoren einen historisch anhaltenden Ruhm und sicherten sich einen beständigen Platz im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik. Wer würde sich diesseits der physikalischen und chemischen Fachdisziplinen denn noch an Wolfgang Riezler, Wilhelm Walcher oder Friedrich-Adolf Paneth erinnern? Das Manifest aber, die auch ein halbes Millennium später in der Öffentlichkeit gefeierte „Göttinger Erklärung“, bezeugt bis in die Gegenwart hinein die moralische Weisheit dieser achtzehn Männer, lässt ihre Namen immer wieder in Geschichtswerken auftauchen. Für die Manifestanten lässt sich somit allgemein feststellen, dass sich ihr Bekanntheitsgrad und Renommee im Vergleich zum Status quo ante gewaltig erhöhten. Das Extrembeispiel für diesen Effekt bildet hierbei sicherlich Carl Friedrich v. Weizsäcker, der zum hochgeachteten „Atomwaffenphilosophen“ und gern befragten Gesellschafts- sowie Friedensanalytiker avancierte.²⁴⁵

2.7.7 Zur historischen Resonanz

Sogar Jahrzehnte später taugte die Göttinger Erklärung noch für einen Hieb auf die christdemokratische Regierungspolitik in Fragen der Abrüstung. Anlässlich des dreißigsten Jahrestags des Manifests versuchte die SPD im April 1987, der Kohl-Regierung eine vermeintliche Intransigenz in der Abrüstungsbereitschaft

245 Vgl. Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

vorzuwerfen, eine ähnliche Verfehlung wie sie die Adenauer-Regierung begangen habe.²⁴⁶ Außerdem ließ sich mit der Göttinger Erklärung die Aureole der Ära Adenauer doch etwas trüben und die Angemessenheit des gemeinhin positiv bewerteten politischen Handelns des ersten Bundeskanzlers kritisch hinterfragen.²⁴⁷ Und wann immer es gegen die Atombewaffnungsabsichten von Politikern zu Felde zu ziehen gilt, kann sich die Nuklearwaffenopposition auf die beherzte Tat der achtzehn Professoren im April 1957 berufen. Auch dient sie Wissenschaftlern seither gerne als Rechtfertigung für das Vorbringen politischer Stellungnahmen – man nehme ja schließlich Verantwortung wahr, wie es auch die Nobelpreisträger Hahn, Heisenberg und Born getan hätten. Kurzum: Die Göttinger Erklärung konstituierte einen historischen Präzedenzfall und Bezugspunkt gesellschaftlich akzeptierten, ja zelebrierten Protests von Wissenschaftlern gegen politische Maßnahmen im Allgemeinen, die Atombewaffnung im Besonderen, auf den sich zu passenden Gelegenheiten berufen lässt.

2.7.8 Fortdauernde Reaktionen

Die Göttinger Erklärung, so lässt sich vermuten, katalysierte in einigen Großorganisationen der westdeutschen Gesellschaft die im Ansatz zwar bereits existierende, jedoch erst im Verlauf der Monate nach dem politischen Manifest in Gang gekommene Auseinandersetzung mit der Problematik nuklearer Waffenarsenale. Dies soll im Folgenden an den Beispielen von SPD, Gewerkschaften und Evangelische Kirche veranschaulicht werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Obwohl der „Atomtod“ schon Bestandteil der Kampagne zur Bundestagswahl 1957 gewesen war, erreichte der sozialdemokratische Anti-Atomwaffenaktivismus erst 1958 seinen Höhepunkt. Manche Geschichtsinterpreten messen diesem Ereignis eine hohe Bedeutung bei: Mit dem Engagement im Widerstand gegen Atomwaffen habe sich die SPD ein letztes Mal ihrer Tradition als Partei und sozialer Bewegung besonnen.²⁴⁸ Und tatsächlich gaben sich die gerade von einer

246 Vgl. Euchner, Walter: Strategisches Kalkül und politisches Denken. Betrachtungen zum 30. Jahrestag der Göttinger Erklärung, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 10.04.1987.

247 Vgl. bspw. ebd.

248 So Nehring, Holger: Die Anti-Atomwaffen-Proteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957-1964, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 22-31, hier S. 25.

heftigen Wahniederlage erschütterten Sozialdemokraten in diesen Tagen erstaunlich entschlossen und aktionistisch. Offenbar witterten die Parteistrategen das oppositionelle Potenzial, welches in der Atomwaffenfrage noch immer schlummerte. Der Stuttgarter SPD-Parteitag beschloss im März 1958 kämpferisch, den Protest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr mit allen erdenklichen Mitteln der Politik fortzusetzen.²⁴⁹ Anschließend begann am 23. März 1958 die Anfang des Jahres von der SPD konstruierte Kampagne „Kampf dem Atomtod“ mit einer feierlichen Kundgebung in der Frankfurter Kongresshalle, der mehr als 2000 Bürger beiwohnten.

Der parteipolitische Einschlag dieser Veranstaltung war unschwer zu erkennen: Der martialisch klingende Arbeitsausschuss „Kampf dem Atomtod“ verfasste einen Aufruf, den u.a. sozialdemokratische Parteigrößen wie Erich Ollenhauer, Carlo Schmid, Max Brauer und Gustav Heinemann unterzeichneten.²⁵⁰ Unter Beteiligung von lokalen Organisationseinheiten der SPD und der Gewerkschaften wurden rasch Landes- und Ortsgruppen gebildet – denn auch die drei Vorsitzenden des DGB, Willi Richter, Bernhard Tacke und Georg Reuter, hatten ihre Namen unter den Aufruf gesetzt.²⁵¹ Im alten Stil der Arbeiterbewegung organisierte die neue Atomwaffenopposition schließlich Großdemonstrationen und -kundgebungen, auch Warnstreiks und Fackelmärsche – zwischen April und Juni 1958 brachte dies ca. 325.000 Menschen auf die Straßen.²⁵² Einer Rede des Hamburger Bürgermeisters Max Brauer hörten am 17. April 1958 – ziemlich genau ein Jahr nach der Göttinger Erklärung – 120.000 bis 200.000 Menschen zu.²⁵³ In Mannheim (50.000), Hannover (40.000) und Bielefeld (25.000) ereigneten sich unter der Ägide von SPD und Gewerkschaften wahre Massenaufläufe.²⁵⁴

In jenen Tagen und Wochen zogen erregte Bürger mit zynisch-sarkastischen Parolen wie: „So etwas wie Hiroshima findet Adenauer prima“ oder: „Wir wollen so alt werden wie Konrad“, durch die innerstädtischen Straßen deutscher

249 Vgl. hier und folgend Michaltscheff 1994, S. 66 f.

250 Vgl. ebd., S. 65.

251 Vgl. ebd., S. 79.

252 Vgl. Nehring 2003, S. 25 u. S. 29; dazu auch Brand et al. 1984, S. 52 ff.

253 Vgl. Schildt, Axel: Bürgermacht gegen die Bombe, in: Spiegel Online/einestages, 17.04.2008, in: http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht_gegen_die_bombe.html [eingesehen am 17.04.2008].

254 Vgl. Michaltscheff 1994, S. 80.

Metropolen.²⁵⁵ Auch der Widerstand der Göttinger Achtzehn fand sich darin wieder, fragten doch Protestplakate, ob ein Bundeskanzler klüger als achtzehn Atomforscher sein könne.²⁵⁶ Auch den Maifeiertag stellte die SPD unter die Parole „Kampf dem Atomtod“ und deklamierte in dem dazugehörigen Aufruf, die Menschheit habe „ein besseres Schicksal verdient, als durch Atomwaffenversuche verseucht und in einem Atomkrieg vernichtet zu werden“.²⁵⁷ Gefordert wurde nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Eine Woche darauf legte die SPD-Fraktion im Bundestag einen Antrag auf eine Volksbefragung vor, die das Einverständnis aller Wahlberechtigten mit der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr, der Lagerung von Atomwaffen auf westdeutschem Hoheitsgebiet sowie mit der dortigen Errichtung von Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen abfragen sollte.²⁵⁸ Nachdem der Antrag scheiterte, versuchten Bremen und Hamburg, ein solches Referendum auf Länderebene durchzuführen, das nur deshalb nicht zustande kam, weil es das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beurteilte. Am 17. Mai 1958 beschloss die nordrhein-westfälische SPD-Regierung, jegliche Entscheidungen zu militärischen Maßnahmen im Zusammenhang mit einer Atomrüstung im Bundesrat konsequent zu obstruieren.

Der Atomprotest war folglich parteilich organisiert und sollte der sich von einer Klassen- zur Volkspartei wandelnden SPD Teile des bürgerlichen Lagers erschließen, ihr also bisherige Unionswähler zutreiben. Die sozialdemokratischen Strategen hatten sich vorgenommen, das schichtübergreifende Unbehagen innerhalb der westdeutschen Bevölkerung nuklearem Kriegsgerät gegenüber zu kanalisieren und in SPD-Stimmen an den Wahlurnen umzumünzen.

Doch es kam anders. So vital sich die Sozialdemokratie im Anti-Atomwaffenprotest auch zeigen und so solidarisch sie den Schulterchluss mit den Gewerkschaften vollziehen mochte: Als sich diese Aktionen für die SPD elektoral nicht rentierten, im Juli 1958 sogar die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

255 Vgl. Kohnert, Birger: Bewegungen gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in den Jahren 1957/58, in: Siepmann (Hg.)/Lusk (Bearb.) 1981, S. 102-117, hier S. 114.

256 Vgl. Hermann 2007, Bild auf S. 106.

257 Zitiert nach Michaltscheff 1994, S. 66.

258 Im Wortlaut: „1. Frage: Sind sie für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen? 2. Frage: Sind sie für eine Lagerung von Atomwaffen im Gebiet der Bundesrepublik? 3. Frage: Sind sie für die Errichtung von Abschussbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?“ Ein Plakat, das den entsprechenden Stimmzettel zeigt, findet sich online unter: <http://einestages.spiegel.de/hund-images/2008/04/16/50/7f12cdc15ac1cef06b98166207312d35.pdf> [eingesehen am 11.12.2008].

mit dem bedrückenden Ergebnis einer absoluten CDU-Mehrheit verloren und auch das massenwirksame Manöver einer Volksbefragung vom Bundesverfassungsgericht juristisch unterbunden wurde, verflüchtigte sich das sozialdemokratische Engagement in der Anti-Atomwaffenbewegung so schnell, wie es begonnen hatte.²⁵⁹ Nachdem die SPD obendrein den Plan einer Entspannungszone verwarf, stattdessen ihre „Wehrbereitschaft“ zu demonstrieren suchte, zerfiel die dereinst so entschlossene Anti-Atomtod-Bewegung vollends. Nicht wenige ihrer Aktivisten und Befürworter fühlten sich daraufhin von SPD und DGB im Stich gelassen, bedauerten missmutig, die beiden Großorganisationen der Arbeiterbewegung hätten dem Protest auf dessen Höhepunkt verräterisch „ihre organisatorische Basis und ihre mobilisierenden Kräfte entzogen“.²⁶⁰ Denn auch der DGB hatte organisationsinterne Befindlichkeiten – der christlich-soziale Flügel drohte mit der Spaltung und musste durch eine verstärkte Herausstellung der gewerkschaftlichen Überparteilichkeit wieder integriert werden – kurzerhand über das Bewegungsziel gestellt.²⁶¹ Friedensbewegte mussten sich daher ob dieser sozialdemokratischen Abwendung von der kategorischen Atomwaffengegnerschaft von der SPD maßlos enttäuscht zeigen.²⁶² Doch war dies eben Teil der programmatischen Neuausrichtung der ehemaligen Klassenpartei, die sich nun anschickte, Volkspartei zu werden – indem sie einige Aspekte bisheriger Unionspolitik akzeptierte, die sie zuvor noch energisch bekämpft hatte. Im Zuge der Bad Godesberger Programmreform bekannte sich die SPD deshalb auch zur Landesverteidigung, arrangierte sich mit der Einbeziehung westdeutscher Soldaten in die nuklearwaffengestützte Verteidigungsplanung und wettete folglich auch nicht mehr gegen eine Atombewaffnung im übernationalen Rahmen der NATO – man wollte eben „beste CDU aller Zeiten“ sein.²⁶³ Die theoretisch fortbestehende Gegnerschaft zu eigenen, nationalen, Atomwaffen verkam damit zur Makulatur. Zum leidenschaftlichen Kampf gegen den „Atomtod“ rief die SPD jedenfalls nicht mehr auf. Dieser fügte sich nicht in das neue Parteiimage.

259 Vgl. Nehring 2003, S. 25 f.; dazu auch Brand et al. 1984, S. 53 f. und Grebing 1990, S. 161.

260 Brand et al. 1984, S. 54.

261 Vgl. Grebing 1990, S. 161 f.

262 Vgl. hierzu Vgl. Michaltscheff 1994, S. 67-70.

263 Unter diesem Motto bewarb sich die SPD bei der Bundestagswahl 1961 bei den Wählern um die Regierungsmacht; vgl. Micus, Matthias: Willy Brandt. Konkurrenzlos als Kanzlerkandidat, chancenlos als Sozialdemokrat, in: Forkmann, Daniela/ Richter, Saskia (Hg.): Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 62-140, hier S. 123.

Eine nachhaltige Atom-Politisierung der parlamentarischen Arena erreichten die Göttinger Achtzehn mit ihrem politischen Manifest daher nicht. Vielmehr war diese nur von vorübergehender Dauer und von anderen, parteitaktischen Motiven geleitet. Auf den schnellen Repräsentanzgewinn war ein ebenso schneller -verlust gefolgt. Dieser Vorgang zeigt auch die rein instrumentelle Einstellung der SPD zu der von ihr initiierten sozialen Bewegung an: Nachdem sich die ausgespähten Chancen, neue Wählergruppen zu erschließen, nicht schnell genug verwerten ließen, wendete sich die Partei jäh desinteressiert ab. Die prinzipielle Atomwaffengegnerschaft verlor damit ihre parlamentarische Repräsentanz.²⁶⁴ Aus der Enttäuschung über das abtrünnige Verhalten der SPD entstanden alternativ die Ostermärsche. Deren Teilnehmerzahl stieg bis 1964 schrittweise von einigen Tausend auf 100.000 Menschen an. Die bundesdeutschen Anti-Atomwaffenproteste wandelten sich dabei demografisch und kulturell, wurden junger und von musikalischen sowie kabarettistischen Elementen untermalt.²⁶⁵ Nachdem in den 1950er Jahren noch „vornehme ältere Herren mit Anzug und Krawatte“ die Protestveranstaltungen dominiert hatten, veränderten sich diese in den 1960er Jahren zu „neulinken“ Events, in denen die Teilnehmer frei von überkommenen Organisationsformen öffentliche Diskussionen austragen wollten.²⁶⁶ Dies alles blieb für das Parteiensystem auf lange Sicht nicht folgenlos, wurde diese potenzialträchtige Konfliktlinie in den frühen 1980er Jahren doch von den Grünen programmatisch aufgegriffen und politisch integriert.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Auch der DGB konnte sich – nicht zuletzt dank der Göttinger Erklärung – von großer Sorge erfüllt gebärden. So standen denn auch die gewerkschaftlichen Maikundgebungen des Jahres 1958 ganz im Zeichen des Atomwaffenwiderstands.²⁶⁷ In seiner Maikundgebung forderte der DGB die Bundesregierung auf, „sich dem Wettrüsten in der ganzen Welt entgegenzustellen“ und sah in „dem Wettrüsten, der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen und Versuchen“ nichts weniger als „Frieden und Existenz der Menschheit“ bedroht.²⁶⁸ Ihren Mitgliedern sicherten die Gewerkschaften Unterstützung zu, falls diese aus Gewissensgründen die Arbeit an der Errichtung von militärischen Anlagen zum Ein-

264 Vgl. Brand et al. 1984, S. 54.

265 Vgl. Nehring 2003, S. 26 f.

266 Vgl. ebd., S. 28.

267 Vgl. Michaltscheff 1994, S. 80.

268 Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1958, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 4, S. 283 f.

satz von Atomwaffen verweigern sollten.²⁶⁹ Sehr viele Gewerkschaftsgliederungen begannen, sich mit dem Thema programmatisch auseinanderzusetzen, richteten an ihre jeweiligen Bundesvorstände Forderungen nach Arbeitskämpfen, die nach alter Manier der Arbeiterbewegung vorsahen, der Produktion von Atomwaffen und -anlagen die Arbeitskraft zu entziehen, und fassten entsprechende Entschlüsse.²⁷⁰ Die Gewerkschaftsführungen mussten sich nicht zuletzt aufgrund des aufgebrachten Aktionismus ihrer Klientel mit der Thematik auseinandersetzen.²⁷¹ Im März und April 1958 ereigneten sich in vielen Städten hinter dem Panier „Kampf dem Atomtod“ spontane Belegschaftsdemonstrationen, in Braunschweig und Wolfsburg streikten kurzzeitig 10.000 Arbeiter – ein Generalstreik lag in der Luft. Neben den Arbeitsniederlegungen artikulierten Erwerbstätige ihren Unmut über den atompolitischen Kurs der Bundesregierung, indem sie in Schweigemärschen durch die Innenstädte zogen oder sich zu Protestkundgebungen einfanden.

Doch vor allem: Bei der Anti-Atomwaffenhaltung handelte es sich nicht um eine genuin gewerkschaftliche Vorstellung, um keine voraussehbare und stereotype Regierungskritik – wie etwa die Skepsis gegenüber dem kapitalistischen System –, die von bürgerlichen Parteien aufgrund einer ihr innewohnenden Ideologie, wie der des Sozialismus, leicht diskreditiert werden konnte; noch weniger war sie eine klassenkämpferische Polemik. Und zudem legitimierte sich ihr Inhalt zum einen durch wissenschaftliche Erkenntnisse von unbestreitbarer Richtigkeit, zum anderen wurden diese auch von Gruppen getragen, die üblicherweise dem Unterstützerkreis bürgerlicher Parteien zugerechnet wurden und sozialistischer Umtriebe unverdächtig waren.

Ein weiterer Gesichtspunkt scheint noch erwähnenswert: Standen Kirchenleute und Wissenschaftlerkollegen den achtzehn Professoren sozialtypologisch im Hinblick auf Bildungsgrad, Herkunft und gesellschaftlichem Ansehen nicht allzu fern, kam es aber auch zu eigentümlichen Allianzen und Koalitionen. So appellierte 1958 eine Gruppe von 44 in allen Teilen der Bundesrepublik lehrenden Professoren an den DGB, „ungeachtet verschiedener Auffassungen über Wirtschafts- und Sozialfragen [...] sich in dieser ernsten entscheidenden Stunde mit ihnen zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung zu verbinden“²⁷². Wenigstens

269 Vgl. Michaltscheff 1994, S. 81.

270 Vgl. ebd., S. 81 ff.

271 Zum Folgenden vgl. Kohnert 1981, S. 114.

272 Wortlaut des Appells der 44 Professoren an den Deutschen Gewerkschaftsbund, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 211 f.

einen Augenblick lang erwachsen den Gewerkschaften damit ungeahnte Bündnisoptionen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland

Die Synode der Evangelischen Kirche der Union, ein Bund evangelischer Landeskirchen, sprach Anfang Dezember 1957 die Warnung nicht nur „vor einer Freisetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens, sondern insbesondere auch vor einer atomaren Bewaffnung“²⁷³ aus. Atomwaffen ließen eine Diskussion über das Verhalten von Christen gegenüber einer Politik der Kernwaffenrüstung akut werden. Es kam die Frage auf, wie man sich als Christ nunmehr zu verhalten habe. Diese Frage richteten z.B. Theologen und kirchliche Bruderschaften im Frühjahr 1958 an die Synode der EKD. Diese Synoden-Anfrage plädierte für ein klares Nein, da Atomwaffen keinen Unterschied zwischen Zivilbevölkerung und Militäreinheiten machten. Eine Trennung von Kämpfern und Nichtkämpfern sei in diesem Fall bereits prinzipiell unmöglich; die Tötung von an Kampfhandlungen unbeteiligten Menschen könne nicht mehr auf Kollateralschäden begrenzt werden, sondern sei unvermeidlich. Außerdem schädigten sie mit der angerichteten Verseuchung menschlicher Lebensräume nicht nur gegenwärtige, sondern auch kommende Generationen. Christliche Überzeugung verbiete folglich, „nicht nur jegliche Billigung und Mitwirkung an einem atomaren Krieg und seinen Vorbereitungen, sondern ebenso ein stillschweigendes Geschehenlassen“²⁷⁴. Und dem Wort Gottes gelte es schließlich mehr zu vertrauen als „den ‚Realitäten‘ des politischen Kalküls“.

Deutliche Worte sprachen aus diesen Ansichten, die keinerlei Zweifel daran ließen, dass Atomwaffen unchristlich und gottlos seien. Für eine sich in ihrer Politik bei jedweder Gelegenheit axiomatisch auf das Christentum berufende Partei wie die Union bedeutete dies natürlich einen herben Schlag, konnte ihr christliches Bekenntnis doch fortan als Bigotterie gedeutet werden. Folgerichtig erschien das Handeln der Unionsregierung, an christlichen Maßstäben gemessen, als äußerst fragwürdig und dringend korrekturbedürftig. Der von der Union unternommene Versuch, einen Kompromiss zwischen Atombewaffnung und Christentum zu formen, wurde als gottlos ausgerufen, die Evangelische Kirche zur

273 Zitiert nach Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 61.

274 Hier und folgend Wortlaut der Anfrage an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 213-216, hier S. 214.

klaren Opposition angehalten.²⁷⁵ Wie auch immer, in der gesellschaftlichen Großorganisation EKD erhitzen sich jedenfalls innerkirchliche Debatten, die unmissverständlich danach fragten, ob man Nuklearwaffen aufgrund ihrer allumfassenden Vernichtungskraft überhaupt guten Gewissens, nach christlichen Normen, verwenden dürfe.²⁷⁶

2.7.9 Historische Folgewirkungen

Eine Themenkarriere

Spätestens nach der Göttinger Erklärung dürfte dem Komplex atomarer Waffen und den Konsequenzen ihrer internationalen Verbreitung in der Öffentlichkeit zum Durchbruch verholfen worden sein. Stimmt diese Annahme, so wäre das Göttinger Manifest ein wichtiger Schritt in der „Karriere“ dieses Themas gewesen, hätte es als einen für die öffentliche Meinung bedeutsamen Sachverhalt etabliert. Doch zunächst: Wie funktioniert eine solche Themenkarriere überhaupt?

Probleme werden erst zu einem öffentlichen Thema, sobald sie die Ebene des Einzelnen verlassen und verallgemeinerbar sind, von Teilöffentlichkeiten als gewichtig angesehen werden.²⁷⁷ Um in der Öffentlichkeit bestimmte Deutungen und Meinungen durchzusetzen, sind „Themenunternehmer“ bzw. „Framesponsoren“ nötig.²⁷⁸ Diese verhelfen dem Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zum Durchbruch, sodass nicht mehr das Thema selbst, sondern nur noch diesbezügliche Meinungen und Entscheidungen zur Disposition stehen. Die Göttinger

275 Vgl. Iwand, Hans: Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 185 ff. Keine „noch so eifrig vorgewendete Kirchlichkeit“ könne die „tiefe Gottlosigkeit“ der Atomwaffenpolitik überdecken; ebd., S. 186.

276 Vgl. Wortlaut der Anfrage an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 3, S. 213-216, hier S. 213.

277 Vgl. Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 44 (1994) H. 39, S. 11-20, hier S. 12. Niklas Luhmann versteht Themen als „entwicklungsfähige Sinnkomplexe“; zitiert nach ebd., S. 11.

278 Vgl. ebd., S. 14; Waldherr, Annie: Gatekeeper, Diskursproduzenten und Agenda-Setter – Akteursrollen von Massenmedien in Innovationsprozessen, in: Pfetsch/Adam (Hg.) 2008, S. 171-195, hier S. 174.

Erklärung zeigt, dass Manifestanten ganz erfolgreiche Themenunternehmer, sehr großzügige Framesponsoren sein können.

Für gewöhnlich sind drei Szenarien denkbar: Im ersten Fall findet das Thema in den Medien erst gar keine oder eine nur verschwindend geringe Erwähnung; im zweiten wird das Thema zwar genannt, allerdings nicht in dem von den Interessenten gewünschten Deutungsmuster; und im dritten verläuft das „Agenda-Building“ im Sinne der „Framesponsoren“.²⁷⁹ Da Redakteure aufgrund ihrer Entscheidungsmacht im Hinblick auf den Medieninhalt „Gatekeeper“ des „Agenda-Settings“ (und „-Buildings“) sind, obliegt ihnen die Entscheidung der Themenbehandlung – was Mediengestalter ihrerseits zu diskursmächtigen Akteuren macht. Für eine erfolgreiche „Markteinführung“ und die anschließende Akzeptanz auf diesem Markt sind die Aufmerksamkeit und zustimmende Haltung von Medien gegenüber dem Thema ganz elementare Voraussetzungen.²⁸⁰ Medien bestimmen die Wichtigkeitshierarchie politischer Themen.²⁸¹ Für Manifestanten bieten Medien damit die Chance, ein Thema neu zu rahmen. Als gegenüber den Regierungspolitikern im Diskurs benachteiligte Akteure konnten die Göttinger Achtzehn ihre persönlichen Deutungsmuster – nämlich die Atomwaffen nicht als Sicherheits-, sondern Gefahrenquelle zu interpretieren – mithilfe der medialen Berichterstattung aufwerten und breiteren Gesellschaftskreisen zugänglich machen. Mit einer Themenkarriere ist es im Grunde nicht viel anders als mit der Karriere einer einfachen Meldung. Auch hier kommen Faktoren zum Tragen, wie man sie aus der Nachrichtenwerttheorie kennt.²⁸² Günstige Bedingungen für eine mediale Themenkarriere herrschen vor, sobald „Grundfragen der menschlichen Existenz und ethische Grenzen berührt“²⁸³ werden. Zudem wird die konkrete Anwendung von Technik stärker hinterfragt als abstrakte Grundlagenforschung, weil sich dort leichter ethische Bezüge herstellen lassen. Dieser Sichtweise zufolge haben im konkreten Fall der Göttinger Erklärung die Manifestanten als „Diskursproduzenten“ eine Themenkarriere angestoßen.

Das Manifest transportierte den Komplex atomarer Aufrüstung in eine breite Öffentlichkeit, nachdem das Thema zuvor hauptsächlich in prononciert regierungsoppositionellen Publikationsorganen wie dem *Vorwärts* problematisiert worden und lediglich für eine eingeschränkte Öffentlichkeit greifbar war. Im Lager der Sozialdemokraten hatte man – nur eben etwas polemischer – auch schon

279 Vgl. dazu Waldherr 2008, S. 174 f.

280 Vgl. ebd., S. 179.

281 Vgl. Pfetsch 1994, S. 12.

282 Siehe hierzu Kap. 2.8.5 dieser Arbeit.

283 Vgl. hier und auch für das Folgende Waldherr 2008, S. 190.

vor dem April 1957 die „Vervollkommnung der Massenvernichtungsmittel“ durch „politische Finsterlinge“ gezeißelt.²⁸⁴ Der Erfolg auch in den Medien jenseits der Parteipresse, den die Göttinger Erklärung und die Atomwaffendebatte verzeichnen konnten, erwies sich für nachfolgende Initiativen als wichtig. Die Göttinger Achtzehn stießen gewissermaßen Türen auf, durch die andere Akteure später leichter in die öffentliche Debatte eintreten konnten. Denn Proteste und Anliegen lassen sich eher in Medienorganen vermitteln, wenn sie zuvor schon einmal Medienaufmerksamkeit auf sich gezogen haben.²⁸⁵

Verantwortungsimpuls in der Wissenschaft

Die Erklärung wirkte sich auch auf den beruflichen Herkunftsbereich der Manifestanten aus. Sie hatte zur Folge, dass auch unter den Naturwissenschaftlern „die Diskussion um die Notwendigkeit gesellschaftlichen Engagements neu aufblühte“.²⁸⁶ Organisatorisch schlug sich dies 1959 in der Gründung der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ (VDW) nieder, die sich die Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Naturwissenschaftlern zum Ziel setzte. Ferner stieß die Aktion der Göttinger Achtzehn in unterschiedlichen akademischen Regionen auf Widerhall. Ein Jahr nach der Manifestation telegraphierte beispielsweise der Hauptausschuss des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins den Manifestanten Gerlach und Heisenberg stellvertretend für die Achtzehn ihren ausdrücklichen Dank für die „mutige Tat“ und „pädagogische Wegweisung“.²⁸⁷ Erwähnenswert ist auch eine Aktion von 936 Hamburger Ärzten, die unter der Berufung auf ihren Hippokratischen Eid im März 1958 als „Anwälte und Hüter des Lebens und der Gesundheit unserer Mitmenschen“²⁸⁸ ihre Stimme erhoben und mit mahnenden Worten auf die irreversiblen Erbgutschädigungen durch Strahlenwirkung hinwiesen. Auch wiederholten sie die Einwände der Göttinger Erklärung, dass es keinen wirksamen Schutz für die Zivilbevölkerung gegen Kernwaffen gebe und die als taktisch bezeichneten Atomsprengköpfe bereits das Explosionsvolumen der Hiroshima-Bombe besäßen. In untrüglich anmutender „Erkenntnis der medizinischen Tatsachen“ sprachen die Ärzte an „die verantwortlichen Politiker“ eine eindringliche Warnung vor der Einführung atomarer Waffen in die Bundesrepublik aus. Mit dem expliziten Hinweis auf Krankheitsbildungen

284 Hier beispielhaft o.V.: Der Atom-„Fortschritt“, in: Vorwärts, 18.01.1957.

285 Vgl. zu diesem Phänomen des „selection bias“ Laubenthal 2008, S. 268.

286 Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 73.

287 Zitiert nach Michaltscheff 1994, S. 83.

288 Hier und folgend Wortlaut des Aufrufs der 936 Hamburger Ärzte, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 3 (1958) H. 4, S. 282 f.

infolge radioaktiver Verseuchung adaptierten sie die Vorgehensweise der Göttinger Achtzehn, als – in diesem Fall medizinische – Experten vermittels ihres speziellen Wissens die Politik vor den Konsequenzen deren Handelns zu warnen. Und ähnlich bei den Atomwissenschaftlern der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, übernahm mit dem 61. Deutschen Ärztetag die Dachorganisation der hansestädtischen Bedenkenträger diese Warnung der Politik vor einem Missbrauch der Atomkraft und klagte die Ehrfurcht vor dem Leben und die Ächtung von Massenvernichtungswaffen ein.²⁸⁹

Doch die Übereinkunft von naturwissenschaftlichen Facheliten, wie sie sich zwischen den Ärzten und Atomforschern in den 1950er Jahren noch eindrucksvoll vollzog, hatte keinen langen Bestand. Denn nicht allein die entgrenzte Schadenswirkung von nuklearen Waffen vertrug sich nicht mit dem ärztlichen Ethos, auch die Auswirkungen eines Unfalls in zivilen Kernkraftanlagen wurden schon bald Gegenstand ärztlicher Anti-Atomplädoyers. Nichts weniger als einen „vollständigen Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie“ fordert bspw. der Anfang der 1980er Jahre gegründete Verein „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung“.²⁹⁰ Der deutschen Sektion gehören etwa 7000 Mitglieder an – sie wären wohl mit den Göttinger Achtzehn gehörig in Konflikt geraten, verschreiben sie ihr Engagement doch der Abwendung „erdumspannend[er] Bedrohungen für Leben und Gesundheit“, zu denen sie Kernenergie in jeglicher Nutzungsvariante zählen.

2.7.10 Gesellschaftliche Verdienste

Der finale Auslöser der Göttinger Erklärung war die Verharmlosung kriegerischer Nutzung von Atomenergie durch die Worte des Bundeskanzlers. Hierüber versuchte sie aufzuklären; sie wollte verdeutlichen, dass auch taktische Nuklearwaffen nicht zu unterschätzende Massenvernichtungsinstrumente darstellen, eben keine schlichte „Weiterentwicklung der Artillerie“ sind. Aufklärung also – doch weshalb war sie 1957 so wichtig, immerhin in einem System parlamentarischer Demokratie, Presse- und Meinungsfreiheit? Doch auch wenn die Bundesrepublik freie Meinungsäußerung respektierte und ihre Politiker nicht andauernd danach trachteten, die Bürger in einem Zustand fortwährender Ahnungslosigkeit zu belassen, gab es dennoch Bedarf nach Aufklärung. Denn Konrad Adenauer war allzeit sehr darauf bedacht – noch dazu in einem Wahljahr wie 1957 – die

289 Zu der Resolution des Ärztetags vgl. Michaltschiff 1994, S. 85.

290 Vgl. hierzu die Internetrepräsentanz <http://www.ippnw.de> [eingesehen am 18.12.2008].

Bevölkerung in Ruhe und Sicherheit zu wiegen. Daher zeigte er stets Gesten der Empathie, unternahm vor allem aber politische Maßnahmen, mit denen er die Gemüter seiner potenziellen Wähler gleichsam zu sedieren suchte. Denn Adenauer wusste, wie „sehr Angst und Sicherheitsbedürfnisse die Mentalität der Deutschen auch noch 10 Jahre nach dem Krieg dominierten“²⁹¹. Bloß nicht sollten die Wähler von Unwägbarkeiten politischer Entscheidungen in Unruhe versetzt werden. Regierungsbeschlüsse „so gut wie möglich gegen den öffentlichen Diskurs abzuschotten“, war unter dem ersten Bundeskanzler ein Ziel von höchster Priorität, Intransparenz gehörte in der Ära Adenauer „zu den hervorstechendsten Zügen der ‚Aufklärungs‘-Politik“.²⁹² Adenauers Mitarbeiter betrieben daher eine wohlorganisierte Informationspolitik, so etwa über die 1951 durch Otto Lenz gegründete und von Hans Edgar Jahn geleitete „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“ (ADK).²⁹³ Heikle politische Verfahren wie die Wiederbewaffnung oder die Gratwanderung zwischen Westintegration und Wiedervereinigung sollten von solchen informationspolitischen Einrichtungen abgesichert werden. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, über Kanzler- und Bundespressamt bis zum Kabinett, versuchte Adenauer, die Öffentlichkeit politischer Maßnahmen einzuschränken. Nicht einmal die Berichterstattung von Presseorganen, die als bürgerlich und regierungsnah galten, behagte ihm. Es gibt genügend Beispiele für Versuche der Bundesregierung, ihr unangenehme Meinungen zu unterbinden.²⁹⁴ Kritische Worte sind dafür jedenfalls gefunden worden: Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in den 1950er Jahren sei die „Manifestation eines autoritären Bewusstseins“ gewesen und habe demokratischen Tugenden wie „Pluralismus, Deliberation und Transparenz“ keine Existenzberechtigung eingeräumt.²⁹⁵

Hinzu kam ein Defizit an kritischer Berichterstattung seitens der Medien selbst. In den 1950er Jahren habe ein den herrschenden Eliten wohlwollender „Konsensjournalismus“ überwogen, bei dem die „repressive Pressepolitik der Adenauer-Regierungen und der antikommunistische Grundton der Berichterstat-

291 Walter 2007, S. 56.

292 Weiss, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung, in: Bösch, Frank/Frei, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 73-120, hier S. 117.

293 Vgl. zum Folgenden ebd., S. 101-104.

294 Vgl. hierfür Hodenberg, Christina v.: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006, S. 206-214.

295 Weiss 2006, S. 102.

tung“ von den meisten Journalisten in den Printmedien „toleriert oder aktiv unterstützt“ wurden.²⁹⁶ Die für eine demokratische Presse unrühmlichen Attribute Zurückhaltung, Höflichkeit, Gefälligkeit, Staatsnähe, Anpassungsbereitschaft, Harmoniestreben gegenüber und Vereinnahmung von der Regierungspolitik charakterisieren die medienhistorisch als „kurzen Fünfziger“ eingestuft 1950er Jahre,²⁹⁷ in der die Adenauer-Regierung es geschickt verstand, das Bonner Journalistenkorps in eine „enge Umarmung“²⁹⁸ zu zwingen. Außerdem schrieb die Mehrzahl der Redakteure für ein eher intellektuelles Publikum und kam dem Bedürfnis nach gewöhnlicher Information weniger bildungsbesenkter Leser nicht nach.²⁹⁹ Darüber hinaus lebte in den 1950er Jahren noch eine atavistische Form von Journalismus fort, der die Verbreitung von möglichst superb vorgetragenen Meinungen zugunsten intellektueller Profilierung über die schnöde Vermittlung von Informationen stellte. Hans-Ulrich Wehler datiert den Wandel zu einem kritischen Journalismus in den westdeutschen Redaktionsstuben auf die Zeit zwischen 1958 und 1964, nach der Göttinger Erklärung also.³⁰⁰

Aus demokratiemoralischer Sichtweise existierte somit speziell in der Zeit Konrad Adenauers Kanzlerschaft ein besonderer Bedarf an Aufklärung; wurde hier doch den Usancen journalistischer Regierungsergebenheit entsprechend die Diskussion zu Themen wie der Atombewaffnung vermieden und versucht, sie von den Medien fernzuhalten. Offenkundig strebte Adenauer ein besonders hohes Maß an „non-decisions“³⁰¹ an – von hinter verriegelten Türen der Politik abseits der Öffentlichkeit getroffenen Entscheidungen. Auch im konkreten Fall der Atomkernenergie hatte Adenauer aus politischem Kalkül wenige Jahre vor der Göttinger Erklärung auf den späteren Manifestanten Heisenberg eingewirkt, einen vom Nordwestdeutschen Rundfunk geplanten Vortrag über die Atomfrage solange zu unterlassen, wie die Ratifizierung der Pariser Verträge 1955 noch ausstand.³⁰² Auch täuschten Regierungsmitglieder die Öffentlichkeit in einer richtungsweisenden, mitunter schwerwiegenden Angelegenheit. So beteuerten Strauß und Adenauer in den Monaten vor dem Manifest der Achtzehn gegenüber

296 Von Hodenberg 2006, S. 198; vgl. auch Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Bd.: Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München 2008, S. 268 ff.

297 Vgl. v. Hodenberg 2006, S. 183-228, S. 205 sowie S. 443.

298 Ebd., S. 201 f.

299 Vgl. ebd.

300 Vgl. Wehler 2008, S. 270.

301 Waldherr 2008, S. 175.

302 Vgl. hierfür z.B. Hoffmann 2005, S. 196 f.

der Öffentlichkeit, keine Atombewaffnung der Bundeswehr anzustreben – doch die Warnung der Manifestanten basierte nicht auf einer trugschlüssigen Fiktion. In Wirklichkeit befassten sich in der Bundeswehr längst mehrere Experten damit, die Bundesarmee auf den Einsatz von eigenen Nuklearwaffen vorzubereiten.³⁰³ Auch in diesen Punkten vermochte die Göttinger Erklärung bereits mit wenigen Informationen zu einem von der Regierung unzureichend kommunizierten, von den Medien aber ebenfalls vernachlässigten Thema Abhilfe zu schaffen, die Einseitigkeit einer der Regierung zuneigenden politischen Presse zu kompensieren.

Doch inwiefern leisteten die achtzehn Nuklearforscher mit ihrem Hinweis auf die Gefahr von Atomwaffen eigentlich einen außerordentlichen Beitrag – ist doch anzunehmen, dass das um die Welt gegangene Bild von der über Hiroshima detonierenden Atombombe den Zeitgenossen durchaus geläufig war und einen bleibenden Eindruck hinterlassen hatte? Gerade aber weil seinerzeit von einer großen Bekanntheit dieser Fotografien auszugehen war, illustrierten die Manifestanten die Zerstörungskraft „taktischer“ Nuklearwaffen anhand besagter Hiroshima-Impression. Der Wert geleisteter Aufklärung war nicht gering; schließlich war die Militärentwicklung seit 1945 zügig vorangeschritten, besaßen die atomaren Höllenmaschinen ein Vielfaches der Sprengwirkung der über Japan abgeworfenen Bomben. Leicht konnte daher der Eindruck entstehen, taktische Atomwaffen seien weit weniger vernichtungswütig als strategische. Doch reichte deren Ausmaß an Verheerungspotenzial bereits weit über jenes der Prototypen aus dem Jahr 1945 hinaus. Die Rede von „kleineren“ Atomgranaten ließ schnell die eigentliche Bestimmung von Kernwaffen aus dem Blick geraten, nämlich einen erheblich weiträumigeren Explosionsradius als konventionelle Sprengkörper zu erzielen. Jenseits der traditionellen Stätten politischer Willensbildung, zu denen Parteien, Parlamente, Regierungen und Verbände zählen, steuerte die Göttinger Manifestation vor diesem Hintergrund der Aufklärung etwas zum Verlauf plebiszitärer Willensbildung der Bevölkerung bei. Dies, indem sie Themen und Zusammenhänge aufgriff, die dort nicht diskutiert, zum Teil bewusst ignoriert, wenn nicht gar verschleiert worden waren, und sie in eine konzise Argumentation einband.

Und nicht nur um diesen Aspekt, der Befähigung einer demokratischen Öffentlichkeit zu kritischem Urteil durch Aufklärung, machte sich die Göttinger Erklärung verdient. Der Text der Manifestation appellierte zwar in erster Linie

303 Vgl. Bald 1994, S. 41-66. Adenauer habe versucht, die Atomwaffenpolitik vor der Öffentlichkeit „zu bagatellisieren, um die Spuren der Entscheidungsfindung zu verwischen“; ebd., S. 78.

an die politische Exekutive, sich einer fortschreitenden Proliferation, der Weitergabe nuklearer Waffen, entgegenzustellen. In zweiter Linie lud er aber den einzelnen Staatsbürger dazu ein, über die Problematik einer auf Atomwaffen gestützten Verteidigungspolitik nachzudenken. Es handelte sich somit um eine direkte Ansprache des politisch mündigen Bürgers, der sich in die Debatte einbezogen und zur Teilnahme aufgerufen fühlen durfte. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies interessant, leistete das Manifest, gestützt auf seine spektakuläre Verarbeitung durch die Massenmedien, einen – wenn auch vielleicht nur bescheidenen – Beitrag wider die Abkopplung des Bürgers vom politischen Prozess, stiftete es demokratische Inklusion.

Aber weswegen lässt sich eigentlich davon sprechen, dass sich die Göttinger Erklärung durch die Herstellung kritischer Öffentlichkeit um die Gesellschaft verdient gemacht habe? Dazu gilt es zunächst, sich näher auf das Konstrukt „Öffentlichkeit“ selbst einzulassen. „Öffentlichkeit“ ist ein selbstverständlicher Begriff, doch vielleicht gerade deshalb sollte man sich über seine nähere Bedeutung Klarheit verschaffen. Ein wesentliches Kennzeichen von Öffentlichkeit ist der offen ausgetragene Wettkampf von Akteuren innerhalb eines Diskurses, bei dem es um die Durchsetzung von Interessen und Macht geht.³⁰⁴ Öffentlichkeit wird in der Forschung „als Arena konzipiert, in der verschiedene Akteure mit ihren Problemdefinitionen um Aufmerksamkeit konkurrieren“³⁰⁵. Erst die Öffentlichkeit gestattet, dass Sprecher unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche – Wissenschaftler, Politiker, Militärs etc. – zu Wort kommen, und liefert somit das Fundament für eine fruchtbare Kontroverse.³⁰⁶

Für eine Demokratie allerdings ist Meinungsvielfalt eine ungemein bedeutungsvolle Sache, gestattet sie immerhin die Abwägung politischer Entscheidungen, die wiederum für den Wahlakt ausschlaggebend ist. In einem politischen System, das den Bürger zum Souverän erhebt, ist der freie Austausch von Auffassungen, der Widerstreit unterschiedlicher Alternativen, unbestritten elementar. Über die Messbarkeit der Qualität eines demokratischen Systems wird zwar noch immer eifrig diskutiert – sie erscheint sehr schwierig, ermangelt es doch einer Klarheit über die anzulegenden Maßstäbe.³⁰⁷ Es lässt sich jedoch sagen,

304 Vgl. Waldherr 2008, S. 174.

305 Vgl. ebd., S. 173.

306 Vgl. ebd., S. 187 f.

307 Vgl. dazu Kaina, Viktoria: Die Messbarkeit von Demokratiequalität als ungelöstes Theorieproblem. Zum PVS-Forums-Beitrag von Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weßels, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008) H. 3, S. 518-524.

dass die Güte, d.h. die positive respektive negative Ausprägung einer für die Demokratie wichtigen Dimension, für die Beurteilung von Demokratiequalität ein gutes Maß sein kann – wie z.B. die Befähigung zur demokratiemündigen Ausübung des Wahlrechts auf Basis eines umfangreichen Kenntnisstands hinsichtlich des Regierungshandelns. Wenn man so will, trug das politische Manifest der Göttinger Achtzehn mit seinem Hinweis auf die Absicht der Regierung und die damit verbundenen Risiken hierzu bei.

Durch die Unterrichtung über gouvernementale Entscheidungsprozesse und die Darbringung ansonsten unzugänglicher Informationen, durch Enthüllung und Aufklärung mithin, ertüchtigen Medien die Volkssouveränität – Journalisten, Redakteure und Reporter sind in dieser Hinsicht fleißige Lieferanten grundlegender Auskünfte, die für die politische Meinungs- und demokratische Willensbildung ausschlaggebend sein können. Politische Manifeste können sie darin unterstützen, wie das Beispiel der Göttinger Erklärung gezeigt hat. Zwischen politischen Manifesten und Medien kann sich eine positive Reziprozität ereignen, ein Wechselspiel aus Sensation und Publizität, von dem die Bürger in Form von Informationen profitieren. Geheimhaltungskartelle der Politik – etwa zwischen der Regierung und Fraktion oder den Parteien – können auf diese Weise aufgebrochen werden. In demokratietheoretischer Hinsicht erscheint dies bedeutsam, muss sich doch die Politik jederzeit der Legitimation durch die Bürger unterwerfen. Ihr Handeln bedarf aus diesem Grund „öffentlicher Darstellung, Begründung und Rechtfertigung“.³⁰⁸ Wie aber soll sie diese durch Kommunikation ermöglichte Legitimation jemals erhalten können, wenn der einzelne Staatsbürger über mancherlei Brisanz politischen Handelns gar nicht hinreichend kritisch informiert wird?

Das Handeln politischer Eliten nicht als sakrosankt zu betrachten, dies wird für eine gedeihliche Verfassung der Demokratie zweifelsohne als wichtig empfunden. Dass der *Spiegel* sich 1962 im Konflikt mit dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß gegen staatliche Repressionsversuche in Form einer Zensur gewehrt und behauptet hatte, aus der „Spiegel-Affäre“ als Sieger hervorgegangen war, wurde oft als Ausdruck einer zu Selbstbewusstsein gelangten Öffentlichkeit, als wichtige Etappe innerer Demokratisierung gewertet.³⁰⁹ Das Manifest der achtzehn Atomwissenschaftler brachte – in ähnlicher Weise und in einem weiteren Sinne – einen brisanten politischen Sachverhalt in die öffentliche Dis-

308 Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politische Kultur. 10 Thesen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 5/1996, S. 265-280, hier S. 268.

309 Vgl. Bösch, Frank/Frei, Norbert: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: dies. (Hg.) 2006, S. 7-23, hier S. 15.

kussion. Was dies betrifft, so besitzen Manifeste das Potenzial, sich an der Verfasstheit demokratischer Öffentlichkeit zu beteiligen. Schließlich beinhaltet der aufgeklärte Öffentlichkeitsbegriff auch ein „normatives Element: Die aufklärerische Rede von Öffentlichkeit meint immer auch, die Dinge des Staates sollen offen, d.h. einer Allgemeinheit zugänglich sein, sie *sollen* [Herv. i. O.] an das Raisonement der Bürger, an deren Meinungen gebunden werden.“³¹⁰ Der Öffentlichkeit wird somit eine elementare Bedeutung für das Funktionieren einer Demokratie beigemessen. Kritische Öffentlichkeit verheißt – zumindest in Grenzen – die Chance, „politischen Machtgebrauch transparenter zu machen, demonstrative Publizität zu entzaubern, Politik und Konzepte jenseits etablierter Machtentfaltung und -konkurrenz in die Diskussion offener Zukunftsfragen einzutragen“³¹¹. Zwar sei der Wahlakt ein nicht-öffentlicher, geheimer Vorgang, doch müsse sich der Wähler zur Herausbildung seiner Präferenzen für den Urnengang angemessen informieren können.³¹² Dies ist, zusammengefasst, die Anwendung von Öffentlichkeit, einer offen zugänglichen Arena: Wenn darin transportierte Informationen in Entscheidungen umgemünzt werden, in Handlungen wie der Stimmabgabe in der Wahlkabine resultieren.³¹³

Die Göttinger Erklärung, dies lässt sich resümieren, half also einem wichtigen Gesellschaftsakteur bei dessen Rollenausübung: den Medien. Denn Medien legitimieren sich auch darüber, politische Entscheidungsträger und Bürger über existierende Technologieunsicherheiten zu informieren und auf diese Weise das „Risikoverständnis“ einer Gesellschaft zu verbessern.³¹⁴ Dieses Beispiel zeigt – wenn auch flüchtig – die Möglichkeit eines für die Gesellschaft nützlichen Zusammenspiels von politischem Manifest und den Medien. Letztere erhielten überdies die Möglichkeit, ihr vorheriges Versagen, das Thema der Atombewaff-

310 Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze, in: Müller-Doohm, Stefan/Neuman-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit. Kultur. Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31-89, hier S. 32.

311 Ebbighausen, Rolf: Inszenierte Öffentlichkeit und politischer Skandal. Arkanpolitik und ihre Grenzen unter den Bedingungen von bürgerlichem Verfassungsstaat und Parteiendemokratie, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 231-239, hier S. 238.

312 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 39.

313 Vgl. ebd., S. 43.

314 Vgl. Ruhrmann, Georg: Risikokommunikation und die Unsicherheiten der Gentechnologie. Entwicklung, Struktur und Folgeprobleme, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991, S. 131-164, hier S. 146 f.

nung nicht mit der gebotenen Kritik aufgegriffen zu haben, durch den ausgiebigen Rekurs auf den öffentlichen Beitrag der Kernphysiker wieder wettzumachen.

Die Göttinger Erklärung zeigt, dass die demokratische Politikkultur von der schöpferischen Kraft der Manifestanten – ohne dass diese in irgendeiner Weise demokratisch legitimiert wären – profitieren kann. Allerdings geschah dies nicht ohne Nachteil für das Image der politischen Elite. Denn im selben Zug stellten die Manifestanten mit ihrer außerpolitischen Kompetenz die eigentlich zuständigen Institutionen fachlich bloß, ließen diese mit ihrem außerparlamentarischen Vorgehen Gefahr laufen, an Ansehen, Autorität und letztlich Legitimität einzubüßen. Die achtzehn Atomphysiker, die sich gewissermaßen aus ihren Gelehrtenstuben an die große weite Öffentlichkeit hervorgewagt hatten, stiegen zu Identifikationsfiguren linkspolitischer Intelligenz und zu Ikonen der Friedensbewegung empor.³¹⁵ Nicht in dem drögen Erich Ollenhauer, der mit seinem rechtschaffenen Gemüt zu einer kühnen Attacke auf den Regierungschef gänzlich unfähig war, sondern in den politischen Debütanten Hahn, Heisenberg und Born ließen sich 1957 konfliktbereite Gegenautoritäten erblicken. Dass die Achtzehn privat vermutlich überwiegend unionsnahe Politikauffassungen vertraten, störte dabei nicht. Obwohl die SPD die Göttinger Manifestation politisch aufzugreifen versuchte, war sie durch diese doch im Grunde blamiert worden. Denn durch das Auftreten und den Erfolg der Göttinger Achtzehn kam das Versagen der parlamentarischen Opposition, im Wesentlichen der SPD-Fraktion, erst Recht zum Vorschein. Dies trug kuriose Züge: Nichtpolitiker nahmen plötzlich genuine Aufgaben einer parlamentarischen Opposition wahr – Kritik an und Kontrolle der Exekutive –, elementare Bevölkerungsinteressen wurden in diesem Fall zivilgesellschaftlich repräsentiert.

Ferner erfüllten die achtzehn Professoren eine gesellschaftliche Funktion von Expertenwissen,³¹⁶ indem es ihnen gelang, ihre Diagnose der Öffentlichkeit zu vermitteln. Daneben belebten sie den gesellschaftlichen Diskurs über die Folgen von Nuklearwaffentechnologie, hinterfragten die vermeintliche Selbstverständlichkeit und Alternativlosigkeit einer bestimmten politischen Entscheidung, wie sie die Regierung den Bürgern einzureden suchte. „Diskursen zur Technikfolgen-Abschätzung liegt die Erkenntnis zugrunde, dass eine umfassende Bewertung und Abschätzung moderner Technologie ohne die Einbeziehung möglichst

315 Vgl. Radkau 2006, S. 54.

316 Vgl. dazu Schmidt-Tiedemann, K. Joachim: Experten und Bürger – Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Kerner, Max (Hg.): *Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt*, Aachen u.a. 1996, S. 27-43, hier S. 31 f.

aller relevanten gesellschaftlichen Interessen und Positionen, Sichtweisen und Wertvorstellungen unvollständig bleibt.³¹⁷ Dieser Aussage zufolge vergrößerte das politische Manifest aus Göttingen die soziale Spannweite der öffentlichen Diskutanten. Nicht mehr nur Politiker und vereinzelte Medienstimmen, sondern ausgewiesene Experten gehörten nunmehr zum Diskussionskreis. Zur Demokratietüchtigkeit beizutragen, gehört jedoch zu den edelsten Aufgaben von Experten. Denn urteilsfähige Staatsbürger bedürfen eines bestimmten Fachwissens: Besonders Demokratien seien „auf die vorstrukturierenden Entscheidungshilfen von Experten angewiesen, heute angesichts der irreversiblen Großtechnologien mehr denn je“³¹⁸. Schon Theodor Geiger wies der Wissenschaft einen konstruktiven Auftrag zu, nämlich „Ratgeberin und Wegweiserin der Staatsmacht“³¹⁹ zu sein.

Doch bewirkte das Göttinger Manifest nicht nur *Aufklärung*, sondern auch *Erklärung*. Technisch hochkomplexe Vorgänge werden für gewöhnlich während ihres Auftretens im Alltag von Nicht-Experten in vereinfachter – also banalisierter – Form wahrgenommen. Der Techniknutzer wird dadurch entlastet, kommt im Hinblick auf die Technologie auch ohne einen lückenlosen Kenntnisstand aus. Dieser „Banalisation ist es zu verdanken, dass sich technische Substanzen, Geräte und Systeme in großer Zahl als leicht beherrschbare, selbstverständliche und nützliche Gegenstände fast reflexionsfrei in unsere Lebenswelt einfügen konnten“³²⁰. Daraus erwächst jedoch ein Problem: Über diese Vereinfachung verlassen die Risiken und Nebenkosten das menschliche Bewusstsein. Damit die Menschheit nicht den Erfolgen ihres technischen Fortschritts zum Opfer fällt, müssen „Entbanalisierungsprozesse eingeleitet werden, durch die gewisse Wechselwirkungen, die funktional meist unerheblich, ökologisch aber relevant sind, wieder in das Bewusstsein des Nutzers zurückkehren und entsprechende gegen-

317 Schwerpunkt „Diskurse“ – Technik ins Gerede bringen, in: TAB-Brief Nr. 11 (Oktober 1996), in: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief11.htm#Projekte> [eingesehen am 26.09.2008].

318 Beiner, Marcus: Bürger und Fachleute an einem Tisch – Zum Verhältnis von Demokratietheorie und Expertentum, in: Kerner, Max (Hg.): *Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt*, Aachen u.a. 1996, S. 113-130, hier S. 114.

319 Geiger, Theodor: *Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft* (im Original von 1949), in: Pöttker, Horst: *Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Klassiker der Sozialwissenschaft über Journalismus und Medien*, Konstanz 2001, S. 416-472, hier S. 443.

320 Schmidt-Tiedemann 1996, S. 35.

steuernde Handlungen veranlassen“³²¹. In gewisser Weise lässt sich in der Göttinger Erklärung ein Ansatz zu solch einer „Entbanalisierung“ erkennen. Im Gegensatz zu Hearings, Kommissionen oder Symposien, von denen oftmals nur eine geringe Wirkung auf die Gesellschaft ausgeht,³²² war die Göttinger Erklärung in ihrem Effekt und Radius groß, konnte ihre Botschaft sogar – wenn auch nur punktuell im Rahmen einer, allerdings von den Medien aufmerksam verfolgten Sitzung mit dem Bundeskanzler – in den politischen Entscheidungsprozess einspeisen – wenigstens: in Form eines Krisenmanagements eine Elitenreaktion erwirken. Das Manifest der Achtzehn vollzog sich im Raum der Öffentlichkeit, welche die „Ausbreitung sozialer Ideenströme über geschlossene Kreise geistiger Berufsarbeit hinaus“³²³ ermöglichte. Über das politische Manifest konnten deshalb Informationen und Standpunkte wissenschaftlicher Zirkel dem akademischen Dunstkreis enteilen und einer breiten Masse zugänglich werden.

Aufklärung und Erklärung – der Wert dieser Leistungen des Manifests verdeutlicht sich im Hinblick auf das NATO-Manöver „Lion noir“, das zufälligerweise kurz vor der Göttinger Erklärung als Planspiel in den Hauptquartieren des Westbündnisses einen Überfall der Roten Armee auf die Bundesrepublik simulierte. Darin zeigte sich der ebenso unbeschwerte wie verantwortungslose Umgang mit dem atomaren Waffenarsenal, aus dem sich auch ein Bundeswehrkommandant unnötigerweise bediente: Ein kommandierender General vernichtete Sowjettruppen mit taktischen Atombomben, obwohl diese bereits eingekesselt waren und der Kampfauftrag erfüllt worden war.³²⁴ Wie dabei überhaupt große Teile der Bundesrepublik atomar verwüstet worden wären. Die Warnung der Manifestanten erhielt damit einerseits einen konkreten Bezug, andererseits einen Beleg ihrer Nähe zur Realität. Das NATO-Manöver und die darin zum Vorschein gekommene Bereitschaft der Militärs, ohne Weiteres Atomwaffen einzusetzen, untermauerte die Argumentation des Manifests, bewies deren Aktualität und Berechtigung.

Und noch etwas ist interessant: Thematisch setzte sich die Göttinger Erklärung mit der Bewaffnung der Bundeswehr mit Nuklearsprengköpfen auseinander. Diesen lag allerdings eine Technologie zugrunde, die ertümlich von Wissenschaftlern greif- und nutzbar gemacht worden war. Somit befasste sich das Manifest, geografisch an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft

321 Ebd., S. 36.

322 Vgl. ebd., S. 38.

323 Geiger 2001, S. 117.

324 Vgl. o.V.: Atomeinsatz, in: Der Spiegel, 24.04.1957; o.V.: Cäsar und Schwarzer Löwe, in: Der Spiegel, 27.03.1957.

operierend, mit den wissenschaftsexternen Konsequenzen von wissenschaftsinternen Arbeitsprozessen. In der Gegenwart findet sich dieser Zusammenhang in einigen Staaten unter dem Schlagwort „Technikfolgenabschätzung“ – zum Teil sogar in institutionalisierter Form – wieder. So wurde in Deutschland 1990 ein „Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag“ (TAB) eingerichtet, das „Beiträge zur Verbesserung der Informationsgrundlagen insbesondere forschungs- und technologiebezogener parlamentarischer Beratungsprozesse“³²⁵ leisten soll. Betrieben wird es von dem „Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse“ (ITAS). Dieses wiederum beschäftigt sich eingehend mit dem „Wissen über die Folgen menschlichen Handelns und ihre Bewertung in Bezug auf die Entwicklung und den Einsatz von neuen Technologien“³²⁶ und nennt als eine zentrale Aufgabe, für „Akteure im Innovationssystem, insbesondere für politische Entscheidungsträger und das Wissenschaftsmanagement, beraterrelevantes Wissen zu generieren und zu vermitteln“³²⁷. Ziel ist es, zu „einer wissenschaftlich informierten und normativ reflektierten Gestaltung von Zukunftstechnologien und ihres gesellschaftlichen Umfeldes“³²⁸ beizutragen, um letztlich den technischen Fortschritt zum Wohle der Gesellschaft zu vollziehen. Das TAB seinerseits entstand aus dem Bedürfnis nach exklusiven, unbestechlichen Beratungskapazitäten für die Legislative. Als Gegengewicht zu den stetig gewachsenen Informationsabteilungen der Bundesministerien verlangten die Parlamentarier nach „Problem- und Orientierungswissen, um verlorengegangenes Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen und in den gesellschaftlichen Debatten um Technik und Technikfolgen eine bessere Rolle als bislang spielen zu können“³²⁹. Die Volksvertreter sollten für eine gewichtige Mandatsausübung in ihrer Urteilstkraft gestärkt und auch fachlich zur Ausübung parlamentarischer Kontrolle befähigt werden.³³⁰

Unabhängig von den ihr zugrunde liegenden Motiven spiegeln sich die Ideen und Ziele von ITAS und TAB – wie der Technikfolgenabschätzung im Allge-

325 Siehe http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/itas_profil.htm [eingesehen am 26.09.2008].

326 Siehe ebd.

327 Siehe <http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/nit.htm> [eingesehen am 26.09.2008].

328 Siehe http://www.itas.fzk.de/deu/itas-profil/itas_profil.htm [eingesehen am 26.09.2008].

329 Petermann, Thomas: Technikfolgen-Abschätzung im Deutschen Bundestag – ein Institutionalisierungsprozess, in: ders. (Hg.): Frankfurt am Main/New York 1992, S. 209-224, hier S. 210 f.

330 Vgl. ebd., S. 211.

meinen – in der Göttinger Erklärung wider. Sie war ein Akt der Risikokommunikation. Deren normative Gebotenheit ergibt sich aus den sozialen Fähnissen der Atomwaffentechnologie, denen sich die Bürger – durch politische Entscheidungsträger – unfreiwillig ausgesetzt sehen. Und vor allem besaß sie den selbst-erklärten Anspruch, die Politik über Risiken von Entscheidungsalternativen zu unterrichten. Risikoprävention und Wahrung der Unversehrtheit der schutzbe-fohlenen Bürger zählen freilich zu den elementaren Aufgaben und Interessen des Staats bzw. seiner politischen Führung. Jedenfalls lassen sich Appelle verneh-men, die eine gesteigerte Verantwortung des Staats im Umgang der Gesellschaft mit riskanten Technologien fordern.³³¹ Das Göttinger Manifest kündete also mehrere Jahrzehnte vor der Einrichtung des TABs von dem Bedarf einer solchen Institution. Zugleich übernahm es, für den Moment, eine aus heutiger Sicht für wichtig befundene Aufgabe: Es sensibilisierte die Politik für die Risiken der Atompolitik.

In diesem Kontext fällt auf, dass die Göttinger Erklärung mit ihrer Warnung vor einer lauffeuerigen Verbreitung von Atomwaffenarsenalen in den unter-schiedlichsten Ländern ein diplomatisches Konstrukt vordachte, das selbst noch in der Gegenwart als „eine der erstaunlichsten internationalen Institutionen-bildungen“³³² gerühmt wird: das Nichtverbreitungsregime von Kernwaffen. Der Atomwaffensperrvertrag – der vernunftgeleitete Geist der Anti-Proliferation – war in ihr gedanklich bereits enthalten. Aus heutiger Perspektive präsentiert sie sich dadurch als ungemein fortschrittlich, zukunfts zugewandt und realitäts ange-messen. Inhaltlich versuchte die Göttinger Erklärung, plausible Gründe anzufüh-ren, weshalb zu den bereits existierenden keine weiteren Atomwaffenstaaten hinzukommen dürften. Diese Forderung reifte bis zum Ende der 1960er Jahre schließlich zu einer internationalen Norm, wurde „der Nuklearverzicht zu einem besonderen Instrument internationaler Wohlanständigkeit“³³³. Die Grundgedan-ken der Göttinger Erklärung – der Verzicht auf nukleare Rüstung sowie im Ge-genzug die Förderung von friedlicher Kernenergienutzung – kodifizierte 1968 der Atomwaffensperrvertrag.

331 Vgl. Petermann, Thomas: Technikkontroversen und Risikokommunikation, in: TAB-Briefe Nr. 20, (Juni 2001), in: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief20.pdf> [ein-gesehen am 14.08.2008], S. 7.

332 Müller 2008, S. 426.

333 Ebd., S. 427.

2.8 WIRKUNGSBEDINGUNGEN DES MANIFESTS

Viel ist nun über den „Erfolg“ des Manifests, seine demokratieförderlichen Verdienste und zivilgesellschaftlichen Leistungen, gesagt worden. Welche Faktoren bedingten aber diese enorme Durchschlagskraft des Manifests, was verlieh ihm seine Kraft, Attraktion, Unbestechlichkeit? Die folgenden Abschnitte versuchen, zur Klärung dieser Frage beizutragen, indem sie eine Reihe von plausiblen Wirkungsbedingungen wie u.a. die Manifestantenschaft, die Mediensystematik oder auch die gewählte Taktik politischen Manifestierens in das analytische Blickfeld rücken.

2.8.1 Die besonderen Ressourcen der Manifestanten

Um Erfolgsbedingungen des Manifests zu lokalisieren, ist es naheliegend, zuerst seiner Urheber und namentlichen Träger in Augenschein zu nehmen. Die Manifestantenschaft der Göttinger Erklärung bot für die politische Manifestation schier ideale Voraussetzungen. Bei den Göttinger Achtzehn handelte es sich ausnahmslos um habilitierte Akademiker – und der Professorenstatus galt zu damaligen Zeiten noch sehr viel;³³⁴ infolgedessen erfreuten sich die Unterzeichner als Eliten ihrer Profession mitunter einer soziodemografisch universellen Achtung, Ansehen in sämtlichen Bevölkerungsschichten. Zumal: Die Achtzehn waren in Fachkreisen größtenteils als vorzügliche Wissenschaftler bekannt, die mit hervorragenden, zum Teil außergewöhnlichen Forschungsleistungen im Verlauf ihrer Karrieren internationale Anerkennung en masse gesammelt hatten. Kaum jemand hätte es wohl gewagt, ihre Expertise anzuzweifeln. Als ausgewiesene Fachmänner der Materie, auf die ihre Erklärung Bezug nahm, waren sie überdies Garanten für die wissenschaftliche Seriosität ihrer Aussagen, die dadurch keiner kernphysikalischen Erläuterung und Beweisführung mehr bedurften. Denn Experten zeichnen sich durch ein langjährig erworbenes Spezialwissen aus, das sich in der Vergangenheit an der Bewältigung komplizierter Probleme mehrfach bewährt hat.³³⁵ Sie sind Angehörige einer respektierten Fachgemeinschaft, deren soziale Exklusivität sie gegenüber Außenstehenden schier unangreifbar macht. Es handelt sich dabei um eine „moderne Version von Unfehlbar-

334 Vgl. z.B. o.V.: Diese Herren, in: Der Spiegel, 19.02.1968.

335 Zum Folgenden vgl. Paris, Rainer: Eine Gretchenfrage. Sachverständigkeit als Problem, in: Althaus, Gabriele/Berking, Helmut/Evers, Ursula/Thiessen, Rudi (Hg.): *Avanti Dilettanti. Über die Kunst, Experten zu widersprechen*. Urs Jaeggi zum 60. Geburtstag, Berlin 1992, S. 183-193, hier S. 185 f.

keit. Wer kein Fachmann ist, versteht auch nichts von der Sache und hat sich gefälligst zu fügen.“³³⁶ Scheinbar beiläufig gegebene Hinweise technischer Art sowie differenzierte Beurteilungen einer Sache suggerieren ein Wissensgefälle zwischen dem Experten und seinem Meinungs widersacher. Der Experte versucht den Eindruck zu erwecken, sich bei Bedarf jederzeit legitimieren zu können, es lediglich gerade nicht nötig zu haben. Empirische Untersuchungen aus dem medienwissenschaftlichen Bereich weisen eine Einflussnahme von Expertentum durch Kompetenz nach.³³⁷ Den Kommunikatoren unterstelltes Expertenwissen verstärkt die Meinungsgefolgschaft der Rezipienten.

Unter den achtzehn Manifestanten befanden sich zudem gleich vier Nobelpreisträger. Max Born bspw. bemerkte, dass ihn allein das extraordinary Prestige dieser wissenschaftlichen Trophäe mit einer gesellschaftlich vernehmbaren Stimme von großem Gewicht bewehrte.³³⁸ Wenn auch die übrigen Gruppenangehörigen in diesem Punkt nicht mithalten konnten, befanden sich doch viele von ihnen in führenden Positionen der beiden großen Wissenschaftsorganisationen „Max-Planck-Gesellschaft“ (MPG) und „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG) – Hahn war sogar Präsident ersterer, Gerlach Vizepräsident letzterer. Seriosität und Renommee dieser Großassoziationen übertrugen sich auf das Manifest. Der gesellschaftliche Status und ihre hinsichtlich Habitus und sozialstruktureller Merkmale erkennbare Bürgerlichkeit verliehen den Aussagen der Manifestanten zusätzlichen Bedeutungsgehalt, attackierten sie doch eine Regierung bürgerlicher Parteien, ohne dabei kommunistischer Attitüden verdächtig zu sein. Dass sie gewissermaßen politisch gegen ihre genuine politische Repräsentanz vorgingen, setzte sie nicht den stereotypen Bedenken aus, Agenten einer bestimmten politischen Richtung oder Organisation, „übliche Verdächtige“ zu sein.

Des Weiteren genossen einige der Achtzehn wie Heisenberg, Hahn und Born – die zwei zuletzt Genannten vor allem aufgrund der ihnen nach 1945 verliehenen Nobelpreise –, bereits öffentliche Bekanntheit, weshalb sie sich als promi-

336 Ebd., S. 185.

337 Vgl. Peters, Birgit: *Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung*, Opladen 1996, S. 181 ff.

338 Vgl. Schirmacher, Arne: *Wiederaufbau ohne Wiederkehr. Die Physik in Deutschland nach 1945 und die historiographisch Problematisierung des Remigrationskonzepts*, Arbeitspapier des Münchner Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte 2005, S. 11 f.; ders. 2007, S. 16 f.; Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

nent einstufen lassen.³³⁹ Überdies hatten sie sich nach damaligem Kenntnisstand, zumindest was die Entwicklung nuklearer Waffen anbelangte, in der Vergangenheit biografisch nicht diskreditiert und keine moralische Schuld auf sich geladen. Die deutschen Atomphysiker konnten im Jahr 1957 moralisch von einer sicheren Warte aus warnen und mahnen, denn sie hatten sich durch ihre Beschränkung auf die Reaktorforschung vorgeblich nicht mit dem Odium der Atomwaffenentwicklung moralisch befleckt – ganz im Unterschied zu ihren in den USA tätigen Kollegen, die ja offenkundig militärisch geforscht und in einem unheilvollen Kraftakt die todbringenden „Höllenaschinen“ für die Zerstörung japanischer Großstädte konstruiert hatten. Jedenfalls wurden die deutschen Kernphysiker nach dem Krieg nicht müde, dies in der Öffentlichkeit via zahlreiche Proklamationen, Interviews und Aufsätze regelmäßig und in möglichst großer Öffentlichkeit zu beteuern. Dieser Vorteil war ihnen gleichwohl mehr oder minder zufällig zuteil geworden,³⁴⁰ da man im Deutschen Reich nach 1939 prinzipiell nicht über die notwendigen Ressourcen und Kapazitäten verfügt, es also für eine mit den USA vergleichbare Forschungsanstrengung von technischer Seite erhebliche Begrenzungen gegeben hatte.

Ausschlaggebend waren nicht die einzelnen Merkmale der Manifestantenschaft für sich, sondern deren Kombination. Den Sozialdemokraten erging es in dieser Hinsicht anders, sie waren einerseits leicht in eine ideologische Nähe zum Ostblock zu rücken und andererseits ließ sich ihnen als Teilnehmer des Parteienwettbewerbs eine bloß machtorientierte Absicht unterstellen. Als die SPD-Fraktion im Bundestag nur wenige Wochen vor der Göttinger Erklärung den Bundeskanzler für seine militärische Atompolitik kritisierte, warf ihr die öffentliche Meinung allenfalls wahltaktische Motive vor, statt darin ein ernsthaftes Anliegen zu sehen – öffentlich fand die Attacke zudem kaum Widerhall.³⁴¹ Noch deutlicher wird dies am Beispiel Herbert Wehners, der nur wenige Wochen vor den Göttinger Achtzehn in einem *Vorwärts*-Artikel wesentliche Punkte des Manifests vorweggenommen hatte: z.B., dass unter den Attributen „klein“ oder „taktisch“ firmierende Atomwaffen eine größere Zerstörungskraft als die Hiroshima-Bombe besaßen und solche Bezeichnungen lediglich die Vervielfachung der möglichen Sprengwirkung kaschieren sollten.³⁴² Dass akademisch zertifizierter Expertenstatus alleine auch nicht genügte, zeigt das Beispiel des Professors

339 Zum Prominenz-Begriff vgl. allgemein Wenzel, Harald: Obertanen. Zur soziologischen Bedeutung von Prominenz, in: *Leviathan*, Jg. 28 (2000) H. 4, S. 452-476.

340 Vgl. Kap. 2.6.2 dieser Arbeit.

341 Vgl. Rupp 1980, S. 103.

342 Vgl. Wehner, Herbert: Entscheidung über Leben und Tod, in: *Vorwärts*, 29.03.1957.

für theoretische Physik Karl Bechert, der schon vor der Göttinger Erklärung auf Adenauers Taktik eines Bagatellisierens von katastrophalen Gefahren aufmerksam gemacht hatte,³⁴³ aufgrund seines sozialdemokratischen Parteibuchs aber selbstredend schnell für unglaublich erklärt werden können. Die Glaubwürdigkeit der nicht im politischen Wettbewerb stehenden Wissenschaftler überragte aus den genannten Gründen die der parlamentarischen Opposition. Die Göttinger Erklärung bestätigte, was Theodor Geiger schon 1949 ventiliert hatte, nämlich dass Kritik aus Wissenschaftlerkreisen besonderes Gewicht besitzt, da sie von einer „apolitischen Instanz ausgeht und deshalb nicht damit abgetan werden kann, sie entspringe ja doch nur dem Machtbegehren“.³⁴⁴

Dieser Befund wird im Übrigen durch medientheoretische Erkenntnisse gestützt. Eine Mobilisierung der Öffentlichkeit erreichen besonders solche Personen, die sich selbst als vertrauenswürdig darzustellen wissen – nicht zuletzt im Kontrast zu Berufspolitikern, denen häufig das Stigma unzureichender Fachkenntnis und übertriebener Selbstbereicherung anhaftet: „Können sie plausibel machen, dass sie recht haben und dass sie selbst nicht im partikularen Eigeninteresse handeln – z.B. um sich selbst zu bereichern, Reputation oder Macht zu erlangen –, sondern kollektive, die Allgemeinheit betreffende Ziele verfechten, wird sich die öffentliche Resonanz erhöhen.“³⁴⁵ Hinzu kommt, dass speziell Wissenschaftler imstande sind, ihren Aussagen eine „moralische bzw. wissenschaftliche Dignität“ und der Aktion von ihrer Ausstrahlung eine „Illuminierung“ zu verleihen, weil man ihnen zutraut, Sinnfragen in einem allgemeinen Interesse zu stellen und zu beantworten.³⁴⁶

All dies – die Zugehörigkeit zum Bürgertum, die ehrfurchtgebietenden Insignien von Nobelpreisen wie Akademikertiteln und das hohe Ansehen in der Öffentlichkeit – imprägnierte die Achtzehn und ihr Manifest auch gegenüber Diskreditierungsversuchen, wie sie seinerzeit für Adenauer im politischen Wettbewerb eine typische Konfliktmethode darstellten. Der Regierungs- und Parteichef konnte nämlich gleichermaßen gerissen und skrupellos sein, war jederzeit in der Lage und bereit, seine politischen Gegner bedenkenlos, ja sogar entgegen der Faktenlage zu diffamieren und sie eines zeitgenössisch dubiosen Hintergrunds zu bezichtigen. Man konnte diese Adenauer'sche Taktik in den 1950er Jahren ganz oft beobachten. Ein beliebter Zug des Kanzlers war es, seine Gegner in einen Zusammenhang mit dem sowjetischen Kommunismus des Ostens zu rücken.

343 Vgl. o.V.: Hier gibt es kein Ausweichen!, in: Vorwärts, 05.04.1957.

344 Geiger 2001, S. 464.

345 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 75.

346 Ebd.

Verlässlich geschah dies in Wahlkampfzeiten. Da wurden frei heraus SPD-Funktionäre als von ostzonalen Geldern korrumpierte Moskau-Agenten verunglimpft („Schroth-Scharley-Affäre“)³⁴⁷ oder allgemein brisante Stellen in den Biografien führender Parteipersonlichkeiten wie Herbert Wehner oder Willy Brandt öffentlich lanciert, um anschließend mit schriller Empörung darüber herzufallen.³⁴⁸ Die Klaviatur der Verleumdung ließ sich mit den Göttinger Atomwissenschaftlern allerdings nicht bespielen. Im Gegensatz bspw. zu der „Ohne-uns-Bewegung“, einer von vielen Gesellschaftsschichten getragenen Friedensinitiative gegen die Wiederbewaffnung aus den Jahren 1950/51,³⁴⁹ gelang es Adenauer nicht, den Protest und seine Initiatoren in der Bevölkerung als vom Kreml gesteuerte Akteure antiwestlich-kommunistischer Agitation in Misskredit zu bringen.

Für das Zustandekommen und Gelingen der gesamten Manifest-Aktion war außerdem, wie noch auszuführen sein wird, eine Einzelperson von ganz elementarer Bedeutung: Carl Friedrich v. Weizsäcker. Er verfügte mit all seinen persönlichen Eigenschaften individuell über ein besonderes Talent in der Organisation und Gestaltung des Manifests, vereinte daher in seiner Person viele hierfür wichtige Qualitäten. Aus diesem Grund war er in den Reihen der Manifestantenschaft schier unersetzbar und eine wesentliche Triebkraft der Göttinger Erklärung.³⁵⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die achtzehn Unterzeichner der Göttinger Erklärung über ein gehöriges Aufkommen an Prestige, Prominenz und Reputation verfügten, sie dem Manifest also ihre persönlichen Ressourcen delegierten. Für die starke Medienpräsenz, ein in seiner Bedeutung kaum zu überschätzender Faktor für die Wirkung eines politischen Manifests, war dies eine fundamentale Voraussetzung, nutzen doch die Kommentatoren der Tagespresse ihr Öffentlichkeitsprivileg selten für die Etablierung eines bislang in den Medien minoritär repräsentierten Themas, treten sie nicht gerade häufig als Advokaten ressourcenschwacher Akteure auf.³⁵¹ Zudem ist es für das Ansehen einer demokratisch legitimierten Regierung nicht unbedingt förderlich, wenn sie gesellschaftlich geachtete Eliten – Universitätsprofessoren zumal – öffentlich kritisieren, ihr Kompetenz absprechen und Unterstützung entziehen.

347 Vgl. Hirsch-Weber, Wolfgang/Schütz, Klaus: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin/Frankfurt am Main 1957, S. 116

348 Vgl. o.V.: Schwedische Erinnerung, in: Der Spiegel, 20.03.1957; o.V.: Wer ist Willy?, in: Der Spiegel, 08.03.1961.

349 Vgl. hierzu Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 20 ff.

350 Vgl. dazu auch Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

351 Vgl. Eilders 2008, S. 46.

2.8.2 Carl Friedrich v. Weizsäcker als Organisator und Manifest-Theoretiker

Initiator, treibende Kraft, kreativer Gestalter und praktischer Organisator der Göttinger Erklärung war Carl Friedrich v. Weizsäcker. Er war geistiger Vater der wichtigsten in dem Manifest-Text enthaltenen Gedanken, hatte sich im Vorfeld ausgiebig mit den Funktionsmechanismen einer solchen Aktion intellektuell auseinandergesetzt und schließlich die Manifestantenschaft rekrutiert, dadurch beträchtlich zum Gelingen beigetragen.³⁵² Im Übrigen schrieb er sich diese Rolle selbst zu, behauptete freimütig, dass er „derjenige war, der diese Erklärung teils wirklich formuliert hat und der diese Erklärung auch sehr gewünscht hat“³⁵³. Obwohl selbst kein Unterzeichner, war er auch schon 1955 einer der Protagonisten der Kundgebung von der Mainau gewesen, die bekanntlich nicht die von ihm erhoffte Wirkung erbracht hatte, die Öffentlichkeit für die akute Atomwaffenproblematik zu sensibilisieren.

Die grundlegende Idee, über eine Anzahl namhafter Persönlichkeiten im öffentlichen Raum einen Appell an die Politik zu richten, war freilich keineswegs neu. Im Sommer 1955, kurz vor der Mainauer Kundgebung, hatten diesen Gedanken der britische Universalgelehrte Bertrand Russell und der in den USA lebende Physiker Albert Einstein für einen Aufruf zur Abschaffung des Kriegs aufgegriffen.³⁵⁴ Die Göttinger Erklärung folgte vom Prinzip her dieser Konstruktion. Während Heisenberg sich nach Mainau resignierend in der Sinnlosigkeit derartiger Aufrufe bestätigt fühlte,³⁵⁵ wollte v. Weizsäcker die Idee, über ein politisches Manifest als Wissenschaftler Einfluss auf das Handeln politischer Eliten zu nehmen, nicht aufgeben. Mainau ernüchterte die Beteiligten zwar, beraubte sie aber eben nicht aller Hoffnungen. Nach wie vor glaubte v. Weizsäcker an das Potenzial der Öffentlichkeit, spürte, dass man es eben einfach nur hätte anders, eben besser machen müssen. Nachdem er auf der Suche nach den Ursachen des

352 Vgl. zu diesem Abs. Fleischmann 1996, S. 48 f.; Heisenberg 1976, S. 258; Lindner 2002, S. 113 u. S. 121; v. Weizsäcker 1984, S. 193 f.; ders.: Lieber Freund! Lieber Gegner! Briefe aus fünf Jahrzehnten, München/Wien 2002, S. 57.

353 Lindner 2002, S. 122.

354 Vgl. Krieger, David: Noch immer nahe dem Untergang, in: Frankfurter Rundschau, 04.08.2005; Neuneck, Götz: Von Haigerloch, über Farm Hall und die Göttinger Erklärung nach Starnberg. Die Arbeiten Carl Friedrich von Weizsäckers zur Kriegsverhütung, Atombewaffnung und Rüstungskontrolle, in: ders./Schaaf (Hg.) 2007, S. 63-73, hier S. 68.

355 Vgl. Kraus 2001, S. 169.

Scheiterns den Religionsphilosophen Martin Buber konsultiert hatte,³⁵⁶ schöpfte er endgültig neuen Mut. Dessen Rat, als Manifestant eine Konsequenz des eigenen, privaten Handelns anzukündigen, überzeugte und enthusiasmierte v. Weizsäcker und schlug sich sogleich in der Göttinger Erklärung nieder – in der aufseherregenden Aussage, jegliche persönliche Beteiligung an einer etwaigen Kernwaffenfabrikation kompromisslos abzulehnen.

Von Weizsäcker strebte spätestens seit den Sommermonaten des Jahres 1956 äußerst engagiert und entschlossen ein zweites Wissenschaftlermanifest an.³⁵⁷ Innerhalb des Atomforscherkreises schwang er sich in dieser Zeit, begünstigt durch den krankheitsbedingten Rückzug Heisenbergs, zum Wortführer und Antreiber auf. Er führte mit seinen Kollegen politische Diskussionen und er war es auch, auf dessen unablässige Betriebsamkeit in dieser Angelegenheit hin Ende 1956 der Brief an Strauß geschrieben wurde.³⁵⁸ Ohne v. Weizsäckers Engagement und „Dranbleiben“ wäre es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu einem weiteren Manifest nach Mainau gekommen. Der ausdauernde Freiherr war derjenige, der am beharrlichsten an dem Konzept festhielt und seit 1955 mit großem Ehrgeiz und Selbstvertrauen einen zweiten Versuch anstrebte, für den sich dann allerdings erst im April 1957 die passende Gelegenheit bieten sollte.

Von Weizsäcker kontrollierte zudem die Redaktion des Manifest-Textes. Viele der Achtzehn waren es jedenfalls nicht, denen er Einfluss auf die Manifest-Lettern zubilligte. Dabei wachte er nicht nur über die Grundaussagen. Er legte sein Augenmerk auch auf die Anordnung der Argumente, erdachte die literarische Taktik, einem informativen Passus über die Gefahr der Atomwaffen Passagen über Legitimation und Forderung der Manifestanten folgen zu lassen. Überdies achtete er darauf, nicht mehr zu behaupten, als man als Wissenschaftler auch glaubwürdig vertreten konnte. Unter seiner Ägide war in dem Manifest alles Spekulative unzulässig. Diese Rolle und Funktion hatte v. Weizsäcker im Grunde übrigens auch schon auf der Mainau ausgeübt. Dort beriet er Hahn in der Textformulierung und assistierte wohl auch in der Organisation der Kundgebung, wenn er diese nicht sogar dirigierte.³⁵⁹ Der Text der Göttinger Erklärung entstammte folglich, obschon drei bis vier weitere Personen ihre Ideen und Wünsche in einige Textstellen einfließen ließen, im Wesentlichen v. Weizsäckers Feder.³⁶⁰

356 Vgl. dazu Kap. 2.8.3 dieser Arbeit.

357 Vgl. Heisenberg 1976, S. 260 f.

358 Vgl. ebd., S. 262 f.

359 Vgl. Kant 2002, S. 27 f.; Lindner 2002, S. 121.

360 Vgl. Heisenberg 1976, S. 265 f.

Daneben verdankte sich die Rekrutierung der Manifestantenschaft dem koordinierenden Handeln v. Weizsäckers. Etwa eine Woche vor der beabsichtigten Veröffentlichung schrieb er unter Rückgriff auf sein Kernphysiker-Netzwerk weitere Kollegen mit der Bitte um namentliche Unterstützung an.³⁶¹ Er war es zudem, der mit dem Hinweis auf Adenauers provokante Bagatellisierung der Atomwaffengefahr die ansonsten durchaus auseinanderliegenden Meinungen überbrückte und somit die aus achtzehn eigenwilligen Köpfen bestehende Manifestantenschaft auf einer gemeinsamen Linie integrierte.

Allem Anschein nach gestaltete v. Weizsäcker auch jene Parameter nach eigenem Ermessen aus, die für den Öffentlichkeitserfolg ausschlaggebend waren.³⁶² So beschränkte er wie erwähnt die politischen Forderungen auf das real Praktizierbare – einen seitens einer Regierung gelobten Verzicht auf Waffen, welche noch gar nicht beschafft waren – und baute die persönlichen Konsequenzen der Manifestanten – die Nichtbeteiligung an einer möglichen Nuklearwaffenproduktion – ein. Damit zog er zugleich die Lehre aus Mainau und befolgte den in Manifest-theoretischen Gesprächen gewonnenen Rat.

Carl Friedrich v. Weizsäcker verstand sich zudem darauf, die unterschiedlichen Interessen seiner Mitstreiter zu kanalisieren und miteinander in Einklang zu bringen. Er kannte den Verdruss Heisenbergs ob der enttäuschenden Regierungspolitik in Sachen Atomforschungsförderung und auch dessen Angst, die Kernenergieforschung könne die Unterstützung der Öffentlichkeit verlieren und nicht wieder zurückgewinnen; v. Weizsäcker wusste um Borns Bestreben, für die Ergebnisse der Nuklearforschung soziale Verantwortung zu übernehmen; und ihm war Hahns Hadern mit dem zerstörerischen Gebrauch nuklearwissenschaftlicher Kenntnisse bewusst. Indem v. Weizsäcker alle wichtigen Standpunkte im Manifest-Text zu Wort kommen ließ und mit Adenauers Fauxpas den richtigen Moment abzuwarten wusste, gelang ihm die Mobilisierung einer Manifestantenschaft, deren Angehörige doch eigentlich unterschiedliche Motive leiteten.

2.8.3 Die Taktik des Manifestierens

Man versuchte also aus der Mainauer Kundgebung eine Lehre zu ziehen. Doch warum eigentlich hatte dieses Manifest seine beabsichtigte Wirkung derart grob verfehlt, weshalb wurde ihm so wenig öffentliche Aufmerksamkeit, eine solchermäßen geringe Unterstützung zuteil? Diese Fragen trieben v. Weizsäcker

361 Von Weizsäcker 2002, S. 57.

362 Vgl. Herbig 1976, S. 465.

einige Zeit lang um. Im Sommer 1956, als der konkrete Zeitpunkt eines weiteren Manifests noch gar nicht abzusehen war, v. Weizsäcker zusammen mit Heisenberg diese Aktion aber bereits plante, nutzte er eine Gelegenheit zu einem Treffen mit dem jüdischen Philosophen und Theologen Martin Buber. Dieser weilte gerade in Hannover und war zudem ein Freund seines Onkels Viktor v. Weizsäcker. Diese Zusammenkunft nutzte v. Weizsäcker zu einer – wenn man so will – manifest-theoretischen Konsultation.³⁶³ Er fragte Buber in der Mainauer Angelegenheit um Rat, suchte im Gespräch mögliche Ursachen des Scheiterns, da er offenbar im Zuge seiner eigenen Reflexionen bereits den Eindruck gewonnen hatte, dass damals ein ganz entscheidendes Manko für den Fehlschlag der Mainauer Manifestation verantwortlich gezeichnet hatte. Warum nur, so quälte es v. Weizsäcker, wollten bislang öffentliche Kundgebungen berühmter Naturwissenschaftler mit einem alle Menschen betreffenden Anliegen einfach nicht funktionieren? Nach kurzer Überlegung und Durchsicht des Mainau-Textes gelangte Buber zu der schlichten, aber dennoch bedeutungsvollen Auffassung, dass es an persönlichem Engagement gefehlt habe. In einem solchen Text appellativen Charakters war es laut Buber unerlässlich, dass „man den Leuten sagt, was man selber tun wird“³⁶⁴. Außerdem sollte er sich mit seiner Forderung an einen eindeutig zu benennenden Akteur richten. Heureka: Das elementare Defizit, nach dem v. Weizsäcker so lange, verbissen und seither vergebens Ausschau gehalten hatte, war damit endlich gefunden. „Nach jenem Gespräch mit Martin Buber war mir klar, dass, wenn ich mich jemals an einer öffentlichen Äußerung über die Atomwaffen beteiligen würde, sie nicht den unbestimmten Adressaten der ganzen Welt haben dürfe, der kein Du ist, sondern ein abstraktes Es. Sie müsste, so war mir klar, jemanden ansprechen, der weiß, dass er gemeint ist und der darum nicht ausweichen kann. Sie müsste ein Du ansprechen. Diesem Du müsste ein Ich gegenüberreten, dessen Engagement unverkennbar ist.“³⁶⁵ Buber und v. Weizsäcker hatten in Hannover nichts Geringeres als eine Diskussion über wirkungsvolle Manifest-Taktiken geführt. Und tatsächlich wurde die explizite Verweigerung, eben das von Buber angesprochene Engagement, später an zentraler Stelle in den Medien aufgegriffen, so z.B. im Untertitel des *FAZ*-Berichts zur

363 Vgl. dazu Hahn, Dietrich (Interview mit Carl Friedrich v. Weizsäcker): Aber dann ist der Urankern zerplatzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.1998; Hatrup 2004, S. 172; Lindner 2002, S. 121; o.V.: Die Göttinger Luft, in: Die Zeit, 09.05.1957; Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Ich – Du und Ich – Es in der heutigen Naturwissenschaft, in: Merkur, Jg. 12 (1958) H. 120, S. 124-128, hier S. 125 f.

364 Zitiert nach Lindner 2002, S. 121.

365 Von Weizsäcker 1958, S. 125 f.

Göttinger Erklärung: „Keine Atomwaffen in der Bundesrepublik / Entschiedene Ablehnung einer Mitarbeit“³⁶⁶. Als vormals erst noch dilettantischer Manifest-Strategie, befand sich v. Weizsäcker nunmehr in einem dialektischen Lernprozess, der ihn aus dem niederen Stand des Unkundigen zu einem ungleich raffinierten Manifestanten emporhob.

Auch den Publikationsweg wählte v. Weizsäcker nicht ohne Hintergedanken. Hahns Sekretärin Wehmeyer übermittelte die Erklärung am 12. April 1957, morgens gegen neun Uhr, telefonisch an *FAZ* und *dpa*; die Meldung erschien den Presseleuten zunächst dermaßen unglaublich, gar als eine lancierte Aktion sowjetischer Stellen, dass sie sich die Echtheit sicherheitshalber noch einmal durch einen Anruf bei der MPG bestätigen ließen.³⁶⁷ Indem man einen Samstag zum Tag der Veröffentlichung bestimmte, ging man sicher, dass die politischen Akteure, namentlich Adenauer und Strauß, zumindest in der Presse nicht umgehend eine große Gegenoffensive starten konnten. Die Göttinger Erklärung bekam dadurch ein Wochenende Zeit, um auf ihre Leser einwirken zu können.

Eine weitere Maßnahme bestand in der Wahrung und Suggestion strikter politischer Unabhängigkeit der Manifestanten. Damit wollte man sich dem kompromittierenden Ruch politischer Parteinahme erwehren und den von Kritikern geäußerten Verdacht einer gezielten Wahlkampfintervention ausräumen. Hahn bspw. verweigerte sich konsequent anderen, inhaltlich gleichgerichteten Aufrufen, die im Verdacht politischer Parteinahme standen oder die guten Beziehungen zum Ausland zu gefährden drohten. Den „Gegnern der bundesdeutschen Atombewaffnung versagte Hahn jede Unterstützung“³⁶⁸ außerhalb des Manifestantenkreises der Göttinger Achtzehn. So entzog er sich dem „Kampf dem Atomtod“, unterstützte nicht die „Europäische Föderation gegen Atomrüstung“ und verwehrte seine Unterschrift einem Appell an US-Präsident John F. Kennedy.³⁶⁹ Und v. Weizsäcker lehnte eine ihm von der CDU angetragene Bundestagskandidatur ab.³⁷⁰

Bei aller übrigen Taktik muss der Manifestationsschrift selbst natürlicherweise ebenfalls eine Bedeutung für das Resultat der Aktion zukommen. Laut seines Verfassers v. Weizsäcker beinhaltete der Manifest-Text drei zentrale Gedanken: Erstens könne das westliche Bündnissystem nicht dauerhaft geschützt

366 O.V.: Beschwörender Appell der deutschen Atomforscher (Titelseite), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.04.1957.

367 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 367/S. 74 u. Fußnote 400/S. 81.

368 Kraus 2001, S. 275.

369 Vgl. ebd., S. 275 f.

370 Vgl. hierzu Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

und der Weltfrieden nicht unentwegt durch Atomwaffen gewährleistet werden; diese Rüstung gelte es folglich zu vermeiden. Diplomatische Methoden reichten offenbar nicht aus, so der zweite Punkt, um dieser angeblichen Wahrheit ausreichende Geltung zu verschaffen. Daher müssten die Wissenschaftler dies zur Sprache bringen. Und schließlich drittens könne nur Derjenige glaubhaft atomare Abrüstung fordern, der selbst überzeugend Atomwaffen ablehnt und auf diese unmissverständlich verzichtet.³⁷¹

Heisenberg hingegen unterteilte den Text in einen sachlichen Aufklärungs- und einen vorwurfsvollen Forderungsteil.³⁷² Der erste Schwerpunkt ist tatsächlich objektiver Natur und weist – untergliedert in zwei Unterpunkte, zwar mahnend, aber ohne ausdrückliche pädagogische Belehrung – auf physikalische Tatsachen hin, die „alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen“. Zum einen seien „taktische Atombomben“ Sprengkörper mit bekannter atomarer Vernichtungskraft, die Abgrenzung zu „strategischen“, nochmals um einiges zerstörerischer wirkenden Waffentypen lediglich militärische Kategorien. Zum anderen unterlägen Atomwaffen prinzipiell in ihrer Vernichtungswirkung keiner Limitation, ein Auslöschen der gesamten westdeutschen Bevölkerung sei in Verbindung mit den indirekten Folgen von Radioaktivität ohne Weiteres möglich. Der Betroffenheitsradius konnte aus Sicht der westdeutschen Bevölkerung demzufolge kaum größer sein. Anschließend geht der Text auf die Verantwortung ein, mit welcher der moderne Wissenschaftler im Atomzeitalter beladen sei und die ein Schweigen verbiete – quasi als unanfechtbare Rechtfertigung für den Text an sich.³⁷³ Er schließt mit der Forderung nach freiwilligem Verzicht auf den Besitz von Atomwaffen sowie mit der Verweigerung der Unterzeichner gegenüber jeglichem Kontakt mit militärischer Verwendung der Kernenergie, der wiederum eine ausdrückliche Bereitschaft zum Engagement im zivilen Kernenergiebereich gegenübergestellt wird. Das strukturelle Arrangement der einzelnen Manifest-Komponenten war vorteilhaft: Es litt nicht an einer übermäßigen Komplexität und Verschachtelung, war problemlos auf zwei Seiten in Büchern unterzubringen und eignete sich daher zum schnellen Lesen ebenso wie zur Verbreitung in möglichst vielen Printmedien. Vor allem ließ sich der Erklärungs-Text in den zentralen Spalten auf den Titelseiten von Tageszeitungen abdrucken und seine Forderungen konnten in wenigen Sätzen zusammengefasst werden.

371 Vgl. hierzu v. Weizsäcker 1984, S. 38 f.

372 Vgl. Heisenberg 1976, S. 265.

373 Vgl. Görlich 1965, S. 101.

Auch stellte der Inhalt – und dies ist nicht gerade unwichtig – keine überwältigenden Ansprüche an das Text- und Technologieverständnis seiner Rezipienten. Für die Mobilisierung öffentlicher Aufmerksamkeit ist gerade dies elementar, müssen die Deutungen und Aussagen doch einem Laienpublikum verständlich sein, plausibel machen, warum der thematisierte Sachverhalt ein Problem darstellt, auf das die Politik gefälligst einzuwirken hat.³⁷⁴ Für das Verständnis und die von den Manifestanten bezweckte Auslegung der Botschaft ist die Einfachheit der Sprache ein ganz entscheidendes Moment. Sie spannt „hermeneutische Brücken“³⁷⁵, um die Kluft zwischen „der Wissenschaftswelt des Experten und der Lebenswelt des Bürgers“³⁷⁶ zu überwinden. Das Problem gründet sich in der Schwierigkeit, die Expertenansicht „möglichst ohne Substanzverlust in die bürgerliche Lebenswelt mit ihren ganz anderen Begriffen, Bezügen und Wertkategorien“³⁷⁷ zu transferieren. Für die Göttinger Erklärung war dies besonders wichtig, mutet doch für Laien wohl kaum etwas stärker wissenschaftsesoterisch an als die Kernphysik. Den achtzehn Nuklearforschern gelang dieses Kunststück, ihre Warnung ohne den Rückgriff auf technisch-theoretische Details – introvertiertes Fachwissen also – auszusprechen. Sie rekurrten nicht auf einen wissenschaftlichen, sondern sprachen einen politisch-militärischen Problembezug an: das Risiko des auf politischer Entscheidung basierenden Militäreinsatzes von Kernenergie Waffen. Das oftmals im Dialog von Öffentlichkeit und Wissenschaft auftretende Problem einer Diskrepanz von Informationsangebot und Informationsbedürfnis³⁷⁸ konnte dadurch umgangen werden. Überdies fiel die Zuverlässigkeit von Expertenwissen³⁷⁹, die in Sachen Theoriequalität und Voraussagbarkeit eines Ereignisses für gewöhnlich begrenzt ist, bei der Göttinger Erklärung kaum ins Gewicht. Die Konsequenzen einer Atombombendetonation waren bekannt; dass das Explosivpotenzial auch „taktischer“ Sprengköpfe verheerend ist, konnte als ziemlich unstrittig angesehen werden.

Doch was machte den Unterschied zu den vielen anderen Manifestationschriften von Wissenschaftlergruppen am deutlichsten aus, was war das wohl markanteste Merkmal der Göttinger Erklärung? Das Manifest der Achtzehn, so

374 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 70.

375 Schmidt-Tiedemann 1996, S. 32.

376 Ebd., S. 31.

377 Ebd., S. 31 f.

378 Vgl. hierzu Peters, Hans Peter: Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nichtexperten, in: Kerner, Max (Hg.): Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen u.a. 1996, S. 61-88, hier S. 78 f.

379 Vgl. zu diesem Aspekt Schmidt-Tiedemann 1996, S. 29 f.

betonte schon Jost Herbig in den 1970er Jahren,³⁸⁰ erging sich in seinen Forderungen nicht im Utopischen, sondern fokussierte auf das politisch Machbare. Nicht etwa die sofortige Abrüstung der gesamten, erst kürzlich teuer angeschafften Atomwaffenarsenale der beiden Supermächte war Gegenstand des Appells. Nein, man verlangte den Verzicht auf eine politische Absicht, die sich noch im Stadium ihrer Verhandlung und Planung befand. Die Interpellation der achtzehn westdeutschen Nuklearforscher bezog sich auf einen noch im Gang befindlichen Entscheidungsprozess und benannte mit der Bundesregierung einen eindeutigen Adressaten. Auch dies war eine strategische Maßnahme v. Weizsäckers, der erklärte, dass die „Beschränkung auf das politisch Durchsetzbare eine Voraussetzung für den Erfolg“³⁸¹ gewesen sei. Dies war in der kurzen Historie politischer Manifeste aus Wissenschaftlerkreisen ein kleines Novum. Und vor allem ein Unterschied zu der sang- und klanglos im Nirwana öffentlichen Bewusstseins versunkenen Kundgebung von der Mainau, die demgegenüber noch einen vollständigen Gewaltverzicht, die Abschaffung des Kriegs – mithin eine Utopie –, zur politischen Forderung erhoben hatte.

Indem die Manifestanten in ihrem Text ebenso einprägsam wie anschaulich auf die Zerstörung deutscher Städte und die Verseuchung deutscher Landstriche abhoben, schuf das Manifest außerdem eine konkrete Bedrohung der alltäglichen Lebenswelt. Eine solche Konkretisierung des Themas bewirkt medientheoretischen Erkenntnissen zufolge „die Herstellung eines lebensweltlichen Bezugs zwischen dem Problem und den alltäglichen Erfahrungen der Bürger“, der die persönliche Betroffenheit des Individuums und die „Einsicht in die ‚Aufdringlichkeit‘ des Problems“ erhöht.³⁸² Das Publikum muss davon überzeugt werden, dass „das thematisierte Problem ihre eigene Lebenspraxis negativ tangieren wird“. Die Bereitschaft, der angebotenen Problemdefinition und -lösung zu folgen, wird sich in einem solchen Fall aller Voraussicht nach verstärken. Aber nicht nur das. Gelingt es, für die Zukunft glaubwürdig eine Verschärfung des Problems zu prognostizieren, steigt die Dringlichkeit und somit der Druck auf die politischen Verantwortungsträger.³⁸³ Denn ein „unterstelltes Crescendo dramatisiert ein Problem und unterstellt die Notwendigkeit schnellen Handelns“. Eine solche Eskalation sagte die Göttinger Erklärung bekanntlich für den Fall einer Atombewaffnung eines „kleinen“ Landes wie die Bundesrepublik voraus.

380 Vgl. Herbig 1976, S. 465.

381 Ebd.

382 Hier und folgend Gerhards/Neidhardt 1991, S. 72.

383 Zu diesem Aspekt siehe ebd., S. 73.

Des Weiteren war die Göttinger Erklärung spezifisch an die Bundesregierung adressiert – und nicht etwa universal und unterschiedslos an alle Exekutiven weltweit. Dies war nämlich eine übliche Manier anderer Mahnschriften gegen die Atomrüstung – wie im Übrigen auch der Mainauer Intervention. Auch diese Überlegung entsprang daher v. Weizsäckers Lehren. Er selbst schilderte in einer späteren Schrift, erlebt zu haben, dass „die große Welt nicht auf Appelle hin abrüstet“³⁸⁴. Und in der Tat lehrt die Medientheorie,³⁸⁵ dass die Chancen auf eine Mobilisierung von Öffentlichkeit steigen, sobald man „konkrete, erreichbare Verursacher beschreiben kann“. Verstärkt wird dieser Effekt, sobald eine „Intentionalisierung“ gelingt – die Unterstellung einer schuldhaften Absicht. Mit Bundeskanzler Adenauer hatte man in diesem Sinne einen „Schuldigen“ gefunden.

Der Erfolg der Göttinger Erklärung lässt sich neben der Identifizierung eines politischen Delinquenten mit dem Aspekt der Risikowahrnehmung erklären. In seiner Ausformung gelang es dem Manifest, seine Rezipienten – also die über Massenmedien in Kenntnis gesetzten Bürger – in der Atombewaffnung ein äußerst bedrohliches Risiko erkennen zu lassen. Die Risikowahrnehmung in der Öffentlichkeit wird von diversen Größen beeinflusst. Dazu gehören die Katastrophenhaftigkeit des Risikos, bestimmt durch den zu erwartenden Schaden; die Schrecklichkeit in Bezug auf die optische Beschaffenheit des Schadens und die damit verbundene moralische Verfehlung; die Kontrollierbarkeit des Risikos; der Risikoursprung, bei dem technische Risiken und menschliches Versagen in ihrer Gefährlichkeit größer als natürliche eingeschätzt werden; die Vertrautheit und Nachvollziehbarkeit des Risikos; und schließlich die Betroffenheit durch soziale, räumliche und zeitliche Nähe.³⁸⁶ Bestimmten in der Zeit vor dem Göttinger Manifest hauptsächlich diffuse Ängste vor einem militärischen Einsatz von Atomenergie die Gemüter der Westdeutschen, so konkretisierte und justierte die Göttinger Erklärung diese Angst. Mit der beinahe unvergänglichen Verseuchung von Flora und Fauna, schrecklichen Entstellungen und Fehlbildungen von Lebewesen wie auch einer gravierenden Schädigung des menschlichen Erbguts, der Gefahr unbeherrschten und auf moralische Kategorien keine Rücksicht nehmenden Waffeneinsatzes, der Hilflosigkeit gegenüber Entscheidungen eines sowjetischen Aggressors, der Plausibilität des Vernichtungsausmaßes und der räumlichen sowie zeitlichen Unmittelbarkeit der Kriegsgefahr waren all diese Faktoren

384 Von Weizsäcker 1984, S. 39.

385 Zum Folgenden siehe Gerhards/Neidhardt 1991, S. 74.

386 Vgl. dazu Ruhrmann 1991, S. 137 ff.

im Falle nuklearer Waffen hoch ausgeprägt und verhalfen dem Manifest zu einer immensen Wirkungskraft.

2.8.4 Die Ausdrucksform des Protests

Für die Analyse der Wirkung des Manifests sollte auch berücksichtigt werden, dass es sich bei der Göttinger Erklärung um keine Art von politischem Protest von Staatsbürgern handelte, wie man sie gemeinhin etwa durch die Prägung von gedankenverbindenden Schlüsselbegriffen wie „68er“ oder auch „Mutlangen“ wohl vor Augen hat. Auch darin lässt sich eine Erfolgsursache sehen. Zunächst: Es war ganz und gar kein gegenkultureller Protest wie bspw. von den 68ern, der eine fundamentale Absage an die Wertvorstellungen der Gesellschaft zu erteilen suchte, das bürgerliche Anstands- und Ordnungsempfinden verletzte und durch mancherlei subversive Aktion oder Auseinandersetzung mit Polizeikräften kriminalisiert werden konnte. Weder ging es um die Kritik an überkommenen Geschlechterrollen, kleinbürgerlichem Wohlstand, noch der verweigerten Aufarbeitung von Vergangenen. Für den einzelnen Bundesbürger verband sich mit ihm nichts persönlich Unangenehmes, das die persönliche Lebensweise oder Biografie in Frage stellte und durch eklatante Brüche mit verinnerlichten Wertvorstellungen provozierte. Dem Protestanlass beizupflichten, verursachte bei den meisten Bürgern so gut wie keine mentalen Kosten.

Sodann das Erscheinungsbild des Protests der Achtzehn: Die zurückhaltende, unprätentiöse, noch dazu streng sachliche Ausdrucksform eignete sich besonders für die Ansprache des arrivierten Bürgertums. Schriftliche Darlegung in unaufgeregter Nüchternheit, unterlegt von dem Klang universitärer Titel, war Angehörigen von bildungs- und einkommensmäßig gehobenen Gesellschaftsschichten in den 1950er Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach erheblich bekömmlicher als etwa der erregte Aktionismus der Straße oder die aggressive Gewaltbereitschaft lauthals Skandierender – eben anderer Protestformen. Die Darstellungen des Phänotyps jugendlichen Protests etwa sind Legion: laut, martialisch, ungebärdig. Gerade im Fall der Göttinger Achtzehn handelte es sich jedoch um eine ganz andere Formation, deren Artikulation von Protest stilistisch wie habituell den dominanten Verhaltens- und Kommunikationsmustern bürgerlicher Menschen entsprach, zumindest nicht zuwider lief. Es gab kein improvisiertes „Anti-Atom-Dorf“, dessen Bewohner den Verdacht von „Arbeitsscheue“ und menschlicher Verkommenheit erregen konnten und bei denen sich nicht Wenige das schleuni-

ge Einschreiten von Ordnungskräften herbeisehten.³⁸⁷ Es war keine in Farbbeuteln und Protestchorälen ungestüm zum Ausdruck kommende Randalie. Vandalistische Kollateralschäden in Form brennender Fahrzeuge und eingeschlagener Fensterscheiben gab es dabei ebenso wenig wie die beunruhigende Militanz der Steine, Rauchbomben und Wasserwerfer.³⁸⁸ Das Unbehagliche von chaotischen, bisweilen anarchischen Zuständen – gleichsam einer pointierten Anomie einer zeitlich und räumlich begrenzt außer Kontrolle geratenen Situation –, der sich in physischen Aktionen wütend entladende Dissens gegenüber den vorherrschenden Verhältnissen ließen sich mit dem Manifest keinesfalls assoziieren. Das Proletarische ging den Achtzehn ebenso ab wie das Jugendlich-Rebellische. Heisenberg und Hahn warfen keine Steine, brüllten keine Parolen und lieferten sich keine Auseinandersetzungen mit der polizeilichen Staatsgewalt. Sie verfassten und unterschrieben einen Text. Nichts daran war abnorm. Sozialtypologisch waren sie als gut betuchte Professoren mit eher konservativen, jedenfalls nicht gegen das politische und soziale System als solches gerichteten Einstellungen keine zu den Regierenden kontrastierende, sondern eine mit diesen vielmehr konvergierende Elite. Zumal, sie fielen nicht durch suspekte Kleidungs- und Frisurenstile auf, die provokativ mit Verhaltenskonventionen brachen und die es zuließen, sich über Oberflächliches zu mokieren. Kurzum: Es handelte sich bei dem Protest der achtzehn Göttinger Professoren zwar um Aufmüpfigkeit und Widerspruch, nicht aber um eine physische Konfrontation mit der staatlichen Exekutive und auch nicht um eine herausfordernde Missachtung bürgerlicher Ordnungsvorstellungen. Er passte zum „prototypischen Straßenprotest der 1950er Jahre“, der als „disziplinierte ‚Kundgebung‘“³⁸⁹ von krawattierten Herren in Anzügen daher kam.³⁹⁰

387 Vgl. dazu Becker, Wolfgang: Macky, Mecky, Mucky und der Atom-Protest, in: Der Spiegel, 08.08.1977.

388 Vgl. hierzu beispielhaft Gathmann, Florian/Hengst, Björn: Randalie spaltet Protestbewegung, in: Spiegel Online, 03.06.2007, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,486398,00.html> [eingesehen am 05.08.2008]; Dahlkamp, Jürgen et al.: Widerstand zwecklos, in: Der Spiegel, 11.06.2007; Kraushaar, Wolfgang: Der Aufschrei der Jugend, in: Der Spiegel, 29.03.1999; o.V.: Wann und wie, in: Der Spiegel, 10.02.1969; o.V.: Heißer Asphalt, in: Der Spiegel, 20.05.1968.

389 Rucht, Dieter: Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik. Verbreitung, Professionalisierung, Trivialisierung, in: Vorgänge, Jg. 42 (2003) H. 4, S. 4-11, hier S. 8.

390 Vgl. Nehring 2003, S. 25.

Auch all dies mochte zum Erwerb von Akzeptanz und Sympathie unter den medialen Kommentatoren – ihrerseits Repräsentanten der bildungsbürgerlichen Elite – beigetragen haben. Ist doch gerade die Aktionsform des Protests wichtig, denn Aktion ist der sichtbare Teil einer sozialen Bewegung, über sie kommunizieren die Protestierenden – hier: die Manifestanten – mit der Gesellschaft. Die Aktion und ihre Ästhetik dienen dem Sympathie- und Unterstützungsgewinn.³⁹¹ Für die Vermittlung an externe Akteure – die Medien, Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen – war dies eine ganz hervorragende Bedingung, eignete sich doch das im Rahmen eines Manifests völlig ohne den Hautgout zivilen Ungehorsams auskommende Erscheinungsbild des politischen Protests der Achtzehn, einer „Erklärung“ zumal, ganz vorzüglich, um für das eigene Ansehen risikolos in Programmatiken und Forderungskataloge einverleibt werden zu können.

2.8.5 Geeignet für massenmediale Zuwendung: eine bestechende Medienkompatibilität

Unschwer konnte festgestellt werden, dass sich die Göttinger Erklärung eines enormen Widerhalls in den Medien erfreuen durfte. Doch bevor näher auf die Ursachen dieser bemerkenswerten Presseresonanz eingegangen wird, stellt sich die Frage, warum sich dabei überhaupt von einem Erfolgsfaktor sprechen lässt. Ohne dass sich hier freilich eine genaue wissenschaftliche Feststellung treffen lässt, ist es nach allen Erkenntnissen der Medien- und Kommunikationswissenschaft vermutlich keine gewagte These, einer starken Präsenz in den Medien einen signifikanten Einfluss auf die Bevölkerung zu unterstellen. Schließlich erlangte die Öffentlichkeit von der Göttinger Erklärung zuerst durch die Medien, spezifisch: die überregionalen Tageszeitungen Kenntnis. Allein deswegen lohnt ein Blick auf grundlegende Medientheorien, um zu einem besseren Verständnis dieses Wirkungszusammenhangs zu gelangen. Denn die Bevölkerung lässt sich von der öffentlichen Meinung inspirieren, die ihrerseits wiederum massenmedial vermittelt wird. Und aus diesem Grund ist sie auch ein obligatorisches Objekt der Beobachtung durch Politiker. Doch dazu im Folgenden mehr.

Es besteht wohl kein Zweifel: Die öffentliche Meinung ist innerhalb einer demokratisch verfassten Gesellschaft ein wichtiger Faktor, kein Politiker würde dies ernsthaft bestreiten wollen. Was aber konkret unter „öffentlicher Meinung“ zu verstehen ist, erscheint bei der Durchsicht einschlägiger Literatur gar nicht so

391 Zu diesem Punkt vgl. Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt am Main/New York 1988, S. 274 f.

eindeutig, wie man dies hätte vermuten dürfen. Sie ist jedenfalls nicht die demoskopisch von diversen Umfrageinstituten gemessene Meinung, von der man allwöchentlich bspw. in Form der „Sonntagsfrage“ hören kann, welche regelmäßig die Zustimmung der Bundesbürger zu den Parteien zu erfassen sucht. Die demoskopische Messung wiederum ist lediglich ein statistisches Aggregat von Einzelmeinungen.³⁹² Eine in sich geschlossene Meinung der Bevölkerung existiert eigentlich gar nicht. Eher bezeichnet öffentliche Meinung Auffassungen, die in der Arena öffentlicher Kommunikation voraussichtlich mit breiter Zustimmung rechnen können, prägnant ausgedrückt: „eine Meinung, die sich in den Arenen öffentlicher Meinungsbildung durchgesetzt hat und insofern ‚herrschende‘ Meinung darstellt“.³⁹³ Weicht man von ihr ab, muss man mit Widerständen rechnen. Auch wird davon ausgegangen, dass sich die öffentliche Meinung der Richtung nach stets dorthin begibt, wo Schutz und Geborgenheit erwartet werden.³⁹⁴ Ein guter Politiker ist sich dieses Verlangens der Bürger nach Sicherheit bewusst, politische Maßnahmen beinhalten deshalb meist ein implizites Sekuritätsversprechen. Diese beiden Aspekte – herrschende Meinung, von der man kaum abweichen kann sowie deren Streben in Richtung von Sicherheit – machen das Konstrukt der öffentlichen Meinung klarer vorstellbar und weisen auf die Bedeutsamkeit öffentlicher Meinung für den politischen Prozess hin.

Denn politische Maßnahmen, die gegen die öffentliche Meinung durchgesetzt werden, können aller Erfahrung nach schwerlich mit einem plebiszitären Rückhalt rechnen.³⁹⁵ Gegen sie lässt sich kaum etwas bewirken, erfolgreiche Aktionen bedürfen zumeist der Zustimmung öffentlicher Meinung. Ihrer gilt es sich daher zu bemächtigen oder zu versichern, will man „das Volk belehnen oder be-

392 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 42.

393 Ebd.

394 Vgl. hierzu Landshut, Siegfried: Volkssouveränität und öffentliche Meinung, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1986, S. 36-41, hier S. 41.

395 Zu diesem Abs. vgl. Schenk, Michael/Pfenning, Uwe: Individuelle Einstellungen, soziale Netzwerke, Massenkommunikation und öffentliches Meinungsklima: Ein analytisches Interdependenzmodell, in: Müller-Doohm/Neuman-Braun (Hg.) 1991, S. 165-184, hier S. 181; Gerhards/Neidhardt 1991, S. 80; Gerhards, Jürgen: Welchen Einfluß haben die Massenmedien auf die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland? in: Göhler (Hg.) 1995, S. 149-177, hier S. 151 f. „Die Kopplung der Positionen – und oftmals der Existenz – der Entscheidungsträger an die Wählerschaft sichert eine Sensibilität gegenüber der veröffentlichten Meinung.“ Ebd., S. 169.

lügen, öffentliche Anerkennung oder öffentliche Verurteilung herbeiführen, terrorisieren oder beschmeicheln, anfeuern oder abschrecken und die Massenansicht, das Massengefühl und den Massenwillen überhaupt in irgend welche Bahnen lenken“³⁹⁶. Da eines der wichtigsten Handlungsziele von Politikern schließlich darin besteht, Wählerstimmen zu gewinnen und zu maximieren, müssen diese sich empfindsam den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung – potenziellen Wählern also – annehmen. Freilich ist es ein aussichtsloses Unterfangen, diese in Gänze erfassen zu wollen. Politiker können sie aber vermittels der Beobachtung und Auswertung der öffentlichen Meinung zumindest skizzenhaft in Erfahrung bringen, da sich die politischen Wahlpräferenzen der Bürger über die Rezeption der öffentlichen Meinung einstellen. Dies erklärt z.B., weshalb Parlamentsfraktionen für ihre Angehörigen täglich Mappen mit einem umfangreichen Pressespiegel, einer Auswahl wichtiger Zeitungsmeldungen, anlegen. Denn Meinungen, die in der öffentlichen Debatte dominieren, werden von ihren Rezipienten häufig übernommen. Berichte und Kommentare sind eine wichtige Quelle, aus der die Bürger ihr politisches Urteil bilden.

Politikern erleichtert dieser Zusammenhang mitunter ihre Arbeit. Er räumt ihnen die Chance ein, das Defizit „unvollkommener Information“ durch eine Analyse der Massenmedien, durch die Sichtung der „öffentlichen Meinung“, zu kompensieren. Weil Politiker nicht in die Köpfe ihrer möglichen Wähler hineinschauen können, dient ihnen die öffentliche Meinung ersatzweise als ein Indikator und Messgerät für die so geheimnisvollen Bürgeranliegen. Infolgedessen sollten politische Akteure in der Tat ganz aufmerksam den Mediendiskurs zu unterschiedlichen Themen beobachten.³⁹⁷ Anders ausgedrückt, orientieren um knappe Positionen konkurrierende Politiker ihr Handeln an dem, was sie nach eigenem Ermessen gerade für die öffentliche Meinung halten. Darin findet sich ein ganz entscheidender Mechanismus des repräsentativen Parlamentarismus, in dem die Herrschaft des Volkes indirekt über Mandatsträger ausgeübt wird: Obwohl die Öffentlichkeit für sich genommen in Ermangelung von „konsensbildenden bzw. konsensersetzenden Strukturen“ keine eigenen politischen Entscheidungsbefugnisse besitzt und dementsprechend auf die Resonanz der politischen Akteure angewiesen ist, gewinnt sie durch die öffentliche Meinung eine kaum zu überschätzende Bedeutung für den politischen Prozess – weil sie eben in aller Regel die Handlungsweisen politischer Entscheidungsträger beeinflusst.

396 Schäffle, Albert: Die geistige Reaktion der Massen auf die Autorität: Öffentlichkeit, Publikum, öffentliche Meinung und Tagespresse (im Original von 1896), in: Pöttker 2001, S. 114-126, hier S. 125; vgl. auch S. 121 ff.

397 Vgl. Waldherr 2008, S. 172.

Und weil schließlich öffentliche Meinung primär massenmedial vermittelt ist – über Zeitungen, Zeitschriften oder TV- und Radiosendungen –, weisen sich Massenmedien in diesem System als eine immense Einflussgröße aus. Themen, die in den Massenmedien nur intensiv genug berichtet werden, finden fast schon unter Garantie Eingang in die Wahrnehmung deren Publikums und werden anschließend oftmals auch privat rege diskutiert. Massenmedien bestimmen jedenfalls „unser Problembewusstsein und unser Diskursuniversum“³⁹⁸.

Auf diese Erkenntnis gründet sich auch die sogenannte „Agenda-Setting“-Funktion der Öffentlichkeit: Durch die Produktion von Meinungen und Themen bestimmt die Öffentlichkeit die politische Agenda mit.³⁹⁹ Ihr jeweils aktueller Gemütszustand trägt zur Entscheidung bei, welche Angelegenheiten in den politischen Verarbeitungsprozess einfließen und welche ignoriert oder verbannt werden – was einmal prominent in den Medien zirkuliert, kann nur schwerlich wieder vertrieben werden – diese Erfahrung musste auch Adenauer mit der Göttinger Erklärung machen.⁴⁰⁰

Wird nun aber öffentliche Meinung dennoch nicht von politischen Akteuren aufgegriffen, „kann es sich ereignen, dass sich im Namen institutionell vernachlässigter Meinungen und Forderungen die mit ihnen identifizierten Teile der Öffentlichkeit mobilisieren – Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen“⁴⁰¹. Es liegt an dieser Stelle nicht gänzlich fern, auch politische Manifeste in diesen Kontext mit einzubeziehen. Nicht umsonst heißt es, Öffentlichkeit vermöge Themen zu politisieren. Sie kann unzulängliche Politik kompensieren, Impulse geben und Gestaltungskräfte entfalten. „Öffentlichkeit erinnert auch an das, was die Institutionen ausschließen, und ist insofern Impulsgeber für gesellschaftliches Lernen.“⁴⁰² Öffentlichkeit, so bleibt festzuhalten, kann zur Stabilität des repräsentativen Parlamentarismus beitragen und ist für politische Manifeste ein nahezu überlebensnotwendiges Biotop.

Doch wäre sie nichts ohne geeignete Vermittlungsorgane, die sie erst herzustellen vermögen. In modernen und komplexen Gesellschaften, die sich nicht

398 Bucher, Hans-Jürgen: Die Medienrealität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen, in: Frevert, Ute/Braungart, Wolfgang (Hg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 268-303, hier S. 281.

399 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 40 f.

400 Vgl. dazu Kepplinger, Hans Mathias: Systemtheoretische Aspekte politischer Kommunikation, in: Langenbucher (Hg.) 1986, S. 172-189, hier S. 183.

401 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 80.

402 Ebd., S. 63.

mehr wie im antiken Athen oder Rom räumlich auf eine Agora oder ein Forum eng eingrenzen lassen, wird öffentliche Kommunikation ganz überwiegend von den Massenmedien getragen.⁴⁰³ In aller Regel nehmen Menschen das politische Geschehen indirekt vermittelt über Massenmedien wahr. „Die Medien und ihr Publikum konstituieren damit das offene Kommunikationsforum Öffentlichkeit.“⁴⁰⁴ Erst wenn ein Thema die Medien durchlaufen hat, kann es den Anspruch geltend machen, Bestandteil der öffentlichen Meinung zu sein.⁴⁰⁵ Selbst das Bundesverfassungsgericht billigt den Medien eine wichtige gesellschaftliche Funktion zu, wenn es konstatiert, die Presse halte „ständige Diskussion in Gang, sie beschafft Information, nimmt selbst Stellung dazu und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung“⁴⁰⁶. Medien sind folglich „Diskursproduzenten“, indem sie „Fakten gewichten oder mehr oder weniger Raum für die Bewertungen und Einschätzungen anderer Akteure geben“.⁴⁰⁷ Erst Massenmedien stellen Öffentlichkeit her, sie „definieren Themen und sie strukturieren Entscheidungen“⁴⁰⁸. Sie legen zwar weder vollständig noch endgültig fest, was Menschen denken, aber wenigstens beherrschen sie weitgehend das „Agenda-Setting“ – das, worüber Menschen denken und diskutieren.⁴⁰⁹ Durch Schlagzeilen und Kommentare prägen sie die Meinung ihrer Rezipienten und strukturieren Reflexionen, Gedanken und Vota vor.

Auch ist anzunehmen, dass der Verbreitungsrad eines Mediums, bspw. die Auflage einer Zeitung oder die Einschaltquote einer TV-Sendung, das Ausmaß bedingt, in dem medial transportierte Manifeste wahrgenommen werden und in einen kollektiven Reflexions- und Diskussionsraum Einlass finden: Alle Leser einer bestimmten Zeitung bekommen eben dieselben Informationen serviert, die ihnen anschließend als eine wesentliche Grundlage ihrer Meinungsbildung dienen, die darüber hinaus möglicherweise über Gesprächspartner multipliziert und verbreitet wird. Man geht wohl mit der Behauptung nicht zu weit, dass Medien über die redaktionelle und optische Aufbereitung eines Themas maßgeblich dessen Attraktionsniveau und die zu ihm gefundenen Einstellungen mitbestimmen.

Deshalb gilt es auch, die Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen und diese hungrig auf investigative Recherchen zu machen, sodass sie ein Eigeninteresse

403 Vgl. hierzu Eilders 2008, S. 32.

404 Ebd.

405 Vgl. ebd., S. 33 f.

406 Zitiert nach ebd., S. 27.

407 Waldherr 2008, S. 179.

408 Kepplinger 1986, S. 175.

409 Vgl. Bösch/Frei 2006, S. 18.

an der Thematik entwickeln und diese in Gestalt von Artikeln und Beiträgen weiterverfolgen.⁴¹⁰ Massenmedien legen einen Kanal zwischen gesellschaftlichen Akteuren – zu denen die Regierung genauso gehört wie die Wissenschaft – und dem einzelnen Rezipienten – dem Zeitung lesenden Bürger z.B. –, durch den Informationen fließen. Sie stellen eine „kommunikative Verbindung“⁴¹¹ zwischen Elite und Bevölkerung her, entgrenzen Kommunikation, verknüpfen gesellschaftliche Teilbereiche – wie Politik und Wissenschaft – und ermöglichen diesen, miteinander zu interagieren.⁴¹² Über Massenmedien können mit einem vergleichsweise geringen Aufwand große Teile der Bevölkerung erreicht und beeinflusst werden.⁴¹³ Da massenmediale Gegenstände wie Tageszeitungen Rundfunkgeräte von Bürgern routinemäßig genutzt werden und zumeist nicht auf ein spezielles Thema versteift sind, bieten sie Wissenschaftlern wie den Göttinger Manifestanten die Chance, über die enge Grenze von Fachzeitschriften, Seminarräumen und Hörsälen hinaus „auch solche Personen zu erreichen, die nicht aktiv nach Experteninformationen suchen“⁴¹⁴, nicht regelmäßig und systematisch Fachliteratur konsultieren oder Universitätsveranstaltungen besuchen. Gerade Wissenschaftlern ermöglichen sie, die Aufmerksamkeit anderer gesellschaftlicher Sektionen für ihre Anliegen auf sich zu ziehen. Massenmedien können folglich den Kontakt „zwischen Experten und Nicht-Experten“⁴¹⁵ herstellen. Eine ihrer herausragenden Eigenschaften ist die Fähigkeit, einem Risiko – im vorliegenden Fall die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen – gesellschaftliche und politische Relevanz zu verleihen. Kurz gesagt: „Massenmedien wirken als Verstärker der Risikokommunikation.“⁴¹⁶

Gerade weil Massenmedien eine derart gewichtige Stellung einnehmen, achten Politiker – zumal solche an der Regierung – aufmerksam darauf, wie ihre „direkte soziale Umgebung und die Masse der Bevölkerung auf das aktuelle Geschehen reagieren wird, welchen Eindruck sie gewinnen müssen, wie sie ihr Verhalten beurteilen, worin ihre Reaktionen bestehen werden“⁴¹⁷. Das Publikum ist empfänglich für geistige Bearbeitung, die Beeinflussung durch dargebotene

410 Vgl. Waldherr 2008, S. 176.

411 Peters: Massenmedien 1996, S. 81.

412 Vgl. Frevert, Ute: Politische Kommunikation und ihre Medien, in: dies./Braungart (Hg.) 2004, S. 7-19, hier S. 12; Bucher 2004, S. 282.

413 Vgl. hier und im Folgenden Peters: Massenmedien 1996, S. 84.

414 Ebd.

415 Ebd.

416 Petermann 2001, S. 5 f.

417 Kepplinger 1998, S. 146.

Informationen – deswegen versuchen Angehörige der politischen Elite, die Stimmung des massenmedialen Publikums genauestens zu registrieren.⁴¹⁸ Noch mehr: Politiker überschätzen häufig die Bedeutung von Medienberichten, weil sie – zum Teil unbewusst – davon ausgehen, die „Masse der Leser, Hörer und Zuschauer“ verfolge die Darstellungen mit ähnlich großer Aufmerksamkeit und messe ihr eine ebenso große Bedeutung bei, wie sie selbst es tun.⁴¹⁹ Darüber hinaus, so lauten die medienwissenschaftliche Forschungsergebnisse, wirke die öffentliche Meinung auch als die Macht eines kollektiven Bewusstseins und beruhe auf einer Übereinkunft gemeinsamer Werte und Ziele der Gesellschaft.⁴²⁰ Von Öffentlichkeit gehe daher soziale Kontrolle aus, sie sei ein „Tribunal, das die Regierung, aber auch jeden einzelnen beurteilt“.⁴²¹ Demzufolge seien Menschen in der Regel versucht, sich der mutmaßlichen Mehrheitsmeinung anzupassen, um sozialer Isolation zu entgehen, die einem bei andersgearteten Standpunkten droht. Denn öffentliche Meinung sei imstande, abweichendes Verhalten mit Missbilligung zu strafen. „Im Einklang mit der Öffentlichkeit zu stehen, verleiht deshalb das Prestige allgemeiner Legitimität.“⁴²² Dies erhöhe allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass Politiker auf sie mit geradezu „panikartiger Unterwerfung unter den vermeintlichen Volkswillen“⁴²³ reagieren. Nicht selten ergreife die Politik Maßnahmen erst dann, wenn sie sich in einem bestimmten Ausmaß von Medienaktivitäten dazu ultimativ herausgefordert sieht.⁴²⁴

Auch die Erkenntnisse der Bewegungsforschung lassen keinerlei Zweifel an der Bedeutung von Massenmedien für die Ausübung von Druck auf die politische Elite.⁴²⁵ Erst in der Interaktion von sozialen Bewegungen und politischen Entscheidungsträgern in den Medien erzeugen erstere Resonanz für ihre Anliegen. Dass sich Massenmedien einem Thema bzw. einer Protestaktion annehmen, ist für die öffentliche Wahrnehmung von sozialen Bewegungen – die ähnlich einer Manifestantenschaft die Bürger auf ein Problem aufmerksam zu machen versuchen – geradewegs konstitutiv. Gelingt es, die Öffentlichkeit von den eigenen Definitionen, Ansichten und Deutungen zu überzeugen, so können sich soziale

418 Vgl. Schäffle 2001, S. 121.

419 Vgl. dazu Kepplinger 1998, S. 151.

420 Hierzu vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: Manifeste und latente Funktion Öffentlicher Meinung, in: Publizistik, Jg. 37 (1992) H. 3, S. 279-297, hier S. 290-293.

421 Ebd., S. 293.

422 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 31.

423 Kepplinger 1998, S. 152.

424 Vgl. Laubenthal 2008, S. 269.

425 Vgl. dazu ebd., S. 267.

Bewegungen mit ihr zu einer „Empörungsgemeinschaft“⁴²⁶ verbünden und die politischen Akteure aufschrecken.

Von Weizsäcker, Heisenberg und einige andere Manifestanten dürften diese Zusammenhänge erkannt haben. Das Motiv, welches v. Weizsäcker für die öffentliche Erklärung nannte – dass man der Meinung gewesen sei, nicht nur auf diplomatischer Ebene eine Abrüstung fordern zu müssen, sondern dass auch „die Wissenschaftler wie die Völker den ihnen möglichen Anteil an einer solchen Initiative nehmen müssten, wenn etwas zustande kommen soll“⁴²⁷ –, lässt sich auch anders wenden: Gerade weil die Wissenschaftler im Getümmel der Diplomatie und Politik kaum eine Chance sahen, erkannten sie in der Öffentlichkeit einen gangbaren Weg, politischen Einfluss zu nehmen. Hier verhielten sie sich für einen kurzen Moment wie „echte“ Politiker: Sie mobilisierten die Öffentlichkeit, um den politischen Kontrahenten, die Regierung, zu schwächen und ihre Ansichten in den politischen Prozess einzuspeisen.

Doch wie erklärt sich nun die ungeheure Aufnahme der Göttinger Erklärung durch die Medien? Aufschluss liefert hierfür ganz besonders die sogenannte Nachrichtenwerttheorie. Sie benennt Faktoren, die ein Ereignis aufweisen sollte, um auf eine möglichst große Medienresonanz zu stoßen.⁴²⁸ Schließlich wird die Relevanz einer Nachricht für ein nach Möglichkeit großes Publikum in den Redaktionsstuben mit großem Bedacht zu antizipieren versucht. Für diese Abschätzung verlassen sich die Verantwortlichen für gewöhnlich auf signifikante Ereignismerkmale, von denen sie einen hohen Nachrichtenwert erwarten. Das wohl bedeutsamste von ihnen ist die „Personalisierung“. Personalisierte Informationen werden von den Medien geradezu geliebt, denn „unabhängig von den zu vermittelnden Inhalten sind Köpfe eher gefragt als Institutionen, werden personalisierte Inhalte den abstrakten vorgezogen“⁴²⁹. Die Manifestation der Göttinger Erklärung war unzweifelhaft hoch personalisiert, handelte es sich doch bei ihr um eine

426 Gerhards/Neidhardt 1991, S. 70.

427 Brief v. Weizsäckers an Victor Weisskopf vom 25.04.1957, abgedruckt in: v. Weizsäcker 2002, S. 61.

428 Vgl. Kepplinger, Hans Mathias/Bastian, Rouwen: Der prognostische Gehalt der Nachrichtenwert-Theorie, in: Publizistik, Jg. 45 (2000) H. 4, S. 462-475; Laubenthal 2008, S. 268.

429 Peters: Prominenz 1996, S. 110. „Man kann den Nachrichtenwert auch als Eigenschaft von Personen und Gruppen, nicht nur als Eigenschaft von Ereignissen betrachten.“ In: Hagen, Lutz M.: Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, in: Publizistik, Jg. 37 (1992) H. 4, S. 444-460, hier S. 456.

klassische Duellsituation zwischen dem Chef der politischen Exekutive und dessen achtzehn, namentlich benannten, Kontrahenten. Ihren sinnfälligen Ausdruck fand diese Personalisierung besonders im *Spiegel*, der die Auftaktseite seines Artikels zur Göttinger Erklärung mit Miniaturporträts der achtzehn Manifestanten umrahmte, darüber hinaus sogar den Gruppenbegriff der „Achtzehn“ prägte.⁴³⁰ Personalisierung intensiviert sich durch „die starke Beachtung von Elite-Personen. Politisches Geschehen wird durchweg nur im Handeln einflussreicher Personen sichtbar; dabei richten die Medien ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Aktivitäten der Exekutive.“⁴³¹ Medienforscher sehen zudem in der Prominenz der Akteure ein regelrechtes Kapital, um massenmediale Zuwendung für eigene Angelegenheiten zu erheischen.⁴³² Einige Manifestanten können aus damaliger Sicht als prominent eingestuft werden: Otto Hahn – immerhin der erste deutsche Nobelpreisträger nach dem Zweiten Weltkrieg, einige Zeit bevor sich die Fußballnationalmannschaft 1954 in Bern in bekanntlich wundersamer Weise den Weltmeistertitel erkämpfte –,⁴³³ Werner Heisenberg und Max Born. Erst Recht gilt dies für die Objekte ihrer Kritik – Bundeskanzler Adenauer und Bundesverteidigungsminister Strauß. Weiterhin nimmt der Nachrichtenwert durch den persönlichen Einfluss der Beteiligten zu. Die Zugehörigkeit zu einer Fachelite wie jener der Atomphysiker steigert bspw. den Erkenntnissen der Medienforschung zufolge die Chance, persönliche Anliegen über die Medien zu vermitteln.⁴³⁴ Überhaupt ist der Status des Kommunikators einer Meinung, in diesem Fall also der Manifestanten, eine wichtige Determinante zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.⁴³⁵ Denn erfahrungsgemäß bevorzugen Journalisten „stastushohe Informationsquellen“⁴³⁶.

Personalisierung macht zwar viel, aber bei Weitem nicht alles aus, worauf es bei einer „wertvollen“ Nachricht ankommt. Wichtig ist anerkanntermaßen auch die „Thematisierung“. Denn „die großen Nachrichtenthemen sind immer Ereignisse mit Krisensymptomen, Vorgänge, die eine manifeste oder latente Bedro-

430 Vgl. o.V.: Die Achtzehn, in: Der Spiegel, 24.04.1957.

431 Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg im Breisgau/München 1976, S. 116; vgl. auch Peters: Prominenz 1996, S. 110 f.

432 Vgl. Peters: Prominenz 1996, S. 109 ff.

433 Hahn erhielt die Auszeichnung zwar rückwirkend für das Jahr 1944, doch fiel die Entscheidung hierfür erst nach dem Kriegsende.

434 Vgl. Peters: Prominenz 1996, S. 110 f.

435 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 67.

436 Der Begriff findet sich bei: Peters: Massenmedien 1996, S. 67.

hung zentraler Werte und Ordnungen des Systems bergen“⁴³⁷. Indem die Göttinger Erklärung die Gefahr einer vollständigen Vernichtung durch atomare Verseuchung infolge kriegerischer Akte zu ihrem zentralen Thema erhob, prägte sie den Faktor Thematisierung äußerst hoch aus. Weisen Themen existenzielle und langfristige Bezüge auf und rekurren sie auf allgemein geteilte Werte der Gesellschaft, so ist ihnen die Zustimmung der öffentlichen Meinung so gut wie gewiss.⁴³⁸ Weitere, kleinere Faktoren kommen bei der Bestimmung des Nachrichtenwerts hinzu. Je größer die Zahl der von dem Thema betroffenen Personen ist, desto höher fallen „Nähe und Relevanz“ aus.⁴³⁹ Die Medienberichterstattung bevorzugt überdies Sachverhalte, die sich in politischen Zentren abspielen und an denen „führende politische Repräsentanten“⁴⁴⁰ beteiligt sind, deren allgemeiner Bedeutungsstatus somit hoch zu veranschlagen ist. Dann „Dynamik, Aktualität und Valenz“: Unerwartete Ereignisse, die mit einem Überraschungseffekt aufwarten, ein unvorhergesehenes und für die Allgemeinheit relevantes Risiko von großer Aktualität beinhalten sowie jeweils außergewöhnlich großen Konflikt und Schaden verheißen, laden den Nachrichtenwert noch einmal gehörig auf.⁴⁴¹ Geschehen mit aggressiven, wenigstens aber kontroversen Bestandteilen werden von Medien, jedenfalls was ihren Meldungsgehalt anbelangt, ausgesprochen willkommen geheißen. Die Göttinger Erklärung passierte auch diese Hürden mit Bravour. Das von ihr thematisierte Risiko der atomaren Vernichtung war noch dazu ein präzise zu bestimmendes, sensationelles Ökologie-Risiko, jedenfalls kein unbestimmtes oder rein hypothetisches. In der Regel werden nämlich erst offenkundig gewordene Risiken zu Gegenständen der Medienberichte.⁴⁴² Studien haben festgestellt, dass die „Möglichkeit zur Problematisierung ganz entscheidenden Einfluss auf das Interesse der Medien generell an einem Thema hat“. Die Diskussion des Themas in „offenen und konfliktreichen politischen Arenen“ erlaubt es Journalisten, „dramatische Narrative zu konstruieren“.⁴⁴³

Ferner ist denkbar, dass sich die Göttinger Achtzehn als „opportune Zeugen“ eigneten.⁴⁴⁴ Personen oder Gruppen, die sich konform zu den in einer Redaktion bereits vorherrschenden Meinungen äußern und konsonant zu den dort ansässi-

437 Schulz 1976, S. 120.

438 Vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, S. 49; Schulz 1976, S. 80.

439 Vgl. Schulz 1976, S. 81.

440 Ebd., S. 82.

441 Vgl. dazu ebd.; Ruhrmann 1991, S. 145.

442 Vgl. ebd., S. 139.

443 Waldherr 2008, S. 188.

444 Vgl. zu diesem Konstrukt Hagen 1992.

gen Kommentatoren argumentieren, werden bei der Nachrichtenselektion vermutlich bevorzugt behandelt. Dieser Aspekt ist wichtig, denn Redaktionsmitglieder verhalten sich gleichsam wie „Türsteher, die Personen Zutritt zu den Medien gewähren. Kommunikatoren, die sich in erwünschter Weise äußern, werden von diesen Türstehern häufiger hereingelassen als andere.“⁴⁴⁵ Mit der Warnung vor einer blindlings betriebenen Aufrüstungspolitik, noch mehr aber mit der Aufklärung über den vom Bundeskanzler so euphemistisch heruntergespielten Unterschied zwischen taktischen und strategischen Nuklearsprengköpfen postulierten die Göttinger Achtzehn Meinungen, denen man sich als seriöser Beobachter politischer Geschehnisse nicht ohne Weiteres verschließen konnte. Es ließ sich vermuten, dass die Forderungen der Manifestanten den moralischen Vorstellungen der Bevölkerungsmehrheit entsprachen. Denn wer wollte schon eine Politik billigen, die ein ganzes Land in seiner physischen Existenz gefährdet? Die Kraft der Moral kann Themen etablieren und Wortführer hervorbringen, sobald diese glaubhaft machen, in einem moralischen Auftrag zu handeln.⁴⁴⁶ An die mahnenden Worte der Gelehrten konnten sich die Redakteure daher ausgesprochen gut anschließen, mit ihnen ließen sich etliche besorgte Worte und ernstliche Bedenken zu Papier bringen, ließ sich pathetisch über Gefahr, Unheil und Untergang räsonieren.

Neben der allgemeinen Medienkompatibilität, die aus einem Ereignis eine Meldung macht, kommt es auch auf die Kommentarwürdigkeit an, da für Kommentare in den Nachrichtenblättern für gewöhnlich nur knapper Raum zur Verfügung steht. Durch diese Exklusivität aber verheißen Kommentare „eine herausgehobene Relevanzzuweisung für Themen, Akteure und Meinungen“⁴⁴⁷. Politische Kommentatoren verfügen zwar nicht über unmittelbare politische Entscheidungsgewalt, aber sie genießen mit ihrem „Öffentlichkeitsprivileg“ einen nicht zu unterschätzenden Einfluss, werden ihre Meinungen und Sichtweisen auf Zusammenhänge und Ereignisse doch von einem großen Publikum wahrgenommen und reflektiert.⁴⁴⁸ Kommentatoren sind dadurch Produzenten öffentlicher Meinung, auf sie richtet sich das Leseinteresse politisch Entscheidungsbefugter. Schon deshalb verhelfen Kommentierungen jenen Themen, denen sie ihre Aufmerksamkeit widmen, zu Bedeutung und können diese auf die politische Tagesordnung hieven. Die Kommentierung eines Themas verstärkt sich zudem

445 Ebd., S. 456.

446 Vgl. Höffe, Otfried: Über die Macht der Moral, in: Merkur, Jg. 50 (1996) H. 9-10, S. 747-760, hier S. 756.

447 Eilders 2008, S. 29 f.

448 Vgl. Eilders 2008, S. 38 f. u. S. 43.

wechselseitig, da sich die Kommentatoren an der Themenwahl ihrer Kollegen anderer Zeitungen orientieren.⁴⁴⁹ Für die mediengeschichtliche Phase der 1950er Jahre kommt spezifisch im Fall der Göttinger Erklärung hinzu, dass seinerzeit in der journalistischen Kohorte ein Typus vorherrschte, der sich vorzugsweise in der Rolle des intellektuell überlegenen Leitartiklers gefiel. Dieser strebte danach, einem „interessierten und gebildeten Publikum elegant formulierte, wertende Analysen“⁴⁵⁰ vorzulegen. Gerade mit einem Themenkomplex, wie ihn die Göttinger Erklärung berührte, ließ sich nach einer solchen Fassung wohl trefflich schwadronieren – auch dies war also eine Erfolgsbedingung, die sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld des Manifests ergab und von ihm erfüllt wurde.

Ein weiterer medialer Erfolgsfaktor der Göttinger Erklärung ist in der Präsenz in sogenannten Prestige-Medien zu sehen.⁴⁵¹ Dazu zählen vor allem überregionale Abonnement-Zeitungen, die im Unterschied zu populären Medien wie Boulevardgazetten, dem Fernsehen oder Rundfunk drei Adressaten bzw. Leserkreise aufzubieten haben: Neben der breiten Volksmasse sind dies politische Eliten und Journalisten, die als Multiplikatoren Gelesenes weiterverbreiten. Prestige-Medien kann man sich als Relais vorstellen, welche die Reichweite vergrößern und durch welche die Wahrnehmung aller Voraussicht nach weit über den Kreis der unmittelbaren Rezipienten hinausreicht. „Auch derjenige, der nie den ‚Spiegel‘ liest, erfährt am Sonntag aus Hörfunk oder Fernsehen, spätestens jedoch am Dienstag aus der Regionalpresse das journalistische Leitthema der Woche.“⁴⁵² Der Einfluss von Prestige-Medien speist sich erstens aus ihrer Leserschaft, die aus einem sozialstrukturell besonderen Publikum – hochrangige Politiker, staatliche Würdenträger oder Akademiker – besteht. Aus diesen Medien bezieht z.B. das politische Führungspersonal seine Informationen für anstehende Entscheidungen und kann mit deren Hilfe dank der zumeist ausführlichen Berichterstattung die politische Konkurrenz beobachten. Und zweitens trägt ihre besondere Reichweite zu ihrer Bedeutung bei, da ihre Berichterstattung von anderen Medien als die eines Leitmediums akzeptiert aufgegriffen wird, wodurch dort platzierte Meinungen und Themen besonders große, über den Ort ihrer ursprünglichen Erwähnung hinausreichende Resonanz finden können. Prestige-Medien können sogar das im Ausland gewonnene Bild der Regierungspolitik bestimmen,⁴⁵³ was im Jahr der Göttinger Erklärung für einen außenpolitisch

449 Vgl. ebd., S. 44.

450 Von Hodenberg 2006, S. 201.

451 Vgl. dazu Gerhards 1995, S. 168; Kepplinger 1986, S. 174.

452 Kepplinger 1986, S. 174.

453 Ebd., S. 178.

hochaktiven Staatsmann wie Adenauer eine besonders pikante Tatsache darstellte. Dass das Manifest der Atomphysiker sogar vorzugsweise in Prestige-Medien veröffentlicht und diskutiert wurde, erweist sich daher umso mehr als bedeutsamer Erfolgsfaktor.

Infolgedessen drängt sich die Überwindung von „Gatekeeping“ – also die Entscheidung der Medienverantwortlichen, ein ihnen angebotenes Thema in der Medienarena zu behandeln⁴⁵⁴ – als ein ganz entscheidendes Erfolgskriterium für die Bewertung eines politischen Manifests methodisch geradezu auf. Wenn gleich die Forderungen der Manifestanten nicht direkt in politische Entscheidungen umgesetzt wurden, so lässt sich doch die Ankunft im Zentrum der medialen Öffentlichkeit, im massenmedialen Diskurs, zumindest als Teilerfolg verbuchen. Kurzum: Ein „erfolgreiches“ Manifest sollte, um in das Bewusstsein einer großen Anzahl von Bürgern vordringen zu können, den Medienproduzenten ausreichend Gelegenheiten zum Kommentieren, Porträtieren und Kontextualisieren verschaffen.

Da die Göttinger Erklärung einen extrem hohen Nachrichtenwert aufwies, drängte sie sich als Gegenstand zahlreicher Kommentarspalten auf. Dass sich Kommentatoren derart stark und sichtbar mit einem Thema befassten, will einiges bedeuten, bilden sie doch eine herausgehobene „Öffentlichkeitselite“, die sich durch eine „oligopolartige Meinungsführerschaft“ innerhalb eines regelrechten „Kommentariats“ ausweist.⁴⁵⁵ Mit einem Wort: Für die „Aufmerksamkeitsökonomie des Mediensystems“⁴⁵⁶ muss ein Thema rentabel sein – die Göttinger Erklärung war dies allen Kriterien nach sogar außerordentlich. Mit ihrer „Erklärung“ stimulierten die achtzehn Manifestanten eine politische Debatte, die mit gleichgewichtiger Qualität und ähnlich kritischer Richtung bis dahin im Parlament – selbst in der dort bereits aufgegriffenen Atomfrage – nicht geführt worden war.

2.8.6 Zur Anschlussfähigkeit

Die Göttinger Erklärung erwies sich neben den sensationsinteressierten Mediengestaltern auch für einflussreiche Gesellschaftsakteure wie den Gewerkschaftsbund und die Kirchen als wichtig. Dies, indem sie sich auf Pfaden bewegte, die bereits gesellschaftlich einflussreiche Organisationen beschritten hatten. So konnte sie – wie im Fall des DGB – an vorhandene Protest- und Programmatik-

454 Vgl. Waldherr 2008, S. 177.

455 Eilders 2008, S. 31.

456 Ebd., S. 34.

linien anknüpfen oder – wie bei der EKD – laufenden Debatten neue Nahrung geben. Deshalb findet sich in ihrem Stellenwert für die Arbeit anderer Institutionen ein weiterer Erfolgsfaktor.

Der gesellschaftspolitisch ambitionierte DGB hatte sich bereits Mitte der 1950er Jahre zu einem entschiedenen Gegner der Aufstellung einer bundesdeutschen Armee erklärt.⁴⁵⁷ Folgerichtig waren den Gewerkschaftern auch die Atomwaffen nicht geheuer. Den Nuklearwissenschaftlern gleich, appellierte der DGB anlässlich seines 4. Bundeskongresses im Jahr 1956 „an die verantwortlichen Staatsmänner aller Länder“, unverzüglich die „mörderischen Versuche“ mit Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen, die Atomkraft jedoch „für den Wohlstand und den Fortschritt der Menschheit“ einzusetzen.⁴⁵⁸ Die Parallele zur Göttinger Erklärung und die Übereinstimmung mit den Intentionen ihrer Urheber sind hier unverkennbar.

Auch die EKD hatte im Mai 1954 „ein Wort ‚zur Entwicklung der Atomwaffen‘ zur Bekanntgabe in allen Kirchengemeinden Deutschlands“ veröffentlicht.⁴⁵⁹ Darin appellierte sie an die Politik weltweit, der Atomrüstung Einhalt zu gebieten. Es handelte sich dabei um einen Versuch der westdeutschen Kirchenführung, ein Bewusstsein für die Gefahr kriegereischer Kernkraftnutzung zu schaffen, der allerdings ohne großen Widerhall blieb. Mit der Resonanz der späteren Göttinger Erklärung konnte sich dieses Vorhaben jedenfalls nicht messen. Durch den wissenschaftlichen Protest erhielt es allerdings Gewicht und Aktualität, knüpften die Nuklearwissenschaftler doch an die klerikale Kritik an.

Die Resonanz bei den Oppositionsparteien wie auch Kirchen und Gewerkschaften – anders ausgedrückt: bei den bedeutsamsten Großorganisationen der westdeutschen Gesellschaft – schuf ein enormes Unterstützungspotenzial. Denn es sind gerade solche Institutionen von großer Reichweite, welche die Einstellungen der Bürger gegenüber dem Manifest beeinflussen können. Diese Organisationen wirkten, so ist anzunehmen, als machtvolle Multiplikatoren, indem sie potenzielle Unterstützer innerhalb des vopolitischen Raums politisch erfassten.

Auch, dass sich die Göttinger Erklärung in die Rubrik der Friedensproteste einordnen lässt, trug zu ihrem historischen Erfolg bei. Denn pazifistische Forderungskataloge weisen in der Protesthistorie der Bundesrepublik eine erstaunliche

457 Vgl. Grebing 1990, S. 158 f.

458 Siehe hierfür das Protokoll des 4. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB in Hamburg, auszugsweise abgedruckt in: Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 463.

459 Vgl. dazu Rupp 1980, S. 66.

Kontinuität auf, kehrten sie doch in der bundesdeutschen Geschichte in kurzen, aber intensiven Phasen immer wieder: ausgehend von der Wiederbewaffnung Mitte der 1950er Jahre, über den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der 1980er Jahre, bis hin zum Irak-Krieg 2003.⁴⁶⁰ Die Göttinger Manifestation profitierte also von einer fortdauernden Aktualität ihres Themas, von der günstigen Konjunktur des zivilgesellschaftlichen Genres „Frieden“. Davon zeugt bspw. eine jüngere Ausgabe der *Politischen Studien* mit ihrem Schwerpunktthema „Nukleare Sicherheitsrisiken im 21. Jahrhundert“⁴⁶¹, in der u.a. die Ansicht vertreten wird, dass die „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und von weitreichenden Trägersystemen [...] nach dem Ende des Kalten Krieges zusammen mit dem Terrorismus das wichtigste Sicherheitsproblem des 21. Jahrhunderts“⁴⁶² darstelle. Und jüngst erreichten die Bundesregierung ganz exakt mit den Forderungen der Göttinger Erklärung übereinstimmende Appelle aus der FDP, den Grünen, der LINKEN und vereinzelt auch der SPD, auf die sogenannte „nukleare Teilhabe“ endlich zu verzichten und auf dem Gebiet der Bundesrepublik lagernde US-Atomwaffenbestände restlos abzubauen.⁴⁶³

Alsdann war das Thema nicht nur akut, sondern auch universell. Schließlich war ein jeder Bundesbürger potenziell von den Auswirkungen atomarer Waffenanwendung betroffen. Dadurch entfaltete der Atombewaffnungswiderstand einen äußerst sozial integrativen Moment. In der Gegnerschaft zur „Umrüstung“ konnten sich Bürger unterschiedlichster gesellschaftlicher Couleur treffen und in einer virtuellen Gemeinschaft versammeln. Hochgebildete Akademiker protestierten ebenso wie einfache Arbeiter, bedeutsame Großorganisationen wie die Gewerkschaften und Kirchen engagierten sich. Konkret konnte man dies spätestens 1958 in der „Anti-Atomtod“-Bewegung erfahren.

460 Vgl. Rucht 2003, S. 6.

461 Vgl. Politische Studien, Jg. 58 (2007) H. 416.

462 Schmidt, Christian: Maßnahmen zur Eindämmung der nuklearen Sicherheitsrisiken, in: Politische Studien, Jg. 58 (2007) H. 416, S. 19-25, hier S. 19; vgl. auch Krüger, Paul-Anton (Interview mit Mohamed ElBaradei): „Die Bedrohung durch Atomwaffen ist gestiegen“, in: Süddeutsche Zeitung, 26.09.2008.

463 O.V.: Opposition verlangt Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland, in: Spiegel Online, 23.06.2008, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,561306,00.html> [eingesehen am 26.09.2008].

2.8.7 Ein angreifbarer Kontrahent: der Kanzler im Wahlkampf

Bundeskanzler Konrad Adenauer wusste um die Gefahr, die seiner Regierung mit dem Göttinger-Erklärungs-Furor drohte.⁴⁶⁴ Mit der Wahlkampfagitatio-
 der SPD und den achtzehn Atomwissenschaftlern entstand eine Konsonanz – ein op-
 positioneller Gleichklang – zweier unterschiedlicher, voneinander unabhängig
 operierender Akteure, die mit seiner Wahlkampfmelodie freilich disharmonierte.
 Die westdeutsche Bevölkerung befand sich bereits durch die Ereignisse des Jah-
 res 1956, die Suez-Krise und der Ungarn-Aufstand, hinreichend in weltpoliti-
 scher Panik und ängstigte sich ob ihrer Sicherheit – ein neuerlicher Weltkrieg
 schien möglich. Vor diesem Hintergrund einer neuerlich bevorstehenden Kata-
 strophe stand Adenauer als Parteivorsitzender und Regierungschef vor der Auf-
 gabe, die Union sicher durch den Wahlkampf, zum Wahlsieg im Herbst zu füh-
 ren. Und dies war gewiss nicht leicht: Seine Umfragewerte und die der Union
 hatten bis zum Jahr 1957 noch nicht den Stand erreicht, der ihm einen ungefähr-
 deten Wahlsieg verheiß.⁴⁶⁵ Obgleich das spätere Wahlergebnis die folgenden Da-
 ten absurd erscheinen lässt, stand Adenauer im Herbst 1956 in Meinungsumfra-
 gen denkbar schlecht da: Danach wollten ihn nur 34 Prozent für weitere vier Jah-
 re als Kanzler sehen. 1956 machte deshalb schon das Wort von der „Kanzler-
 dämmerung“ die Runde; die FDP fühlte sich vom Kanzler düpiert und verließ
 die Koalition.⁴⁶⁶ Demoskopisch war Adenauer also angezählt, politisch unterlie-
 fen ihm Fehler und infolgedessen erschien er den Unionsparteien nicht mehr als
 Garant eines fulminanten Wahlsiegs.⁴⁶⁷

Ein zweiter Punkt betrifft das genuine Interesse der Tagespresse an Mel-
 dungen und Themen, die auf die Leserschaft attraktiv wirken und den Nachrichten-
 konsum steigern. Der Sensationsgehalt der Göttinger Erklärung speiste sich nicht
 nur aus dem Umstand, dass sie einen direkten Angriff auf die Regierungspolitik
 darstellte, spezifisch an dem zur Wiederwahl stehenden Bundeskabinett Kritik
 übte. Das enorme Medienecho erklärt sich daneben aus der besonderen Situation
 des Aprils 1957. Unmittelbar vor dem Wahlkampf musste eine Meldung wie die
 scharfe Kritik von gesellschaftlich geachteten Personenkreisen vom Kaliber der

464 Vgl. Adenauer 1967, S. 300.

465 Vgl. DIVO-Institut (Hg.) 1958, S. 69; Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter
 (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach am Bodensee 1957, S.
 183.

466 Vgl. Schwarz 1981, S. 312 ff.; Walter 2007, S. 49 f.

467 Vgl. Kitzinger 1960, S. 71.

achtzehn Göttinger Professoren an der Bundesregierung⁴⁶⁸ auf die Presseleute naturgemäß eine ungeahnte Anziehungskraft ausüben. Denn für die journalistische Berichterstattung, die Kommentierung tagespolitischer Ereignisse in Form von Leitartikeln und die Porträtierung schillernder Persönlichkeiten – noch dazu zur feiertäglichen Osterzeit –, bot diese Stellungnahme renommierter Personen zu einem brisanten Sachverhalt reichlich Material. Der Sensationsgehalt ließ sich medial trefflich für die Aufmachung von Titelseiten, die Erstellung von Porträts beteiligter Charaktere, die Lieferung von Hintergrundinformationen und Wortmeldungen der handelnden Akteure verwerten. Für ein politisches Manifest bot sich hier eine Konstellation, die sich auf dessen Durchschlagskraft enorm förderlich auswirkte.

All dies war dem politischen Haudegen Adenauer, der sein Leben lang mit Inbrunst Politiker war, natürlich bewusst. Es verwundert daher nicht, dass er ein potenziell brisantes Thema wie die Aufrüstung der Bundeswehr mit alles vernichtenden Atomwaffen auch tunlichst aus dem Wahlkampf heraushalten wollte.⁴⁶⁹ Umso mehr muss man dem sonst so gefürchteten Wahlkämpfer Adenauer in diesem Punkt ein Scheitern attestieren.

2.8.8 Der Widerstreit zweier Eliten

Mit der Bundesregierung, vertreten durch den Kanzler Adenauer und den zuständigen Fachminister Strauß, und den achtzehn Atomwissenschaftlern standen sich zwei Autoritäten gegenüber, die gleich zwei Komponenten des konkreten Sachverhalts – der „Umrüstung“ auf Atomwaffen in der Bundeswehr –, nämlich die (Atom- und Verteidigungs-)Politik und die Atomforschung, repräsentierten. Die Kompetenz letzterer beschränkte sich auf das sachverständige Wissen um die unsagbaren Zerstörungspotenziale von Kernwaffen. Dieser Aspekt war für die konkrete Entscheidung jedoch allenfalls eine Grundbedingung, die es zu berücksichtigen galt, nicht jedoch deren „Nukleus“. Vielmehr spielten auf dem Weg der Entscheidungsfindung auch noch eine ganze Reihe anderer – eben verteidigungs- und bündnispolitischer – Faktoren eine ebenso wichtige Rolle. Diese Problematik machte das Manifest anfällig für Kritik. Kollegen wie der Physiker Siegfried Flügge monierten deshalb auch, dass die Achtzehn in „einer durchaus kontroversen politischen Frage“ ihre „wissenschaftliche Autorität missbraucht“

468 Vgl. Rupp 1980, S. 108.

469 Vgl. Schwarz 1991, S. 329 f.

hätten, „um der einen ihrer möglichen Beantwortungen den Schein der unbestreitbaren Richtigkeit zu verleihen“.⁴⁷⁰

Andererseits traten die Achtzehn zu den – vermeintlich – politisch Sachverständigen als Gegenexperten auf und riefen damit eine Situation des Konflikts zweier Bereichseliten hervor. In der Politik gibt es aber für gewöhnlich nicht „die“ richtige Entscheidung. Gerade aus dieser Uneindeutigkeit, der Unmöglichkeit einer sachlich korrekten, ja wissenschaftlichen Entschließung heraus aber konnte die öffentliche Debatte erst richtig gedeihen. Manifestanten, Regierungsmitglieder und Militärs trafen sich letztlich in einem Konfliktfeld dreier Kompetenzen: der wissenschaftlichen Nuklearforschungskenntnis, der Verteidigungs- und Bündnispolitik sowie der Militärtaktik. Aber gerade weil es sich dabei um ein komplexes Gefüge handelte, sah man nicht nur die Wissenschaftler in ein ihnen alltagsfremdes Gebiet vorstoßen, sondern auch die Regierung ihre Kompetenzgrenzen überschreiten. Erst das Göttinger Manifest ließ die Legitimation von Adenauers Handeln fragwürdig anmuten. Sicher, Strauß und Adenauer waren die politischen Experten für Verteidigung, NATO-Bündnisse usw. Aber dies war für die Entscheidung eben nur eine Teilkompetenz und bot den Achtzehn ein Einfallstor für ihre Beschwerde.

2.8.9 Konkurrenzlosigkeit

Noch ein weiterer – und letzter – Punkt fällt auf: Im Unterschied zur Mainauer Kundgebung von 1955 gab es bei der Göttinger Erklärung 1957 keine Konkurrenz durch andere Manifestationen thematisch gleicher Stoßrichtung. Demgegenüber war wenige Tage vor der Kundgebung von der Mainau das Russell-Einstein-Manifest publiziert worden. Albert Einstein hatte das Papier noch an seinem Sterbebett unterzeichnet. Bertrand Russell konnte es dank dieser tragischen Dramaturgie als Einsteins Vermächtnis, letzten Akt des weltberühmten Nobelpreisträgers theatralisch inszenieren.⁴⁷¹ Obendrein nahm es de facto den Inhalt der Mainauer Kundgebung vorweg. Gegenseitig um die Aufmerksamkeit der Presse buhlend, büßten beide Postulate schließlich an Signifikanz ein. Bei der Göttinger Erklärung war dies anders: Sie stieß nicht auf einen „Manifest-Rivalen“, der sie der knappen Aufmerksamkeit der Medien beraubte und den Sensationseffekt minderte.

470 Zitiert nach Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 74.

471 Vgl. Kant, Horst: „Zu einigen historisch-kulturellen Hintergründen der Göttinger Erklärung von 1957, Vortrag vom 13.04.2007, online einsehbar unter: www.vdw-ev.de/festveranstaltung/Vortrag%20Kant.pdf [eingesehen am 14.01.2008], S. 6.

2.9 UNTERSCHIEDUNGSMERKMALE GEGENÜBER ÄHNLICHEN AKTIONEN

Die Göttinger Erklärung war zwar der weitaus spektakulärste, nicht aber der erste Anti-Atomwaffen-Appell in der Bundesrepublik. Inhaltlich waren ihr – ganz abgesehen von der Mainauer Kundgebung⁴⁷² – ähnlich gerichtete Aktionen vorausgegangen. Im September 1955 kam z.B. eine Entschließung des Verbands Deutscher Physikalischer Gesellschaften gegen die Atomrüstung im Generellen zustande.⁴⁷³ Doch die unspezifische Allgemeinheit dieser Forderung verhinderte offenbar Konsequenzen, denn der globale Rüstungswettlauf ging munter weiter – sogar in der Bundesrepublik entfalteten sich gerade zu dieser Zeit mit Bundesatomminister Strauß militärische Nuklearambitionen. Mitte 1956 formierte sich ein „Kampfbund gegen Atomschäden“, der sich der Aufgabe einer wissenschaftlichen Erforschung und Bekämpfung von durch Radioaktivität verursachten Schäden widmete.⁴⁷⁴ Auch er forderte nichts Geringeres als die Einstellung *aller* Kernwaffenversuche und das Verbot der Herstellung und Anwendung nuklearer Waffen *aller* Art. Er blieb gleichfalls wirkungslos, krankten seine Forderungen schließlich an ähnlichen Utopien, unter denen auch andere Aufrufe jener Zeit litten. Selbst der DGB und die IG Metall reihten sich in jene Stimmen ein, die nach einem radikalen Stopp der weltweit stattfindenden Kernwaffenversuche riefen.⁴⁷⁵ Im Juni 1956 verabschiedete die EKD-Synode in Berlin die „Theologische Erklärung“, der zufolge das Evangelium Christen die Herstellung von Massenvernichtungswaffen wie die Atombombe verbiete, und forderte christliche Nuklearforscher zur Nichtbeteiligung an derartigen Arbeiten auf.⁴⁷⁶ Obwohl dieser Ansatz reichlich ethischen Zündstoff bot und gerade bei CDU und CSU eine empfindliche Stelle ihres Selbstverständnisses berührte – denn schließlich handelte es sich bei den Adenauer-Kabinetten um eine Bundesregierung, die sich explizit auf christliche Werte berief, zugleich aber nach Atomwaffenbesitz strebte und sich somit offenbar antichristlicher Handlung schuldig machte –, erschütterte auch diese Initiative die Bundespolitik in kaum einer Weise. Denn zum damaligen Zeitpunkt hielt man in Bonn die Bestrebungen nach nationalem Atomwaffenbesitz noch erfolgreich im Geheimen verborgen. Dadurch fehlte der Anknüpfungspunkt an öffentliche Kolportage.

472 Siehe Kap. 2.2 in dieser Arbeit.

473 Vgl. Rupp 1980, S. 69.

474 Vgl. ebd., S. 70 f.; Schirrmacher 2007, S. 18.

475 Vgl. Rupp 1980, S. 72.

476 Vgl. ebd., S. 69 f.

Sodann ließen sich noch aus politisch extremen Winkeln diverse Stellungnahmen zur Atomwaffenproblematik vernehmen. Dass bspw. der Aufruf des „Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland“ vom 16. März 1957 kaum Folgen zeitigte, verwundert, lag dieser doch zeitlich immerhin sehr nahe bei der Göttinger Erklärung.⁴⁷⁷ Er verlangte ein beherztes „Raus mit den Atombomben aus Westdeutschland“ und brachte mit der Kritik an der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Bomben ziemlich genau dasselbe Problem zur Sprache, wie nur wenige Wochen darauf das Göttinger Manifest. Dass die Presse diesem Appell dennoch keine Aufmerksamkeit beschied, erklärt sich wohl aus der kommunistischen Orientierung seines Urhebers. Jedenfalls zeigt dieser Fall, das nicht allein der Zeitpunkt genügte, sondern noch andere Faktoren hinzukommen mussten – verpuffte doch die eine Schrift nur einen Monat, bevor die andere sensationell rezipiert wurde.

Man kann also festhalten: Die Göttinger Erklärung thematisierte die Atomwaffen keineswegs zuerst, ihre Forderungen waren nicht neu, sondern sogar schon mehrfach öffentlich geäußert worden. Fraglos hatte der Atomwaffenprotest schon auf anderen Bühnen Premiere gefeiert. Doch allen ihr vorangegangenen Aktionen war keine vergleichbar große Medienaufmerksamkeit zuteil geworden. Niemanden hatte Adenauer in das Palais Schaumburg rufen lassen, bei keinem dieser Aufrufe und Appelle hatte sich die Bundesregierung zu einem besonderen Krisenmanagement genötigt gesehen; keiner der Verfasser avancierte zu einem journalistisch begehrten Interviewpartner. Kurz gesagt: Jegliche politische Konsequenzen blieben aus, sämtliche Initiativen wirkungslos.⁴⁷⁸ Wie aber ist dies zu erklären?

Nach allen bislang untersuchten Aspekten verfügten diese zivilgesellschaftlichen Protestwerke ganz offenkundig nicht über entscheidende Eigenschaften, die demgegenüber der Göttinger Erklärung zu eigen waren. Wie in den vorangegangenen Passagen beschrieben, bestanden diese in der realistischen Forderung, dem spezifischen Adressaten, dem günstigen Zeitpunkt und den persönlichen Merkmalen der Manifestantenschaft.

477 Vgl. ebd., Fußnote 365/S. 73 f.

478 Vgl. ebd., S. 72.

2.10 GÖTTINGER PROFESSOREN-PROTESTE: PARALLELEN

Die Göttinger Achtzehn werden bisweilen in eine Traditionslinie mit den Göttinger Sieben gerückt. Ähnlichkeiten beider Gruppen legten dies auch nahe. Im November 1837 wandten sich sieben Professoren⁴⁷⁹ der Göttinger Universität gegen den im Juni desselben Jahres inthronisierten König von Hannover, Ernst August I. Anlass ihres Protests war eine erste Amtshandlung des neuen Potentaten: Dieser hob die erst vier Jahre zuvor in Kraft getretene Verfassung auf. Auf diesen scheinbar selbstherrlichen Monarchentum entsprungenen Akt reagierten die sieben Göttinger Ordinarien mit einer im In- wie Ausland vielbeachteten Protestschrift und verloren postwendend durch königliche Anordnung ihre Lehrstühle, wurden zum Teil sogar des Landes verwiesen. Dieses Ereignis machte die Stadt Göttingen, ihre Universität und deren Professoren im vormärzlichen Deutschland schlagartig berühmt, verlieh ihnen in den folgenden Jahrzehnten, auch Jahrhunderten, einen besonderen Ruf.

Eine weitere Aktion, die sich innerhalb der Stadtgrenzen Göttingens abspielte, erhärtete diese zivilgesellschaftliche Reputation. 1955, gerade einmal zehn Jahre waren seit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes vergangen, standen Göttinger Professoren erneut im Blickpunkt einer großen Öffentlichkeit.⁴⁸⁰ Erneut war die staatliche Exekutive Gegenstand der Kritik. Der politische Hintergrund war eine konservative Regierungsbildung: Ende Mai 1955 formierte sich unter dem neuen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege von der Deutschen Partei (DP) eine „Bürgerblock-Regierung“ aus BHE, CDU, DP und FDP, die sich als bürgerliche „Einheitsfront“ gegen die Sozialdemokraten verstand. Doch das neue Kabinett beinhaltete eine moralisch zweifelhafte Personalie: Bei einem der beiden von der FDP ins Kabinett entsandten Abgeordneten handelte es sich um Leonhard Schlüter, der das Kultusministerium übernahm. Schlüter, Jahrgang 1921, war 1951 als Kandidat der Deutschen Reichspartei in den niedersächsischen Landtag gelangt. Allerdings agierte er im Hintergrund zeitweise als Kopf einer rechtsextremistischen Gruppe, der „Nationalen Rechten“, die den niedersächsischen FDP-Landesverband personell zu unterwandern suchte. Innerhalb rechtskonservativer Kreise trat Schlüter mit politisch

479 Dies waren der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht, der Staatsrechtler Friedrich Christoph Dahlmann, der Orientalist Georg Heinrich August Ewald, der Literaturhistoriker Georg Gottfried Gervinus, die verschwisterten Germanisten Jacob und Wilhelm Grimm sowie der Physiker Wilhelm Eduard Weber.

480 Vgl. insgesamt zum Folgenden detailliert Marten 1987.

extremen Ansichten in Erscheinung; u.a. gab er vor, mit 1933 als dem Jahr der „Machtergreifung“ zu sympathisieren und sich über eine Wiederkehr nationalsozialistischer Politik wohl sehr zu freuen. Das war kurios, denn der neue Minister hatte im NS-Regime eigentlich keine guten Erfahrungen gemacht, konnte gar als Opfer nationalsozialistischer Politik bezeichnet werden. Schlüter, der aufgrund eines jüdischen Elternteils im „Dritten Reich“ diskriminiert worden war und somit nicht in die Kategorie „Altnazi“ fiel, wollte in den Jahren nach 1945 die Gelegenheit eines Neubeginns nutzen, um Karriere zu machen. Im Herbst 1951 wechselte Schlüter daher in die FDP-Fraktion, um dort die Politik einer „Nationalen Sammlungsbewegung“, somit die programmatische Entwicklung der Freidemokraten nach rechts voranzutreiben. Bei den Freidemokraten vollführte er zwischen 1951 und 1955 im Landtag einen raschen Aufstieg vom einfachen Abgeordneten zum Fraktionsvorsitzenden, zählte damit binnen kurzer Zeit zur Führungsriege der niedersächsischen FDP.

Seine rechtsextremistische, womöglich überdies kriminelle Aktivität mache Schlüter politisch zu einer durchweg problematischen Figur. Abgesehen davon, dass ihn eine Anzeige wegen passiver Beamtenbestechung juristisch belastete, war er Inhaber eines Göttinger Verlags, der rechtsradikale Schriften von Antisemiten und ehemaligen NS-Funktionsträgern publizierte; seine Gattin gründete in Göttingen einen weiteren Verlag, der Literatur von früheren SS-Generälen und nationalsozialistischen Kriegshelden druckte. Die *Schlütersche Verlagsanstalt* war „ein Sammelbecken vieler Unverbesserlicher, die nicht unbeschadet durch die Entnazifizierung gekommen waren“⁴⁸¹. Ihr Eigentümer nahm überdies am Projekt der nationalen Sammlung teil, mit der die FDP ihre parlamentarische Stellung verbessern wollte. In mehreren Landesverbänden versuchten FDP-Politiker in den 1950er Jahren, ihrer Partei neue Wählermilieus zu erschließen. In Nordrhein-Westfalen und Hessen profilierte sich die FDP zu Beginn des Jahrzehnts in der Tat zeitweise als „Repräsentantin des sich heimatlos fühlenden nationalliberal-konservativ vorgeprägten Bürgertums“⁴⁸², integrierte erfolgreich ehemalige Deutschnationale und alte Nationalsozialisten. Doch als die rechtsra-

481 Dahms, Hans Joachim: Die Universität Göttingen 1918-1989: Vom „Goldenen Zeitalter“ der Zwanziger Jahre bis zur „Verwaltung des Mangels“ in der Gegenwart, in: Thadden, Rudolf v./Trittel, Günter (unter Mitwirkung von Marc-Dietrich Ohse) (Hg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999, S. 395-456, hier S. 437.

482 Lösche, Peter/Walter, Franz: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996, S. 36.

dikalen Tendenzen Gegenstand der Medienberichterstattung wurden, begannen sie, die Partei zu stigmatisieren, sich von einem Vor- in einen Nachteil zu verkehren. Kurzum: Schlüter, der als Landtagsabgeordneter immerhin der politischen Elite der Bundesrepublik angehörte, engagierte sich in der jungen Bundesrepublik mit all seinen Kräften in der Verbreitung antisemitischen und nationalistischen Gedankenguts, trieb seine Partei zudem weit nach rechts. In normativer Hinsicht ziemte sich eine solche Persönlichkeit in verantwortungsvoller Staatsfunktion eigentlich nicht.

Doch gegen diesen normativ prekären Zustand stemmten sich nicht etwa Akteure der professionellen Politik, sondern solche aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre. In der Kenntnis von Schlüters politischen Ansichten und im Wissen um die beabsichtigte Ernennung zum Minister bereitete die Göttinger Universität noch vor der Regierungsbildung einen öffentlichen Protest vor. Sie kündigte der zukünftigen Regierung die Konsequenzen in Form von kollektiven Rücktritten von Professoren aus den Gremien der universitären Selbstverwaltung an, nachdem sie in Gesprächen u.a. mit Hellwege die Berufung Schlüters nicht hatte vereiteln können. Die zeitgenössische Wirkung des anschließenden Protests war verhältnismäßig groß: Am Göttinger Campus kam es zu einem einheitlichen Protest, indem sich die Studentenschaft mit der Universitätsleitung feierlich solidarisierte. Der Göttinger Studentenrat stellte sich „voll und ganz hinter die von Rektor und Senat unternommenen Schritte“⁴⁸³ und proklamierte seinen Rücktritt. Auch der Göttinger AStA trat parallel zum Universitätsrektorat zurück. Das Bild eines Göttinger Kollektivprotests, eines Schulterschlusses von Lehrenden, Studierenden, Politikern und Bürgern Göttingens, vervollständigte sich durch Beschlüsse des Stadtrates und sogar der dortigen FDP-Fraktion, die sich allesamt von Schlüter distanzierten. National und international wurde Göttingen im Zuge dieser Ereignisse nach dem Jahr 1837 einmal mehr als Ort besonderer Zivilverantwortung wahrgenommen: „denn das breite Interesse führte zu einer solch ungeahnten Flut von Stellungnahmen, Erklärungen, Solidaritätsbekundungen, differenzierten Analysen und Darstellungen, die der Schlüter-Affäre zu hoher Publizität verhalfen und dadurch den Vorgängen in Göttingen und Hannover eine in der Tat politisch-moralische Dimension einer Staatsaffäre zuerkannten.“⁴⁸⁴ Der Göttinger Aktion bekundeten diverse gesellschaftliche Autoritäten ihren Respekt. So habe sich die Göttinger Universität durch ihre „freimütige und spontane

483 Beschluss der 1. außerordentlichen Sitzung im Sommersemester 1955 des Studententrats der Georg-August-Universität vom 25. Mai 1955, zitiert nach Marten 1987, S. 43.

484 Marten 1987, S. 57.

Äußerung eines echten demokratischen Lebensgefühls“⁴⁸⁵ als „Hüterin der Staatsmoral“⁴⁸⁶ exzeptionell ausgezeichnet, weil sie die moralische Eignung des Ministers begründet infrage stellte, somit auf die mangelhafte Kabinettsautorität aufmerksam machte und mit dieser kritischen Kontrolle eigentlich die Aufgabe des Ministerpräsidenten und des Parlaments übernahm, die darin versagt hätten.

Auch politisch war der Protest erfolgreich, Schlüter trat am 9. Juni 1955 zurück. Dessen Demission erfolgte aus demselben Grund, der zu Schlüters Ministerernennung geführt hatte: Hellwege wollte als Ministerpräsident die Regierung führen; und die Abkehr gesellschaftlicher Eliten, einflussreicher Multiplikatoren wie bspw. Professoren oder das Oberhaupt der Evangelischen Kirche, alarmierte ihn zutiefst – zumal die niedersächsische Landesregierung unversehens im Blickpunkt einer auch internationalen Öffentlichkeit stand.⁴⁸⁷ Internationale Granden der Wissenschaftswelt, darunter Raymond Aron, Karl Jaspers, Max v. Laue, Michael Polanyi und Otto Hahn, wandten sich in eigenen Erklärungen gegen die niedersächsische Landesregierung und deren skandalöse „Ernennung eines neonazistischen Erziehungsministers“⁴⁸⁸ – wie überhaupt aus aller Herren Länder zustimmende Briefe und Telegramme Göttingen erreichten. Der Universitätsrektor Emil Woermann und seine Kollegen hatten mit ihrer Aktion Schlüter einer weit über Göttingen und Niedersachsen hinausreichenden Öffentlichkeit bekanntgemacht und dessen Image geprägt; fortan firmierte Schlüter, wann immer die Sprache auf ihn kam, in der überregionalen Presse als „der Zehn-Tage-Kultusminister von Niedersachsen, in dessen Verlag die rechtsradikale Literatur zu Hause ist“⁴⁸⁹. Der politische Erfolg der Göttinger Protestaktion, der in dem erzwungenen Rücktritt Schlüters und dem Nachweis antinazistischer Haltung bestand, basierte somit auf einer erfolgreichen Mobilisierung einer nationalen und internationalen Öffentlichkeit.

485 So der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages Reinhold v. Thadden-Trieglaff, zitiert nach Marten 1987, S. 60.

486 So bspw. die Meinung des Tübinger Staatsrats Theodor Eschenburg; vgl. Marten 1987, S. 59 f.

487 Der Fall Schlüter war Gegenstand von „regelmäßigen Berichten und Analysen in vielen deutschen und ausländischen Tages- und Wochenzeitungen, Journalen, wissenschaftlichen Zeitschriften, in Telegrammen und Briefen [...]“; Marten 1987, S. 62.

488 Telegramm des Komitees für Wissenschaft und Freiheit vom 1. Juni 1955 zitiert nach Marten 1987, S. 62.

489 O.V.: „Vortrupp der nationalen Opposition“, in: Die Zeit, 29.04.1960.

Aus den beschriebenen drei Fällen – Göttinger Sieben, Schlüter-Affäre und Göttinger Achtzehn – lässt sich eine Reihe von Parallelen ziehen. Dazu zählen vor allem die Vorgehensweise, der angreifbare Akteur, die Wirksamkeit durch eine mobilisierte Öffentlichkeit und die Zuschreibung eines moralischen Impetus. Erstens handelte es sich stets um einen Widerstand von Universitätsprofessoren gegen die staatliche Exekutive – gegen einen monarchischen Machthaber, gegen eine Landes- und eine Bundesregierung. Ihrem Selbstverständnis nach unpolitische Gelehrte sahen sich gezwungen, sich mit Handlungen und Absichten von Politikern auseinanderzusetzen und erhoben sich dafür von ihrem Schreibtisch. Zweitens war der Protest jeweils nicht ohne Vorgeschichte: So ließen sich die Göttinger Sieben erst in einem zweiten Schritt auf eine Konfrontation mit der Politik ein, wandten sich also nicht sofort an den König, sondern zunächst an das Kuratorium der Universität.⁴⁹⁰ Die Mehrheit der Professorenschaft wollte sich allerdings nicht an einem Widerstand gegen den neuen Herrscher beteiligen, insbesondere der Mathematiker und Astronom Carl Friedrich Gauß habe sich in den Augen der Brüder Grimm im Universitätssenat „am widerwärtigsten benommen“⁴⁹¹. Auch im Fall Schlüter scheiterte eine mehrfache Intervention der späteren Protestler, die Berufung Schlüters auf informellem, nicht-öffentlichem Weg zu verhindern. Nicht anders verhielt es sich bei der Göttinger Erklärung, der ein Treffen mit Strauß vorangegangen war.

Drittens richteten sich alle drei Protestaktionen gegen einen verwundbaren Akteur – den selbstherrlichen König, der in einer zunehmend liberal denkenden Gesellschaft mit seinem autokratischen Gebaren obsolet wirkte; einen frisch gewählten Ministerpräsidenten, der allem Anschein nach seinen persönlichen Machtinteressen einen Primat gegenüber Moraleboten einräumte; und einen Bundeskanzler, der im Wahlkampf stand und daher zum Zwecke seiner Wiederwahl sämtliche Zweifel an seiner politischen Kompetenz auszuräumen hatte. Des Weiteren gründete – viertens – der Erfolg in allen drei Fällen auf der Empörung einer weit die Göttinger Stadtgrenzen verlassenden Öffentlichkeit. 1837 war es die enorme Publizität der Protestationsschrift – zehntausendfach vervielfältigt durch die schreibwütigen Hände einer Hundertschaft von enragierten Studenten und die deutschlandweite Verbreitung über die liberale Presse und bildungsbürgerliche Privatkorrespondenz –, die einen Druck der öffentlichen Meinung er-

490 Vgl. Zimmerli, Walther Ch.: „... eigenmächtig den Gehorsam zu versagen ...“ Recht und Moral – Die Göttinger Sieben, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obrigkeitsswillkür und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 33-55, hier S. 37.

491 Zitiert nach v. See 1997, S. 37.

zeugte und die Protestation erst zu einem historisch bedeutsamen Erfolg werden ließ.⁴⁹² Ähnliches galt, wie gezeigt, für den Fall Schlüter und die Göttinger Erklärung.

Auch beriefen sich fünftens alle drei Proteste öffentlich auf die unbestechliche Autorität des Gewissens und der Moral.⁴⁹³ Die Göttinger Sieben gelten als das „erste und zugleich ein nahezu perfektes Beispiel für die Funktion und Gewalt einer medieninformatierten Öffentlichkeit“⁴⁹⁴. Der Rektor, Professor Emil Woermann, rechtfertigte seinen und den Protest seiner Kollegen mit der selbstempfundenen Pflicht, die Aufgaben der Universität zu erfüllen; denn die Universitätssatzung verlangte von ihren Ordinarien, den akademischen Nachwuchs „zur verantwortungsvollen Mitarbeit an Staat und Kultur zum Wohle des Volksganzen heranzubilden“⁴⁹⁵. Daraus, so die Professoren, ergebe sich automatisch ein Konflikt mit der Person Schlüters und sei die universitäre Pflichterfüllung gefährdet. In ihren öffentlichen Stellungnahmen bekundeten die Zurückgetretenen eine „Mitverantwortung für die Würde der Demokratie“⁴⁹⁶. Und der Göttinger AStA versäumte nicht, den Protest sogleich in die Tradition der Göttinger Sieben zu stellen – was 1837 gegolten habe, „das gilt auch 1955“⁴⁹⁷. Auch im Fall Schlüter hätten die Göttinger Universitätsgelehrten nicht „mit ihren Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben“ dürfen. Von der probaten Möglichkeit, den Protest auf eine Tradition zu beziehen, profitierten 1957 auch die Göttinger Achtzehn, die der Öffentlichkeit sofort als legitime Nachfolger der Sieben präsentiert wurden. Die Proteste von 1837 und 1957 erlaubten aufgrund ihrer starken Personalisierung zudem eine Kollektivierung als „Sieben“ und „Achtzehn“ als Ausdruck einer ausgeprägten Gruppenidentität. Dadurch schien es sich nicht bloß um eine anonyme Ansammlung von Namen zu handeln, sondern es entstand der Eindruck von einer verschworenen Gemeinschaft, einem oppositionellen Zirkel.

492 Vgl. Zimmerli 1989, S. 49 ff.: „Hier wurde die Öffentlichkeit selbst zum ‚moralisch-rechtlich-politischen Akteur‘.“ Vgl. auch Schöne, Albrecht: Vom Betreten des Rasens, in: Die Zeit, 11.12.1987.

493 Vgl. Blanke, Thomas: Die Geschichte der Moral und die Moral der Geschichte von den Göttinger Sieben, in: Machinek, Angelika (Hg.): Dann wird Gehorsam zum Verbrechen. Die Göttinger Sieben: Ein Konflikt um Obergewaltswillkür und Zivilcourage, Göttingen 1989, S. 57-65, hier S. 59.

494 Ebd., S. 51.

495 Zitiert nach Marten 1987, S. 29.

496 Professor Wolfgang Trillhaas zitiert nach ebd., S. 48.

497 Hier und folgend zitiert nach ebd., S. 47.

Sechstens wertete die jeweilige Protestaktion die persönliche Reputation ihrer Teilnehmer auf, mehrte deren Prestige und Prominenz. So geschehen bei den Göttinger Sieben, die in der Erinnerung heldenhaft dem Fürstenthron trotzten, „ein auf die Wahrheit gerichtetes und darin von allen Autoritäten unabhängiges Denken und ein darauf gegründetes, durch Überzeugungstreue, Gerechtigkeitsverlangen und Bekennermut bestimmtes Handeln“⁴⁹⁸ zeigten, denen Denkmäler errichtet und nach denen öffentliche Plätze benannt wurden. Weit über Göttingen hinaus gerieten die sieben Protestierer zu Ikonen verantwortungsvoller Bürgerschaft, zu zivilgesellschaftlichen Vorbildern. Ähnliches geschah im Fall der Göttinger Achtzehn, die nach der Veröffentlichung ihres Manifests gegenüber ihren Fachkollegen aus der Naturwissenschaft nicht mehr allein durch die Qualität ihrer Forschungsarbeiten hervorstachen, sondern auch noch durch die Bereitschaft, öffentlich Verantwortung für die Verwendung ihrer Forschungsergebnisse zu demonstrieren. Auch in der Angelegenheit des Kultusministers Schlüter hatte die Göttinger Universität unter aufmerksamer Beobachtung einer weltweiten Öffentlichkeit – zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur – ihren Willen und ihre Fähigkeit dokumentiert, couragiert gegen rechtsradikale Einflüsse vorzugehen, und sich darüber hinaus eines unangenehmen Kooperationspartners entledigt. Aus dem Konflikt mit der Landesregierung ging sie als moralischer und politischer Sieger hervor: Nicht nur trat der rechtsradikale Agitation Raum gebende Schlüter zurück, auch erschien Hellwege augenblicklich als ein Politiker, der „lieber die demokratische Zuverlässigkeit korrumpierte als dass er darauf verzichtete, Ministerpräsident eines Kabinetts zu werden, in dem ein Verräter und Verleumder der demokratischen Sache saß“⁴⁹⁹. In der Öffentlichkeit ergab dies ein eindeutiges Bild: Auf der einen Seite standen die achtbar konsequenten Professoren, die aus Protest ihre Ämter niedergelegt hatten, auf der anderen ein suspekt lavierender Regierungschef, der seiner Karriere Vorrang gegenüber allem Anderen einzuräumen schien.

Eine weitere, siebte Gemeinsamkeit der drei Proteste besteht in der Komplexität der ihnen zugrundeliegenden Motive, die der pauschalen Unterstellung ausschließlich moralischen Handelns, der einseitigen Zuschreibung widerspricht. Nicht alle der Göttinger Sieben waren z.B. ausschließlich, jedenfalls zwingend nachweisbar von einem moralischen Anspruch getrieben.⁵⁰⁰ Der Jurist Wilhelm Eduard Albrecht z.B. suchte eine von ihm selbst vertretene Staatsrechtstheorie

498 Schöne, Albrecht: Vom Betreten des Rasens, in: Die Zeit, 11.12.1987.

499 Artikel aus der *Gegenwart*, zitiert nach Marten 1987, S. 81.

500 Vgl. hierzu neben der Einleitung dieser Arbeit auch Hunger 2002, S. 196 u. v. See 1997.

zu etablieren, auf die sein Protest sachlich gründete und deren Gültigkeit er durch sein Handeln untermauern wollte. Und vieles deutet darauf hin, dass der Germanist Jacob Grimm in der Öffentlichkeit ein pathosreiches Bekenntnis ablegen wollte, das ihm einen herausgehobenen Märtyrerstatus einzutragen vermochte. Auch stand der Protest der Göttinger Sieben unter dem Eindruck eines erst kurz zuvor gewachsenen Bewusstseins für die Auswirkungen von Politik, hatte sich die Göttinger Hochschullehrerschaft in den vorangegangenen Jahren als Opfer staatlicher Einschnitte in die Hochschulautonomie begriffen – bereits unter Ernst Augusts Vorgänger Wilhelm IV.⁵⁰¹ Die zum Teil unterschiedlichen Beweggründe der Göttinger Achtzehn hingegen sind Gegenstand des zweiten Teils der vorliegenden Arbeit.

Und auch die Gegnerschaft der Göttinger Universität in der Schlüter-Affäre – die sich unbestreitbar positiv auf die demokratische Kultur der jungen Bonner Republik auswirkte – gründete, in Teilen zumindest, auch auf einem spezifischen Interesse der Universitätsleitung. Diese fühlte sich – als eine Institution, die sich unter der nationalsozialistischen Herrschaft wie viele andere diskreditiert hatte – besonders verpflichtet, ihrer demokratischen Erziehungsaufgabe nachzukommen, sich in der Gegenwart durch integeres Verhalten historisch zu rehabilitieren und die nicht selten problematische Verwicklung einiger ihrer Professoren in die Verbrechen während der NS-Zeit zu überspielen. Bei Schlüters „nachweisbarer und insgesamt unstrittiger rechtsradikaler Vergangenheit“ drohte nun aber schlichtweg „der Rechtsradikalismus in die Regierung eingeschleust zu werden“.⁵⁰² Die Universitätsleitung sah dies als Belastung der zukünftigen Entwicklung, befürchtete unter einem Kultusminister Schlüter daher „die Entfremdung bisheriger Freunde der Universität, das Fernbleiben von akademischen Feiern, das Scheitern von Berufungen, der Weggang nach auswärts berufener Kollegen, das Erkalten des Verhältnisses zur Landesregierung, die Störung der Beziehungen der Universität zur Wissenschaft des Auslandes“.⁵⁰³ Außerdem erwartete Woermann, dass Schlüter einstmals amtsverdrängte Professoren, die sich in der Zeit des „Dritten Reichs“ moralisch diskreditiert hatten, protegieren, möglicherweise deren Rückkehr betreiben würde. Um einen Eklat zu vermeiden und einen Schaden für die Universität abzuwenden, hatten sich Woermann und seine Kollegen daher an die Protagonisten der zukünftigen Regierung gewandt, um Schlüters Berufung bereits im Vorfeld des Kabinettsantritts zu verhindern. Der designierte Ministerpräsident Hellwege wollte freilich regieren und brauchte da-

501 Vgl. Hunger 2002, S. 196-200.

502 Von See 1997, S. 58.

503 Zitiert nach Marten 1987, S. 30 f.

für die Koalitionszusage der FDP, die damals unter Schlüters Ägide stand. Weil er seine persönlichen Interessen über die der Universität stellte, Schlüter mit Rücksicht auf die Freidemokraten dennoch berief, machte sich Hellwege die Göttinger Professorenschaft noch vor dem Antritt der neuen Landesregierung zu seinem Gegner. Hellwege sowie zwei Jahre später Adenauer und Strauß verletzen wohl auch ein wenig den Stolz der – an das aufnahmewillige Auditorium ehrfürchtiger Studenten gewohnten – Gelehrten, weil sie sich der professoralen Ratschläge verschlossen und ungeachtet aller vorgebrachten Argumente an ihren Positionen unbeirrt festhielten.

Überdies reagierte die herausgeforderte Politik sowohl 1837, 1955 als auch 1957 in ähnlicher Weise. Der hannoversche König Ernst August I. zürnte ob des Benehmens seiner untertänigsten Beamten, den sieben Professoren, die sich eines Widerworts gegenüber der königlichen Anordnung erdreisteten. Gleich Adenauer und Strauß, warf Hellwege z.B. der Universität vor, sie mische sich aufgrund eines fehlenden demokratischen Mandats ungebührlich „als eine ernste Gefahr für den Gedanken der parlamentarischen Demokratie“⁵⁰⁴ in die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Parlaments ein. Auch zog er ihre politische Neutralität in Zweifel, sei sie anscheinend lediglich aus katholischer oder sozialdemokratischer Gesinnung heraus prinzipieller Gegner der FDP, folglich konfessionell und parteipolitisch befangen. Gänzlich unterscheiden sich die beiden jüngeren Aktionen hingegen in ihrer juristischen Rechtmäßigkeit von der ersten des Jahres 1837. Während sich Schlüter und Hellwege sowie Adenauer und Strauß zwar erregten, so war doch die Göttinger Erklärung ebenso wie der Protestakt gegen Schlüter eine verfassungsrechtlich geschützte Artikulation der persönlichen Meinung, juristisch also völlig unbedenklich. Anders hingegen die Protestation der Sieben, deren mögliche Illegalität von ihren Unterzeichnern bewusst, ja demonstrativ in Kauf genommen worden war.⁵⁰⁵ Die Göttinger Sieben hatten dann auch anfänglich weitaus härtere Konsequenzen zu tragen: Jeder von ihnen verlor seine Professur, drei mussten auf Geheiß des Königs sogar rasch das Land verlassen. Weder Woermann und seine Mitstreiter noch Hahn, Heisenberg & Co. hatten in den 1950er Jahren jedoch Ähnliches zu befürchten.

Die zivilgesellschaftlichen Proteste Göttinger Universitätsangehöriger 1837, 1955 und 1957 schufen und verfestigten insgesamt ein Image der Stadt und ihrer akademischen Bildungseinrichtung, das diese – jeweils vor einem brisanten gesellschaftlichen Hintergrund – als besonderen Ort beständiger und vorbildhafter Moral auswies. Im Vormärz markierten die Göttinger Sieben mit ihrer Protesta-

504 Ministerpräsident Heinrich Hellwege zitiert nach ebd., S. 42.

505 Vgl. Blanke 1989, S. 59 f.

tion einen ideologischen Referenzpunkt für die spätere Revolution; denn als sie ihre Loyalität zum König der zur Verfassung unterordneten, den Verfassungsüber den Personeneid stellten, brachen sie in einem monarchischen System mit dessen zentralem Prinzip; ihr Ungehorsam gegen ein System, das mit seinem erblich gesteuerten Elitenzugang einem wachsenden Teil der Bevölkerung obsolet erschien, folgte der Maxime eines in der Zukunft liegenden Liberalismus. Der Rektor, Senat und die Dekane, die 1955 mit dem kollektiven, öffentlich vollzogenen Rücktritt von ihren Ämtern gegen einen juristisch zwar legalen, sittlich dennoch illegitimen Vorgang der Politik protestierten, erstrahlten insbesondere im Kontrast zu dem Versagen gesellschaftlicher Eliten während der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ und statuierten in der Frühphase der Bundesrepublik ein Exempel demokratischer Gesinnung und Verantwortung. Die Göttinger Achtzehn schließlich begehrten gegen die Regierungspolitik auf und lieferten ein Paradebeispiel, wie wissenschaftlicher Sachverstand mit moralischer Verantwortung verknüpft werden kann, wie Forscher kritisch den Umgang mit ihren Resultaten überwachen können. Aus allen drei Fällen ging die Stadt Göttingen jeweils mit national und international gesteigerter Reputation hervor, erwarb sich eine zivilgesellschaftliche Aura; die Göttinger Sieben begründeten eine Tradition ziviler Moral, auf die sich nachfolgende Protestaktionen historisch berufen und diese seither fortführen konnten.

2.11 VERSUCH EINER KRITISCHEN BEWERTUNG

Am meisten wurden die achtzehn Manifestanten für ihr außerordentliches Verantwortungsbewusstsein gerühmt. Sie warnten vor den Gefahren von Atomwaffen, die in der Militärterminologie wahlweise als „klein“ oder „taktisch“, dabei jedoch in jedem Fall verharmlosend bezeichnet wurden, und leisteten damit einen Beitrag, die Bürger zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Atomwaffenpolitik der westdeutschen Regierung zu befähigen. So unzweifelhaft dies auch ist, bleibt dabei jedoch die Kehrseite unberücksichtigt. Im gleichen Maße, wie sich die Unterzeichner der Göttinger Erklärung einer Beteiligung an jeder Arbeit zu Atomwaffen verweigerten, erteilten sie dem Engagement in ziviltechnischer Forschungsausrichtung ihre uneingeschränkte Zustimmung. Man sei zwar nicht bereit, „sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen“, betone aber, dass es „äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern“, und dass man „an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken“ wolle. Doch berücksichtigt man die gleichfalls bekundete Absicht, eine weiträumige Verseu-

chung eines „Landstrich[s] von der Größe des Ruhrgebietes“ zu verhindern, lässt sich in der differenzierten Haltung der Göttinger Manifestanten zur Atomforschung auch eine nicht unerhebliche Inkonsistenz ihrer Einstellung erkennen. Denn wie militärische Sprengkörper waren auch Reaktoren in der Lage, ein solches Territorium „zeitweilig unbewohnbar [zu] machen“. Gewiss, den Atomforschern der späten 1950er Jahre dürften die Unwägbarkeiten des – zivilen – Reaktorbetriebs wohl nicht in der heutigen Ausführlichkeit und mit dem Wissen um Katastrophen wie Tschernobyl bekannt gewesen sein. Dies gilt es fairerweise, in Rechnung zu stellen. Eine völlige Ahnungslosigkeit ob der Konsequenzen eines Reaktorunfalls lässt sich freilich ebenso wenig behaupten. Dass ein außer Kontrolle geratener Reaktor die umliegende Bevölkerung in gleicher Weise wie eine militärisch bezweckte Explosion verseuchen – wenn nicht sogar vernichten – konnte, dürfte sich wohl kaum auch der Kenntnis Hahns, Heisenbergs und all ihrer Fachkollegen entzogen haben. Dass sich etwa schiefgehende Experimente ebenfalls zu Atomexplosionen auswachsen konnten,⁵⁰⁶ erwähnten die Göttinger Achtzehn in ihrem Manifest allerdings mit keinem Wort. Ihre Warnung zu derselben Technologie galt lediglich einer ihrer Varianten. Heisenberg hielt es da mit seinem Kollegen Walther Gerlach: Warum überhaupt erst von einer Gefahr sprechen, wenn es nicht unbedingt nötig sei?⁵⁰⁷

In keiner Weise warnte die Göttinger Erklärung vor den generellen Gefahren atomenergetischer Kräfte wie z.B. die immense Radioaktivität, die im Zuge jedweder atomarer Energiegewinnung freigesetzt werden konnte. Und sie stemmte sich auch nicht gegen die zum Teil leichtsinnige und nicht zuletzt träumerische Euphorie eines vorgeblich bevorstehenden Atomzeitalters, sondern bestärkte die Menschen im Glauben an die heilsbringende Kraft der Nuklearenergie. Warum auch nicht, waren doch ihre Urheber Protagonisten und Profiteure eben dieser Vision. Seit 1955 entstand in der Bundesrepublik „in weiten Kreisen von Wissenschaft, Politik, Industrie und Journalismus eine geradezu euphorische Aufbruchsstimmung im Blick auf die neue Energiequelle, die die mit ihr verbundenen Chancen, Kosten und Gefahren völlig unzureichend und unkritisch abschätzte“⁵⁰⁸. Maßgeblichen Anteil daran hatten Heisenberg und seine Kollegen – somit auch die Göttinger Erklärung – mit ihrer unvoreingenommenen Befürwortung der noch unerschlossenen, insofern wissenschaftlich natürlich reizvollen und prestigeträchtigen, jedoch auch riskanten Technologie. Der tragische Vorfall von

506 Vgl. Carson, Cathryn: Going Nuclear: Science, Politics and Risk in the Federal Republic of Germany in the 1950s, Working Paper, 2004, S. 19 f.

507 Vgl. ebd., S. 19.

508 Friedensinitiative Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 35.

Tschernobyl im Jahr 1986 etwa stellt die Urteilskraft und Vertrauenswürdigkeit der Göttinger Achtzehn aus heutiger Sicht infrage. Sie stehen als prominentes Beispiel für die Anfälligkeit für Irrtümer, vor denen selbst hochrangige Experten nicht gefeit zu sein scheinen. Die Atomforscher unterstellten der Politik die Tendenz zum Fehlverhalten, das einen nuklearen Vernichtungskrieg riskierte, der wiederum die Existenz der Menschheit gefährdete. Ein mögliches technisches Versagen im Bereich ihres eigenen, beruflichen Wirkens, wie in dem bekannten Fall eines in der Sowjetunion explodierenden Atomkraftwerks, das zeitweise eine vergleichbar große Wahrscheinlichkeit wie ein Atomkrieg besaß, blendeten sie hingegen aus.

Zumal: Einige der Achtzehn machten sich auch gar keine Illusionen über eine mögliche offizielle Verzichtserklärung seitens der Bundesregierung; eine solche hielten manche der Manifestanten im Grunde für bedeutungslos und waren sich über die Zweischneidigkeit der Nuklearforschung durchaus im Klaren. Für Otto Haxel bspw. gab es keinen Zweifel an der unveränderlichen Skrupellosigkeit von Regierungen. „Jedes Uran-Kraftwerk“⁵⁰⁹, so Haxel im Jahr 1952, ist „zwangsläufig eine Kernsprengstofffabrik“. In Krisenzeiten oder während eines Kriegs würde sich „keine Regierung den Gewinn an militärischen Machtmitteln durch das produzierte Plutonium entgehen lassen und daher Teile dieses erzeugten Plutoniums der Energiewirtschaft entziehen und für militärische Verwendungszwecke stapeln“. Eigentlich war dies eine Feststellung, welche die Erklärung und Warnung der Göttinger Achtzehn von vorneherein aussichtslos, ja belanglos erscheinen lässt. Außerdem war das Risiko eines politischen Missbrauchs in der Wahrnehmung Haxels derart hoch, dass sich für einen verantwortungsbewussten Forscher selbst eine zivile Nutzung in Friedenszeiten im Grunde moralisch verbot. Kein Wort davon findet sich aber in der Göttinger Erklärung. Wollte man ernsthaft eine Atomwaffenproduktion verhindert wissen, so hätte man generellen Verzicht auf atomare Installationen üben müssen. Eine den Verzicht auf jegliche Nutzung von Nuklearwaffen beinhaltende Regierungserklärung, wie sie die Göttinger Manifestanten indirekt forderten, hätte somit – der Auffassung manches Manifestanten nach – nicht viel genützt. Schließlich fußte ja die gesamte Protestation auf der jederzeitigen Revidierbarkeit und der daraus wiederum folgenden Unsicherheit der – zum damaligen Zeitpunkt schließlich noch gültigen – Adenauer’schen Proklamation, auf Atomwaffenherstellung zu verzichten. Diese Ungewissheit über den Bestand einer politischen Erklärung

509 Hier und folgend Haxel, Otto: Energiegewinnung aus Kernprozessen, H. 25 der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln/Opladen 1953, S. 7-19, hier S. 18.

hätte dieser Logik zufolge auch für eine durch das Göttinger Manifest erwirkte Aussage der Bundesregierung gegolten, hätte keine langfristige Gewissheit geschaffen.

Im Niveau der Fahrlässigkeit lag die Gleichsetzung von Atom- mit Artilleriewaffen des Politikers Adenauer im Übrigen nicht unbedingt weit entfernt von dem Herunterspielen der Risiken ziviler Kernenergienutzung seitens der atomphysikalisch beschlagenen Manifestanten. Die an der Göttinger Erklärung beteiligten Naturwissenschaftler – zumindest sehr viele von ihnen – wollten unter allen Umständen das Atom per se – allerdings in der spezifischen Form ziviler Nutzung – in der öffentlichen Meinung positiv besetzt wissen. Atomenergie sollte in den Köpfen der Bürger nicht Quelle von existenzbedrohlicher Gefahr, sondern lebensdienlichen Segens sein. Um diese begehrte Konnotation zu erreichen, der Bevölkerung die Atomangst gleichsam exorzistisch auszutreiben, um ihrem Arbeits- und Karrierefeld letztlich gesellschaftliche und politische Wertschätzung zu verschaffen, verzichteten die Manifestanten auf eine ausgewogene Warnung vor den ihnen wenigstens teilweise geläufigen Risiken der Kernkraft im Allgemeinen. Einige der Achtzehn bagatellisierten mithin selbst. Straßmann z.B. versicherte 1958, Reaktoren seien „Nicht die Spur!“⁵¹⁰ gefährlich und bezog sich dabei auf die spärliche Erfahrung mit einem innerhalb Stockholms laufenden Reaktor, der die umliegenden 350.000 Menschen bislang noch nicht gefährdet habe. Und Heisenberg verglich den Unterschied zwischen einem Atommeiler und einer Atomwaffenfabrik mit dem zwischen einer Penizillinfabrik und einer Erzeugungsanlage für Giftgas.⁵¹¹

Aus diesem Grund hat die Göttinger Erklärung ideologisch auch nichts mit dem späteren Anti-Atomprotest der 1970er Jahre gemein. Richtete sich dieser doch gegen die Gefahren radioaktiver Strahlung gerade im zivilen Normalbetrieb und eventuelle Unfälle sowie die Zerstörung der lokalen Umwelt im unmittelbaren Umfeld von Atomanlagen.⁵¹² Das Anti-Atomlager der 1950er und frühen 1960er Jahre ist hingegen treffender im Zusammenhang mit der Friedensbewegung zu sehen. Als Ikonen der Anti-AKW-Bewegung taugen die Göttinger Achtzehn demgegenüber nicht. Hätten sie ihr Manifest zwanzig Jahre später veröffentlicht, so wären sie vermutlich Buhmänner erregter Bürgerproteste, Gegenstand zivilgesellschaftlichen Engagements gewesen. Die paramilitärischen Auf-

510 O.V.: Vor einem neuen Manifest der „Achtzehn von Göttingen“?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 13.01.1958.

511 Die hier wörtlich übernommenen Vergleichsobjekte finden sich bei Kraus 2001, S. 133.

512 Vgl. Garchingener Naturwissenschaftler 1987, S. 78 f.

märsche an den Bauplätzen von Brokdorf, Grohnde oder Kalkar im Jahr 1977⁵¹³ wären ganz sicher nicht in ihrem Sinne gewesen. Im Gegenteil verwehrte die Göttinger Erklärung sogar den Weg zu einer kritischen Haltung gegenüber ziviler Atomenergienutzung, die in der Gegenwart inzwischen sicherlich den bedeutsameren Part der zivilgesellschaftlichen Anti-Atomproteste ausmacht.⁵¹⁴ Im Grunde entbehrt es nicht einer gewissen Komik, dass vielerorts ausgerechnet die Göttinger Erklärung als Ausgangspunkt der Anti-AKW-Bewegung gesehen wird,⁵¹⁵ ihre Urheber allerdings entschiedene Verfechter von Atomkraftwerken waren.

Noch etwas erscheint ambivalent:⁵¹⁶ Zwar kann man den Göttinger Achtzehn zweifellos die Leistung eines gesellschaftlich wertvollen Beitrags zuerkennen. Schließlich setzten sie die Politik unter Druck, sich mit einem Objekt gouvernementaler Entscheidung kritischer, intensiver, letztlich: in einer der Thematik gebührenderen Weise auseinanderzusetzen, als dies zuvor der Fall war. Doch taten sie dies erstens in der mitunter fahrlässigen, bisweilen naiven Überzeugung, über ein korrektes, zutreffendes, gegenüber Irrtümern immunes Fachwissen zu verfügen; und um dabei zweitens eine politische Empfehlung für die Förderung der zivilen Kernenergieforschung – einem beruflichen Eigeninteresse – abzugeben. Damit erlagen sie der Versuchung politischer Intervention auf Basis vermeintlich überlegener Kenntnis der Dinge; einem verführerischen Selbstbewusstsein, mittels wissenschaftlicher Expertise und Wissensbeherrschung Sachverhalte vollständig durchdringen, korrekt deuten und beurteilen zu können; auch dem Glauben, ungeachtet fehlender demokratischer Legitimation kraft Wissenschaftskompetenz eigentlich entscheidungsberechtigt zu sein. In diesem Wesenszug allerdings kann auch eine Wissensanmaßung liegen, von der sich z.B. Politiker provoziert fühlen können – Adenauer und Strauß taten dies schließlich auch – und die dadurch eine schwerwiegende Belastung für zukünftige Kommunikationsakte zwischen den Sphären der Wissenschaft und der Politik zur Folge haben kann.

In der Göttinger Erklärung vermischte sich zudem altruistische Gefahrenwarnung mit egoistischer Interessenverfolgung, trafen selbst- und allgemeinhedonische Züge aufeinander. In ihr offenbarte sich folglich eine betrübliche Ambivalenz politischer Intervention der Wissenschaft. Eingriffe der Wissenschaft in die Politik gilt es daher stets kritisch zu durchleuchten, keinesfalls un-

513 Vgl. dazu Brand et al. 1984, S. 97.

514 Vgl. Garchinger Naturwissenschaftler 1987, S. 79.

515 Vgl. Beer 2007.

516 Als Grundlage für die folgende Überlegung vgl. Markl, Hubert: Die politische Versuchung der Wissenschaften, in: Merkur, Jg. 62 (2008) H. 5, S. 380-388.

hinterfragt zu übernehmen. In jedem Fall sind Zweifel angebracht, ob sich die manifestierenden Naturwissenschaftler der Unvollständigkeit und begrenzten Gültigkeit ihres Wissens ausreichend bewusst waren, verspernte doch die Entschlossenheit ihrer Aussagen den Blick auf die Irrtumsanfälligkeit ihrer Kenntnisse. Gerade der biografisch dokumentierte und durch akademische Titel zertifizierte Expertenstatus wirkte sich hier nachteilhaft aus. Die Göttinger Erklärung muss als begrüßenswerter Versuch gewürdigt werden, die politischen Entscheidungsträger durch wissenschaftliche Spezialisten über die Risiken und Nebenwirkungen einer Technologie nachdrücklich zu informieren, möglicherweise zu korrigieren; aber sie war eben auch eine Usurpationsmaßnahme, ein Versuch, sich mit dem Druck der Öffentlichkeit und der Legitimation nachweislichen Expertentums politischer Entscheidungsmöglichkeiten zu bemächtigen.

